IMT Nuremberg Archives

H – 2409

International Court of Justice

H2409 - 0002

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date: 19 July 1948

I certify that Document Number 1456-PS was introduced into evidence as Exhibit Number USA-148 in the Trial by the International Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall

FRED NIEBERGALL
Chief, Document Control Branch

DCB-36 (102447)

H2409 – 0003

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document 1456-PS No. USA - 148 is a photostat of an original document submitted in evidence by the United States Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the National Archives, Washington D.C. .

Paul Joosten

Nuremberg, 25 June 1948

PAUL A. JOOSTEN

General Secretary
International Military
Tribunal

H2409 – 0004

EXHIBIT U.S.A. 148 (1456-PS)

Thomas

(17)

K15 PS

156

Sheet #23

H

Einkaufs-Konto

6. Juni 1945

23

Ob. Rü Amt

Amtschef

Besprechungsvortrag Allgem. Lage i. A.

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
USA Exhibit 148
Filed Dec 10, 1945

A 087737

IIIb1

Archiv der
Wehrwirtschaftsdienststellen
Lgb. Nr. 1
Lfd. Nr. 1 d. D. Anlg.:

Leitzordner
BONNA ES - DIN A 4 (Quer)

Geheime Kommandosache

Arbeitseinsatz und Einziehungen in der nicht zum engeren Rüstungsbereich gehörenden Wirtschaft.

Beiliegend wird das Protokoll über die am 9. Januar 1941 von General Thomas mit Vertretern der Wirtschaft abgehaltene Besprechung über dieses Thema überreicht.

Aus der Fülle des Materials, das im einzelnen eine Reihe von Anregungen, nicht zuletzt für die mit der Durchführung der Mobilisierung von Menschen für Wehrmacht und Kriegswirtschaft befassten Stellen enthält, scheinen folgende Punkte von besonderer grundsätzlicher Bedeutung:

1.) Die Wirtschaft ausserhalb des engeren Rüstungsbereiches arbeitet bereits ganz überwiegend für die Wehrmacht oder andere kriegswichtige Stellen.

2.) Die Richtlinien, die von den massgebenden oberen Instanzen für UK.-Stellungen, Arbeitsurlaube u.dgl. gegeben werden, werden an den letzten für die praktische Durchführung entscheidenden Stellen vielfach nicht genügend beachtet oder wenigstens sinngemäss durchgeführt.

3.) Eine weitere umfangreichere Herausziehung von Arbeitskräften aus der Wirtschaft gefährdet nicht bloss Wehrmachtsfertigung, sondern auch die für eine Kriegführung auf längere Sicht unentbehrliche materielle und psychologisch wichtige Versorgung der gesamten Bevölkerung.

4.) Bei langer Dauer des Krieges sowie für eine spätere Zeit muss ein System gefunden werden, das durch eine grosszügige elastische Gestaltung von Einziehungen und Entlassungen zur Wehrmacht, wie esmit den Arbeitsurlauben begonnen worden ist, einen besseren Ausgelich zwischen Wehrmachts- und Wirtschaftserfordernissen gewährleistet.

087793

H2409 – 0005

Geheime Kommandosache

8

Besprechung am 9. Januar 1941, 17 Uhr - 19 Uhr

An der Besprechung nahmen teil: General Thomas, Major Künzer, Kapitän zur See Meendsen-Bolken, Dr. Reuter; aus der Wirtschaft die Herren Dr. Bartusch (Wirtschaftsgruppe Druck), Baum (Wirtschaftsgruppe holzverarbeitende Industrie), Dr. Guth (Reichsgruppe Industrie), Hess (Wirtschaftsgruppe Chemie), Dr. Klaue (Wirtschaftsgruppe Textil-Industrie), Dr. Leopold (Wirtschaftsgruppe Papier-, Pappen- und Zellstoff-Industrie), von Obwurzer (Wirtschaftsgruppe Glasindustrie), Ohlendorf (Reichsgruppe Handel), Dr. Schlichting (Reichsverkehrsgruppe Spedition und Lagerei), von Schröder (Exportfirma Staudt, Wirtschaftsgruppe Gross-, Ein- und Ausfuhrhandel, Abteilung Aussenhandel), Theunert (Kathreiner GMBH, Wirtschaftsgruppe Lebensmittel-Industrie), von Zitzewitz-Muttrin.

Thema: Arbeitseinsatz und Einziehung in der nicht zum engeren Rüstungsbereich gehörenden Wirtschaft.

General Thomas: Der Anlass zu dieser Besprechung ist die Tatsache, daß die hier vertretenen Gruppen der Wirtschaft, die nicht zur eigentlichen Rüstungsindustrie gehören, infolge der Einziehungen zur Wehrmacht und der Dienstverpflichtungen besonders grosse Schwierigkeiten haben. Ich bitte um offenes Wort. Auf der anderen Seite sollen Sie sehen, wie die Dinge vom Standpunkt der Wehrmacht aussehen. Das Problem der weiteren Kriegsführung ist das Menschenproblem.

Dr. Guth: Die Verbrauchsgüterindustrie hat durch Einziehung zur Wehrmacht und durch Auskämmung bereits einen erheblichen Teil ihrer Arbeiter verloren. Am stärksten war der Rückgang

A 087784

47

H2409 - 0006

H2409 – 0007

in folgenden Wirtschaftsgruppen:

Rückgang der männlichen Arbeiter im ersten Kriegsjahr:

Wirtschaftsgruppen:	Vorkriegs-stand:	Stand Anfang Juni 1940	Rückgang absolut	%
Lederindustrie	126.515	87.437	- 39.078	- 30,9
Textilindustrie	424.795	294.819	-129.976	- 30,6
Bekleidungsindustrie	54.302	40.598	- 13.704	- 25,2
Holzverarbeitende Industrie	217.833	167.351	- 50.482	- 23,2
Keramische Industrie	57.013	44.202	- 12.811	- 22,5
Brauerei u. Mälzerei	71.742	21.937	- 15.022	- 20,9
Papierverarbeitung	43.987	35.047	- 8.940	- 20,3
Metallwaren	116.371	94.991	- 21.380	- 18,4
Glasindustrie	70.909	58.492	- 12.417	- 17,5
Druck	149.300	125.019	- 24.281	- 16,3

Im Lebensmittelsektor waren die Rückgänge mit Ausnahme der Brauerei-Industrie wesentlich geringer.
In der Spiritusindustrie hat sich die Zahl der Beschäftigten zum Teil infolge der vermehrten Herstellung von Spiritus als Treibstoff sogar erhöht:

Wirtschaftsgruppen:	Vorkriegs-stand:	Stand Anfang Juni 1940	Rückgang absolut	%
Lebensmittelindustrie	169.478	151.015	-18.463	- 10,9
Zuckerindustrie	24.926	24,432	- 494	- 2,0
Spiritusindustrie	17.571	21.891	+ 4.320	+ 24,6

Die verminderten Gefolgschaften wurden auch in der Verbrauchsgüterindustrie im Laufe des Krieges in immer stärkerem Masse für die unmittelbare und mittelbare Wehrmachtsfertigung eingesetzt. Die Belegung durch die Wehrmachtsfertigung ist in allen Zweigen der Verbrauchsgüterindustrie wesentlich grösser als man es sich im allgemeinen vorstellt. Sie betrug beispielsweise in

A 087785 48

H2409 – 0008

der Bekleidungsindustrie am Ende des ersten Kriegsjahres 55 %, in der Lederindustrie 47,5 und in der Textilindustrie 45,6 %. Auch Glasindustrie (34,6 %), Keramische Industrie (27,3 %), Spiritusindustrie (29,4 %) und Lebensmittelindustrie (17,9 %) sind in verhältnismässig grösserem Masse durch Wehrmachtslieferungen in Anspruch genommen.

Während die Zahl der für die Wehrmacht Beschäftigten auch in der Verbrauchsgüterindustrie dauernd anstieg, ist die Zahl der für sonstige Zwecke verfügbaren Arbeitskräfte außerordentlich abgesunken. Hier summierten sich die Abzüge durch Einberufungen zur Wehrmacht, durch Auskämmungen und durch die inneren Umstellung auf die Wehrmachtsfertigung. Die ausserordentliche Schrumpfung der für sonstige Zwecke, nämlich die Ausfuhr, den sonstigen kriegswichtigen Bedarf, (Reichsbahn, Reichspost, Arbeitsdienst, Organisation Todt, Luftschutzgliederungen der Partei, rotes Kreuz), den kriegswichtigen Wirtschaftsbedarf und den zivilen Bedarf verfügbaren Arbeitskräfte geht aus der folgenden Zusammenstellung hervor:

Für den "sonstigen" Bedarf (Ausfuhr, kriegswichtiger Inlandsbedarf, ziviler Bedarf) tätige männl. Arbeiter.

Wirtschaftsgruppen:	Vorkriegs-stand:	Stand Anfang Juni 1940	Rückgang absolut	%
Lederindustrie	98.515	45.437	- 53.078	- 53,9
Textilindustrie	360.795	165.819	-194.976	- 54,0
Bekleidungsindustrie	44.302	18.598	- 25.704	- 58,0
Holzverarb.Industrie	176,833	71.351	-105.482	- 59,7
Keramische Industrie	47.013	32.202	- 14.811	- 31,5
Brauerei u. Mälzerei	70.742	48.720	- 22.022	- 31,1
Papierverarbeitung	39.987	26.047	- 13.490	- 34,9
Metallwaren	94.371	49.991	- 44.380	- 47,0
Glasindustrie	59.909	38.492	- 21.417	- 35,7
Druck	143.300	103.019	- 40.281	- 28,1
Lebensmittelindustrie	166.478	124.015	- 42,463	- 25,5
Zuckerindustrie	24.427	20.432	- 3.995	- 16,4
Spiritusindustrie	14.571	15.891	+ 1.320	+ 9,1

A087786 49

H2409 – 0009

Die Verminderung der Zahl der Arbeitskräfte, die noch für die Kriegswirtschaft ausserhalb der Wehrmachtslieferungen zur Verfügung stehen, ist teilweise so stark, dass einzelne Wirtschaftsgruppen bereits bei dem jetzigen Stand erhebliche Störungen befürchten. Hier ergibt sich also die Alternative, entweder auf einen weiteren Entzug von Arbeitskräften im ganzen - einzelne Betriebe mögen Ausnahmefälle darstellen - zu verzichten oder erhebliche Teile der Aufträge in besetzte Gebiete zu verlagern.

von Obwurzer: Die Glasindustrie beschäftigte Ende Juli 1939 110 300 Personen, wobei zu bedenken ist, dass die sehr bedeutende Glasindustrie des Sudetenlandes erst wenige Monate vorher in die Wirtschaft des Reiches einbezogen worden war und somit den hohen Beschäftigtenstand der Altreichsglasindustrie bei weitem noch nicht erreicht hatte. Der Vorkriegsausgangspunkt der Glasindustrie war deshalb im Verhältnis ein niedrigerer als der der gesamten Industrie. Der Rückgang des Arbeitseinsatzes seit Kriegsbeginn beträgt in der Glasindustrie bis Ende Oktober 1940 15,6 %, an Arbeitern allein 16,7 %, davon 20,9 % männlich.
Durch Einziehungen gingen der Glasindustrie bis Ende Oktober 1940 rund 20 000 Personen, davon rund 18 000 Arbeiter, verloren. Hinzu kamen bedeutende Abgänge durch Dienstverpflichtung, deren Ausmaß statistisch nicht festliegt. Insgesamt verminderte sich die männliche Stammarbeiterschaft der Glasindustrie bis Ende Oktober jedoch um mindestens 20 000 Mann, d.h. um nahezu 30 %. Nur ein knappes Viertel dieser Abgänge konnte durch Neueinstellungen ausgeglichen werden. Praktisch ist der Ersatz noch niedriger zu veranschlagen, da die entzogenen Spezialarbeiter naturgemäss nicht gleichwertig ersetzt werden konnten.

Das durch die gewaltigen Arbeiterabzüge auftauchende Problem ist umso ernster, als es sich auf die Gruppe derjenigen Arbeitskräfte konzentriert, die für die Inganghaltung der Halbautomaten und Automaten in der Hohlglas- und Flachglasindustrie die entscheidende Rolle spielen. Von den gesamten Abgängen an männlichen Arbeitern entfallen über 75 % auf die Gruppe der

A087737 50

H2409 - 0010

Spezialarbeiter, die sich dadurch von einem Vorkriegsstand von 33 000 Mann um mehr als ein volles Drittel auf 21 329 Mann verringerte. Bei den Hilfsarbeitern konnten die Abzüge durch Neueinstellungen wenigstens teilweise kompensiert werden. Immerhin ging auch diese Gruppe gegenüber dem Julistand um 14 % zurück, bei einer absoluten Verminderung um 3 088 Mann. Facharbeiter und Lehrlinge konnten ihren Vorkriegsstand verhältnismässig gut behaupten, eine Tatsache, die wesentlich darauf zurückzuführen ist, dass die Facharbeiter der Glasindustrie grossenteils älteren Jahrgängen angehören und die Lehrlinge die für den Wehrdienst in Betracht kommende Altersstufe noch nicht erreicht haben.

Die Beschäftigung von Kriegsgefangenen hat inzwischen einen gewissen Umfang erlangt; Ende Oktober waren 1 868 Kriegsgefangene eingesetzt. Allerdings sind diese Arbeitskräfte nur beschränkt verwendbar und kommen für einen Einsatz unmittelbar in der Fertigung meist nicht in Betracht.

In den einzelnen Fachbereichen nahmen die Beschäftigten bis Ende Oktober wie folgt ab:

		Beschäftigte insges.	männliche Arbeiter
Fachgr. I	Hohlglasindustrie	- 17,5 %	- 20,1 %
Fachgr. II	Flachglasindustrie	- 15,7 %	- 18,1 %
Fachgr. III	Weiterverarbeitung	- 12,3 %	- 25,2 %

Während bei der Hohl- und Flachglasindustrie zugleich mit dem Abgang der männlichen Arbeitskräfte ein Rückgang des Frauneneinsatzes eintrat, konnte die Glas verarbeitende und veredelnde Industrie eine Steigerung ihrer Frauenbeschäftigung verbuchen und hierdurch ihre Gesamtbeschäftigung im Vergleich zu den beiden anderen Zweigen der Glasindustrie auf einem günstigeren Stande halten.

Trotz der starken Abzüge, vor allem von Spezialarbeitern, konnte die Glasindustrie ihre Anlagen durch zahlreiche Überstunden der verbliebenen Belegschaft bisher im grossen ganzen in Betrieb halten. Die Produktionsentwicklung zeigt folgende Veränderun-

A 087738 51

H2409 -0011

gen von 1939 auf 1940 in % des Wertes:

Konservenglas	+ 49,7
Pharmedflak	+ 9,0
Chem.techn.Hohlglas	+ 8,8
Flaschen	- 1,3
Rohkolben, Röhren und Stäbe f.d.Elektroindustrie	- 14,1
Beleuchtungsglas	- 17,4
Fensterglas einschl. Dickglas	+ 3,4
Gussglas	+ 15,4
Spezialflachgläser (haupts.opt.Rohglas)	+ 30,6
Sicherheitsglas	+ 4,1
Glasfaser	+ 70,4

Die sehr bedeutende Steigerung der Glasfaserproduktion drückte sich mengenmässig in einer Zunahme von 11372 to auf 19 462 to aus, im Monatsdurchschnitt des Jahres 1940 wurden also mehr als 1 600 to Glasfaser produziert. Es ist hierbei noch besonders auf die starke Steigerung textiler Glasfaser hinzuweisen, die sich innerhalb der oben genannten Jahreszahlen von 184,5 to auf 509,0 to hob.

Für eine Reihe von Erzeugnissen liegen die Statistiken für 1940 noch nicht vor. Hier ist zunächst die Glasinstrumentenindustrie zu nennen, die im Jahre 1939 einen Umsatz von 26,8 Mill. RM erzielte. Für 1940 ist mit einer Steigerung der kriegswichtigen Erzeugung dieser Industrie (Fieberthermometer, chirurg.Glaswaren, Laboratoriumsgeräte für die chemische und Rüstungsindustrie, Schiffsthermometer, technische Thermometer für die Rüstungsindustrie, Ganzglasspritzen und Messinstrumente) zu rechnen. Gleiches gilt für die Produktion chemisch-pharmazeutischer Glaswaren (Ampullen, Tablettengläser usw.), die 1939 einen Umsatz von 13,5 Mill. RM erzielte. Die Isolierflaschenherstellung erzielte im Jahre 1939 einen Umsatz von 11,9 Mill. RM, der sich 1940 ungefähr auf dieser Höhe behauptet haben dürfte.

Die voraussichtliche Entwicklung der Glasindustrie im nunmehr begonnenen Jahre ist noch nicht abzusehen, da die für das letzte Jahresdrittel 1940 vorliegenden Produktions- bzw. Umsatzzahlen

A087739

52

H2409 – 0012

die Auswirkungen der im Herbst 1940 vorgenommenen weiteren Einziehungen noch nicht enthalten. Die Firmen hatten bereits vor diesen neuen Arbeiterabzügen mit den allergrössten Schwierigkeiten zu kämpfen, ihre Betriebe im bisherigen Umfange aufrecht zu erhalten. Es muss deshalb als zweifelhaft bezeichnet werden, ob der Produktionsstand von 1940 einigermassen behauptet werden kann. Dabei wird für Konservenglas im ersten Halbjahr 1941 eine Fertigung verlangt, die nahezu der Ausbringung des ganzen Jahres 1940 entspricht; es wäre also fast eine Verdoppelung der Vorjahresleistung notwendig, um dieses Produktionssoll zu erfüllen.

Baum: Die Kriegswichtigkeit der holzverarbeitenden Industrie wird häufig unterschätzt. Man denkt dabei in erster Linie an Möbel, Klaviere und andere Konsumgüter, vielleicht sogar Luxuswaren, die im Kriege entbehrt werden können. Schon ein Blick in die Industrieberichterstattung zeigt, dass die holzverarbeitende Industrie in ganz erheblichem Umfange, nämlich mit 50 % ihrer Umsätze (nach dem Stande vom September 1940) an die Wehrmacht liefert und dass der übrige Umsatz zu einem geringen Teil (ca. 2 ½ %) auf den Export und der Rest auf kriegswichtigen zivilen Bedarf, insbesondere Bedarf der Behörden, entfällt. Seit der letzten vorliegenden Monatsstatistik vom September 1940 haben sich die Wehrmachtsaufträge ausserordentlich stark vermehrt. Ich schätze ihren Anteil heute auf ca. 60 % des Gesamtumsatzes, bei Möbeln sogar auf 85 – 90 %. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die nach Befriedigung des Wehrmachtsbedarfs verbleibende geringe Kapazität jetzt im wesentlichen von Behördenlieferungen in Anspruch genommen wird, so dass die Bedarfsdeckung der Zivilbevölkerung sehr unzureichend geworden ist.

Zur Sicherstellung einer Mindesterzeugung des kriegswichtigen dringenden zivilen Bedarfs hat das Reichswirtschaftsministerium mich vor etwa einem halben Jahr beauftragt, Erzeugungsanweisungen den Betrieben aufzuerlegen, deren Gesamtumfang für jede einzelne

A 087790 53

H2409 – 0013

Branche mit dem RWM vereinbart ist. Diese Erzeugungsanweisungen können aber in vielen Fällen nicht erfüllt werden, weil Wehrmachtsaufträge der Dringlichkeitsstufen S, 1 a und 1 b in erheblichem Umfange in den letzten Monaten zusätzlich erteilt worden sind und weil den Betrieben zu viele Arbeitskräfte durch Einberufungen zur Wehrmacht und Auskämmung zu Gunsten der Rüstungsindustrie entzogen sind.

Nach dem Stande vom Mai 1940 waren 64 194 Arbeitskräfte zur Wehrmacht eingezogen, das sind 27 % der gesamtbeschäftigten männlichen Arbeitskräfte im Juli 1939. Die Zahl der Einberufungen ab Juni 1940 ist mir nicht bekannt. Die Gesamtzahl dürfte aber wohl erheblich höher liegen.

Insgesamt verfügt die holzverarbeitende Industrie heute noch über 70 % der männlichen Arbeitskräfte von Juli 1939. Die effektiven Abzüge gehen weit über 30 % hinaus, sind aber statistisch nicht erfasst und sind wenigstens zahlenmässig teilweise ausgeglichen durch Neueinstellung von Frauen, ausländischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen, die natürlich hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit die abgezogenen Arbeitskräfte nicht ersetzen können. Dieses Durchschnittsbild der holzverarbeitenden Industrie, nämlich zahlenmässig 70 % der Beschäftigungsziffer der Vorkriegszeit unter Berücksichtigung der Verschlechterung in der Zusammensetzung der Gefolgschaften, wird von einer Reihe wichtiger Branchen erheblich unterschritten. Die Möbelindustrie beispielsweise verfügt über nur noch ca. 60 % der Arbeitskräfte, Bauzubehör, Türen und Fenster 66 2/3 %, Sperrholzindustrie 65,5 %, Leistenindustrie 37 %. Selbst die überaus kriegswichtige Kistenindustrie hat nur noch 75 % ihrer Vorkriegsarbeiterzahl.

Zu der Kriegswichtigkeit und Lage der hauptsächlichsten Branchen bemerke ich folgendes: Der Barackenbau ist zu 83 % für Wehrmacht und Arbeitsdienst beschäftigt. Der Rest der Aufträge geht an Rüstungsindustrie und Behörden. Der Rückgang der Leistungen durch Entzug der Arbeitskräfte wird gegenüber dem Stande zu Anfang des Krieges mit ca. 17 % geschätzt.

H2409 -0014

Die Holzwolleindustrie hat infolge des grossen Wehrmachtsbedarfs gegenüber Anfang 1940 eine Produktionssteigerung um ca. 50 % erfahren. Trotzdem kann der Wehrmachtsbedarf nicht voll gedeckt werden, weil Arbeitskräfte fehlen. Seit kurzem ist noch der bisher ungedeckte Bedarf für die Füllung der Schlafsäcke für Luftschutzraumliegestätten hinzugekommen.

Die Kistenindustrie ist zu 60 % mit Wehrmachtsaufträgen beschäftigt. Hinzu kommt der erhebliche Bedarf für Lebensmittelkisten, Rüstungsindustrie, Exportzwecke, Zunahme des Stückgutversandes an Stelle von Waggonladungen bei Konsumgütern.führt mit zu starkem Mangel an Kisten.

In der Fassindustrie liegen die Verhältnisse ähnlich wie bei der Kistenindustrie. Der Wehrmachtsanteil bei Schwerfässern beträgt 40, bei Leichtfässern 33 %. Ernährungswirtschaft (Obst- und Gemüseverwertungsindustrie) sowie Rüstungsindustrie haben starken Bedarf.

In der Sperrholzindustrie ist der Wehrmachtsanteil 60 %. Im übrigen ist sie Zulieferer für andere kriegswichtige Industrien.

Die Schichtholz verarbeitenden Betriebe sind besonders kriegswichtig. Gewehrschäfte, Propeller und andere geheime Fertigung sind zu nennen.

Die Stiel- und Rundstabindustrie hat 50 % Wehrmachtsanteil, im übrigen sind Reichsbahn, Organisation Todt, Bergwerke, Industrie und Landwirtschaft Auftraggeber.

Bei Korbwaren gibt es 25 % Wehrmachtsanteil (Geschosskörbe).

Bei der Pinselindustrie beträgt der Wehrmachtsanteil 60 %. Im übrigen sind hier Lieferungen an die Rüstungsindustrie und Export zu nennen.

An Holzwerkzeugen bestehen 70 % Wehrmachtsanteil. Im übrigen sind Rüstungsindustrie und Export beteiligt.

Die Bürstenindustrie hat 34 % Wehrmachtsanteil. Dazu kommen Rüstungsindustrie und Export. Der Baubedarf (Türen und Fenster, Stabfussboden) hat 66 % Wehrmachtsanteil. Im übrigen ist der Bedarf der geräumten Gebiete, Saar, Elsass und Lothringen, Wiederaufbau und Siedlungsbedarf der Rüstungsindustrie zu befriedigen.

A 087792

55

H2409 – 0015

An der Möbelindustrie betrug nach dem Stande vom September 1940 der Wehrmachtsanteil knapp 50 %, heute mindestens schätzungsweise 85 - 90 %. In den letzten Monaten wurden sehr grosse Aufträge der Sonderstufe und der Dringlichkeitsstufen 1 a und 1 b übernommen. Geheimer Sonderstufenauftrag des Reichsluftfahrtministeriums ist zu nennen, ferner Barackenzulieferungen (1 b), Baracken- und Kaserneneinrichtungen (1 b), Munitionspackgefässe (1 a), Luftschutzraumliegestätten (1 b), Holzsohlenprogramm, Versorgung der rückgeführten Bevölkerung im Saargebiet, Elsass und Lothringen, Versorgung der Rückwanderer aus Ost- und Südosteuropa (Sonderbeauftragter für die Umsiedlung der Rückwanderer aus Südtirol). Schäden durch Fliegerangriffe sind weitere Ursachen für dringende Aufträge. Die Fertigung für den übrigen zivilen Bedarf ist fast vollkommen eingestellt. Die Lenkung der Erzeugung erfolgt durch V 38. Erzeugungsbeschränkung auf die Herstellung von Schlafzimmern, Küchen, Kinderbetten, einzelne Schränke pp., vorwiegend in billigster Preislage.

Die Büromöbelindustrie hat 50 % Wehrmachtslieferungen. Sie ist nicht in der Lage, den dringendsten Bedarf der Wehrmacht und anderer wichtiger ziviler Behörden sowie der Rüstungsindustrie zu decken.

Zunehmend gibt es Klagen von amtlichen und Parteidienststellen über Versorgungsschwierigkeiten, z.B. infolge des Zuzugs von Rüstungsarbeitern.

Die Einberufungen erfolgen häufig sehr kurzfristig. Besonders störend ist der Abzug von Meistern, Vorarbeitern und Spezialkräften, weil diese für den Einsatz der ausländischen Arbeiter und Kriegsgefangenen besonders erforderlich sind.

Der Arbeitskräfteeinsatz der abgezogenen Facharbeiter aus holzverarbeitenden Betrieben in metallverarbeitende Rüstungsbetriebe ist nicht immer zweckmässig. Teilweise liegt zu starke Massierung oder Beschäftigung mit Arbeiten, für die auch Ungelernte verwendet werden können, vor.

Mit Kriegsgefangenen ist nicht viel anzufangen. Beste Holzausnutzung und Instandhaltung und Betreuung der Maschine verlangen ausgebildete Facharbeiter.

A087793

H2409 - 0016

Eine Auftragsverlagerung für die Möbelindustrie nach Frankreich, Belgien, den Niederlanden wurde geprüft. In Frankreich herrschen Holzmangel und Transportschwierigkeiten. Trotzdem ist in beschränktem Umfange Verlagerung möglich. Nach Belgien und den Niederlanden kommt eine Verlagerung von Aufträgen wegen starken Holzmangels nicht infrage. Dagegen sollen aus Belgien Arbeitskräfte herangeholt werden.
Wenn die laufenden Wehrmachtsaufträge fristgemäss erledigt und in bescheidenem Umfang der kriegswichtige zivile Bedarf noch gedeckt werden sollen, müssen weitere Arbeiterabzüge unter allen Umständen unterbleiben. Auch muss dafür Sorge getragen werden, dass die im Auftrag des Wirtschaftsministeriums vom Mob-Beauftragten erteilten Erzeugungsanweisungen von den Auskämmkommissionen unter allen Umständen beachtet werden.

Theunert: Zu der Arbeitseinsatzlage in der Lebensmittelindustrie gebe ich auf Grund von Berichten aus den einzelnen Zweigen der Lebensmittelindustrie folgende Darstellung:
Allgemein wird berichtet, dass weitere Arbeitskräfte, namentlich angelernte Arbeiter und Facharbeiter, nicht mehr der Industrie entzogen werden dürfen, ohne dass Produktionsstörungen ernsterer Art oder Produktionseinstellungen erfolgen würden.

Es wird Klage darüber geführt, dass die Einberufungen häufig für die Betriebe so unvorbereitet und plötzlich erfolgen, dass ihre Bemühungen, Ersatz zu schaffen, notgedrungen erfolglos bleiben müssen. Anträge auf Uk-Stellung werden oft sehr spät entschieden; so wird in einem besonders krassen Fall berichtet, dass ein Betrieb auf einen Uk-Antrag erst nach 1 1/4 Jahren Bescheid erhalten hatte. In manchen Fällen erfolgte überhaupt kein Bescheid.

Anweisungen der Wehrkreiskommandos oder höherer militärischer Dienststellen, Arbeitskräfte uk zu stellen oder zu beurlauben, werden von den nachgeordneten militärischen Einheiten öfters nicht beachtet. Dadurch wird den Betrieben eine klare und einwandfreie Arbeitsdisposition unmöglich gemacht.

Ich möchte besonders darauf hinweisen, dass auch in der Lebensmittelindustrie Spezialarbeiter für Maschinen in grösserem Umfange benötigt werden, da die Lebensmittelindustrie sehr weitgehend auf

 1087794 57

H2409 - 0017

Maschinenfertigung eingestellt ist. Es wird aber besondere Klage darüber geführt, dass hierauf nicht genügend Rücksicht bei der Vorbescheidung der Uk-Anträge genommen wird.

Die Getreidemühlenindustrie wünscht, dass der Müllerberuf in die Liste der Mangelberufe aufgenommen wird, da sich bereits ein starker Mangel in den von den Mühlen benötigten Arbeiterberufen zeigt.

Die Schälmühlenindustrie war bis zum Ausbruch desKrieges nur mit etwa 30 % ihrer Kapazität in Anspruch genommen und entsprechend diesem Fabrikationsrahmen auch nur mit technischem Personal belegt. Mit Ausbruch des Krieges steigerte sich die Produktion im Rahmen der amtlich verfügten Bedarfsdeckung durchschnittlich etwa um das Dreifache, so dass sich von vornherein ein ausserordentlicher Mangel insbesondere an technischem Personal bemerkbar machte, während die Einberufungen zum Heeresdienst noch weitere Schwierigkeiten mit sich brachten. Mit dem jetzt vorhandenen Personal wird es nach den vorliegenden Berichten schwer möglich sein, die den Schälmühlen gemachten Verarbeitungsaufträge zu erfüllen, während den Anforderungen bei weiterem Abzug von Personal wohl nicht entsprochen werden könnte. Bei den Arbeitseinsatzbehörden vermisst man öfter bei der Beurteilung der Notwendigkeit von Fachkräften das hierzu nötige wirtschaftliche Verständnis, weshalb zu überlegen wäre, ob in Zukunft die Uk-Anträge nicht den Fachgruppen zur gutachtlichen Stellungnahme regelmässig zugeleitet werden sollten.

In der Brotindustrie ist die Arbeitseinsatzlage besonders schwierig, da der Bedarf an Brot gegenüber dem Friedensbedarf erheblich gestiegen ist und ausserdem auch die Lieferungsaufträge der Wehrmacht, DAF, Kriegsgefangenen- und Umsiedelungsdurchgangslager an die Brotindustrie grössere Anforderungen stellen. Diese Leistungen können auf die Dauer nur aufrecht erhalten werden, wenn die Uk-Stellung von Industriebäckern analog den Grundsätzen erfolgt, die für die offiziell anerkannten Mangelberufsangehörigen bestehen. Die Brotfabriken klagen ganz besonders über den Mangel an Betriebsschlossern. Durch die erhöhte Produktion ist die Inanspruchnahme aller Maschinen und Öfen erheblich gestiegen. Die

A087795 58

H2409 – 0018

Anzahl der Arbeitskräfte, die zur Überwachung und Instandhaltung der Maschinenanlagen vorhanden ist, ist dagegen bedeutend geringer, als zu normalen Zeiten. Die Brotindustrie ist nur dann in der Lage, die Bevölkerung und die öffentlichen Auftraggeber genügend mit Brot zu versorgen, wenn ihr ihre jetzigen Arbeitskräfte belassen werden.

Aus der Futtermittelindustrie wird berichtet, dass die in dieser Industrie beschäftigten Gefangenen nicht das leisten, was man von unseren deutschen Arbeitern gewöhnt ist. Die Folge der Beschäftigung von Gefangenen ist daher ein allgemeiner Leistungsrückgang, der mit ungefähr 10 bis 20 % zu beziffern ist. Aus dem Bezirk Südwestdeutschland der Futtermittelindustrie wird berichtet, dass die Betriebe nicht in der Lage sein würden, wenn im Januar oder Februar grössere Einberufungen erfolgen würden, den nötigen Ersatz zu beschaffen.

In der Kaffeemittel-Industrie haben sich insofern Unzuträglichkeiten ergeben, als die Behörden bei Dienstverpflichtungen und Einberufungen auf die Unabkömmlichkeit qualifizierter Arbeiter , die nach ihrer Berufsausbildung nicht zu den Facharbeitern zählen, nicht genügend Rücksicht genommen haben. Die Hauptvereinigung der deutschen Getreide- und Futtermittelwirtschaft steht zurzeit mit dem OKW in Verhandlungen mit dem Ziele, dass bei Einberufung von Müllern, Mälzern und Röstern möglichst rücksichtsvoll vorgegangen werden solle. Besondere Schwierigkeiten machte in dieser Industrie die Ersatzbeschaffung von Röstern, für die nur qualifiziertere Kräfte gebraucht werden können, deren Uk-Stellung aber meistens nicht genehmigt wird. Wenn Uk-Gestellte von den Jahrgängen 1900 bis 1905 auch noch eingezogen würden, wäre mit den grössten Schwierigkeiten in den Rösterein zu rechnen. Über die Ersatzbeschaffung von Arbeitskräften wird berichtet, dass hierzu oft wochenlange Bemühungen erforderlich sind. Es werden immer andere Betriebe, wie z.B. Baugeschäfte und Flugzeugwerke, mit dem Bemerken vorgezogen, dass diese Arbeiten vordringlicher seien.

A 087796 59

H2409 – 0019

In der Zigarrenindustrie ist der Kreis der Gefolgschaftsmitglieder durch die Auskämmaktion und durch Dienstverpflichtungen, die bis in die letzten Tage hinein vorgenommen worden sind, derart verringert worden, dass die Industrie nicht mehr in der Lage ist, ihr Verarbeitungskontingent aufzuarbeiten. Ersatz durch Maschinen ist nur in geringem Umfang möglich. AusMangel an Arbeitskräften werden daher weniger Zigarren, Zigarillos und Stumpen hergestellt, als nach Lage des Kontingentes und der Tabakvorräte nötig wäre.

Aus der Rauch-, Kau- und Schnupftabakindustrie wird für die Bezirke Bremen und Duisburg, wo Grossbetriebe dieser Industrie ihren Sitz haben, gemeldet, dass derartig viele Arbeitskräfte aus den Betrieben herausgezogen wurden, teilweise um sie in auswärtigen Rüstungsbetrieben zu verpflichten, dass die Aufrechterhaltung des Betriebes und vor allem die Durchführung der Heereslieferungsaufträge gefährdet werden. Mit Rücksicht darauf, dass sowohl die Versorgung der Wehrmacht und die unzähliger Kantinenbetriebe der Rüstungswerke und schliesslich auch die Versorgung der teilweise schwer arbeitenden Zivilbevölkerung mit Tabakwaren eine von allen behördlichen und politischen Stellen in den Vordergrund gerückte Notwendigkeit ist, wird gebeten, dass die Haupterzeugungsbetriebe eine gewisse Schonung bei der Entziehung von Arbeitskräften erfahren.

In der Essigindustrie war es nur in ganze seltenen Fällen möglich, Küfer und Böttcher, die in allen Gärungsessig-Fabriken dringend gebraucht werden, unabkömmlich zu stellen. Das soll daran liegen, dass Küfer und Böttcher aus unbekannten Gründen nicht in die FM-Listen aufgenommen worden sind. Hierzu ist noch zu bemerken, dass eine sehr grosse Anzahl der Gärungsessigfabriken alsW-Betriebe anerkannt sind.

Auch von Seiten der Obst- und Gemüseverwertungsindustrie wird die Bitte ausgesprochen, dass die Freistellung von Küfern und Böttchern angeordnet werden solle. Dieser Industrie sind zum Einsparen von Gläsern und Dosen Auflagen gemacht, in erhöhtem Masse Fässer zum Transp ort und zur Aufbewahrung der Erzeugnisse

H2409 – 0020

zu verwenden. Dabei besteht die grosse Gefahr, dass die Verarbeitung der Rohware nicht ordnungsgemäss und unter Einhaltung der vorgeschriebenen Lieferfristen von statten geht und dass infolgedessen wertvollstes Nahrungsgut dem Verderben anheimfällt. Die herrschenden Transportschwierigkeiten belasten die Betriebe in besonderem Maße, weil die leicht verderbliche Rohware keine Transportverzögerungen zulässt und weil die Fabrikate ihrer Bestimmung gemäss und auf Anfordern der Heeresverwaltung mit höchster Beschleunigung ihrer Endbestimmung zugeführt werden müssen. Demgemäss ist die Freistellung und Erhaltung der Kraftfahrer, Kutscher usw. für die Betriebe ausschlaggebend. Es liegt daher auch im Interesse der Heeresverpflegung, den Betrieben bei ihren Anträgen entgegenzukommen. Mit Recht legt die heutige Ernährungswissenschaft in Gemeinschaft mit der Industrie selbst und mit der Verpflegungsabteilung des OKH das grösste Gewicht auf pflegliche industrielle Behandlung des zugewiesenen Nahrungsgutes. Eine Fülle von Sondervorschriften muss peinlich beachtet werden, damit das Endergebnis in biologischer und ernährungswirtschaftlicher Hinsicht nicht zu beanstanden ist. Fehlen die Fachkräfte und muss der Produktionsgang sprunghaft eingestellt werden, so kann für das Gelingen der Arbeit eines ganzen Erntejahres keine Gewähr geleistet werden. Nachteile für die Volksernährung und Heeresverpflegung sind dann beim besten Willen der Betriebsführungen und der Gefolgschaften nicht zu vermeiden.

Die <u>Ölmühlenindustrie</u> berichtet, dass sich die letzten Einziehungen innerhalb der Angestellten der Betriebe geradezu katastrophal ausgewirkt haben. Die überwiegende Anzahl der Firmen teilt mit, dass in den letzten Wochen bisher uk-gestellte kaufmännische Angestellte eingezogen worden seien, so dass die Fabriken nicht mehr in der Lage sind, ihre Buchhaltung ordnungsgemäss zu führen und ihre Meldungen und Abrechnungen an die Reichsstellen sorgfältig zu erledigen. Ersatzkräfte, insbesondere auch Frauen, sind nicht zu bekommen. Bei den meisten dieser kaufmännischen Angestellten handele es sich um Angestellte mit Spezialausbildung, die nicht ersetzt werden können. Die Ölmühlenindustrie unterliegt einer weitgehenden Zwangswirtschaft, für die nicht nur Meldungen und Abrechnungen angefertigt werden müssen über eingegangene Rohwaren, Verkäufe und über Bestände, sondern

A087798 61

H2409 – 0021

nebenher noch sehr komplizierte Monopolabrechnungen erfolgen müssen. Die Reichsstellen sind auf Grund der Marktordnung auf diese Meldungen angewiesen. Diese statistischen Arbeiten können nicht mehr termingemäss und nicht mehr mit der erforderlichen Sorgfalt ausgeführt werden. Bestands- und Produktionserhebungen, die normalerweise innerhalb 8 bis 14 Tagen vorliegen müssen, können jetzt erst nach einem Monat fertiggestellt werden. Die Folge davon ist, dass sie entwertet sind. Gerade jetzt, wo die Rohstoffzufuhr durch Einfrieren der Donau und Waggonmangel der sibirischen Bahn gestoppt ist und die Vorräte sich erheblich verringert haben, ist die Statistik für alle Dispositionen unbedingt erforderlich. Wenn die Statistik und die ganzen kaufmännischen Abrechnungen mit den Reichsstellen nicht mehr termingemäss und einwandfrei durchgeführt werden können, schwindet jede Dispositionsmöglichkeit. Fehldispositionen werden mit den unerwünschten Folgen für die Versorgung eintreten. Auf diese Tatsache sei hiermit mit allem Nachdruck hingewiesen, und es wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, dass nicht, wie jetzt üblich, notwendige Uk-Stellungen ohne eingehende Prüfung einfach schematisch abgelehnt werden und nicht ersetzbare kaufmännische Angestellte der Wirtschaft entzogen werden.

Die Fleischwarenindustrie bringt den Wunsch zum Ausdruck, dass in erster Linie das Stammpersonal sichergestellt werden solle. Manche Betriebe führen über Entziehung gerade auch der für die ordnungsmässige Weiterführung des Betriebes erforderlichen ausgebildeten jüngeren Kräfte Klage, zumal auch bei Uk-Stellungen kurzfristig immer wieder gesichtet wird und Einberufungen erfolgen. Infolgedessen muss bei plötzlich auftretenden Wehrmachtsaufträgen 60 und 70 Stunden wöchentlich gearbeitet werden, ohne dass Gewähr für die fristgemässe Ausführung der Aufträge geleistet werden kann.

In der Milchindustrie besteht besonderer Mangel bei molkereimässig vorgebildeten Fachkräften und technischen Spezialarbeitern, wie Betriebsschlossern, Kraftfahrern und Elektrikern. Es wird beantragt, Molkereipersonal ebenfalls in die Dringlichkeitsstufe I der Mangelberufe einzureihen, weil ein Ersatz von Fachkräften unter 30 Jahren durch ältere sehr

+087799

62

H2409 – 0022

schwer möglich ist. Der Altersaufbau der Molkereifachleute zeigt nämlich, dank der seit 1933 betriebenen Berufsausbildung, einen unverhältnismässig grossen Bestand an Jahrgängen unter 30 Jahre. Die älteren Jahrgänge sind zum grössten Teil im Zuge des Aufbaues der Molkereiwirtschaft in leitende Stellungen vorgerückt, so dass der Bedarf an nachgeordneten Fachkräften (Buttermeier, Käser usw.) fast ohne Ausnahme aus den jüngeren Jahrgängen gedeckt werden muss.

Von besonderer Wichtigkeit ist ferner, dass jedem Betrieb der Milchindustrie ein Mindestbestand an technischen Fachkräften (Lastkraftwagenführer, Betriebsschlosser, Elektriker usw.) zur Verfügung stehen muss. Verschiedene Betriebe verloren durch Einberufung ihre Lastkraftwagenführer. Ersatz war oft erst nach mehreren Monaten zu beschaffen und wurde in vielen Fällen, kaum dass er ausgebildet ist, wieder entzogen. Ähnliche Fälle ergaben sich bei Betriebselektrikern und Betriebsschlossern.

In der Süsswarenindustrie wird besonders über die Entziehung von Facharbeitern geklagt. Hierdurch war es oft nicht mehr möglich gewesen, die vorhandenen technischen Anlagen in vollem Umfang auszunutzen. Um die Kontingente verarbeiten zu können, war es dann erforderlich, erheblich mehr Handarbeit leisten zu lassen, als dies sonst notwendig gewesen wäre. Uk-Anträge für einberufene Facharbeiter haben selbst in Fällen, in denen es sich um den einzigen Facharbeiter des Betriebes handelt, keinen Erfolg gehabt, obwohl sämtliche Stellen der Wirtschaft sich für eine Uk-Stellung eingesetzt hatten. Dabei sind Fälle vorgekommen, in denen der betreffende Facharbeiter im Reichsgebiet in Garnison lag. Es wird auch über ein unterschiedliches Verhalten der einzelnen Arbeitsämter geklagt. Von zahlreichen Arbeitsämtern wurde es abgelehnt, überhaupt für die Süsswarenindustrie Arbeitskräfte zu vermitteln. In vielen Fällen sind dadurch Schwierigkeiten bei der Verarbeitung der Kontingente entstanden und auch die pünktliche Ausführung der Heeresaufträge war bisweilen gefährdet. Bei der Prüfung der Betriebe durch die Auskämmkom-

A087800 63

H2409 – 0023

mission wurde häufig darauf, dass Heeresaufträge vorliegen, überhaupt keine Rücksicht genommen. Das OKW hat in Aussicht gestellt, dass Heeresaufträge in Zukunft ausdrücklich als Aufträge der Dringlichkeitsstufe I a gekennzeichnet werden sollen. Es wäre wünschenswert, wenn allgemein eine derartige Kennzeichnung der Heeresaufträge durchgeführt würde.

Aus der Kunsthonigindustrie wird berichtet, dass bei einigen Firmen dieser Branche die Betriebsführer eingezogen seien. Die Beachtung der zur Durchführung der Bewirtschaftungsmassnahmen und der sonst erlassenen zahlreichen Bestimmungen sowie die Beschaffung der verschiedensten Hilfsstoffe erfordert grosse Umsicht. Die Einberufung der Betriebsführer gibt daher zu ernsten Besorgnissen Anlass. Fast alle Kunsthonigfabriken sind zu W-Betrieben erklärt worden, da Kunsthonig bewirtschaftet und in grossem Umfange an die Wehrmacht und auf Lebensmittelkarten an die Zivilbevölkerung abgegeben wird. Zur ordnungsmässigen Durchführung der dadurch gestellten Aufgaben ist es daher dringend erforderlich, dass vor allem die Betriebsführer und ferner auch die unumgänglich notwendigen männlichen Arbeitskräfte vom Wehrdienst befreit werden. In der Kunsthonigindustrie werden vordringlich an männlichen Arbeitskräften Kunsthonigkocher, Heizer, Maschinisten, Maschinenschlosser und Kraftfahrer benötigt. Von der Fachkenntnis, Erfahrung und Umsicht des Kunsthonigkochers hängt die ordnungsmässige Herstellung des Kunsthonigs ab, da durch Unkenntnis der wertvolle Rohstoff Zucker durch verunglückte Kunsthonigkochungen verdorben werden kann, wodurch der Volkswirtschaft Verluste entstehen. Die Arbeiten der Heizer, Maschinisten und Maschinenschlosser sind für weibliche Arbeitskräfte zu schwer. Es mangelt auch an einer entsprechenden Fachausbildung. Die Kraftfahrer sind infolge der etwa vierfach gegenüber 1938 gesteigerten Kunsthonigerzeugung täglich mit dem Antransport der Rohstoffe, Verpackungsmittel usw. sowie mit dem Abliefern des Kunsthonigs an Gross- und Kleinhändler beschäftigt, so dass in Anbetracht der schweren Güter (ein Sack Zucker wiegt

1087801 64

H2409 - 0024

200 Pfund) weibliche Kraftfahrer auf die Dauer unbedingt versagen müssen.

Allgemein ist bei sämtlichen Zweigen der Lebensmittelindustrie festzustellen, dass Klagen wegen mangelnder Arbeitskräfte besonders aus denjenigen Bezirken gemeldet werden, in denen sich eine grössere Anzahl von Rüstungsbetrieben befindet. In diesen Bezirken sind in grossem Umfange Arbeitskräfte für die Rüstungsindustrie entzogen worden. Dabei hat sich oft herausgestellt, dass die Rüstungsindustrie die ihr zugewiesenen Arbeitskräfte gar nicht in vollem Umfange beschäftigen konnte. Es ist sogar bisweilen vorgekommen, dass Arbeitskräfte, die der Lebensmittelindustrie entzogen worden waren, für die Rüstungsindustrie dienstverpflichtet worden sind, dann aber dort zunächst beschäftigungslos gewesen sind. Erst nach einer gewissen Zeit wurden sie von den Rüstungsbetrieben übernommen. Die Arbeitskraft ist in solchen Fällen oft nicht in vollem Umfange ausgenutzt worden. Häufig ist beobachtet worden, dass Facharbeiter entzogen worden sind, die dann in der Rüstungsindustrie mit Arbeiten beschäftigt wurden, die auch ein ungelernter Arbeiter nach kurzer Anlernzeit hätte ausführen können.
Wenn die Betriebe der Lebensmittelindustrie ihre kriegswirtschaftlichen Aufgaben auf die Dauer erfüllen sollen, so halte ich es für unbedingt erforderlich, dass diese Betriebe in Bezug auf die Versorgung mit Arbeitskräften der Rüstungsindustrie gleichgestellt und in ihrem erforderlichen Personalbestand gesichert werden. Es wäre dabei zu erwägen, ob diese Frage nicht durch Abmachung zwischen der Lebensmittelindustrie und den zuständigen Stellen der Wehrmacht oder der Arbeitsämter geregelt werden soll, damit sie der oft zufälligen Entscheidung örtlicher Sachbearbeiter entzogen wird und eine eindeutige Grundlage für die Bearbeitung dieser Fragen geschaffen wird.

Es wäre wünschenswert, wenn die militärischen Dienststellen vor der endgültigen Ablehnung gestellter Uk-Anträge sich der sachkundigen Beratung der Wirtschaftsgruppe Lebensmittelindustrie bzw. der zuständigen Fachgruppen bedienten, die als ministeriell angeordnete unparteiische Dienststellen der Industrie ja auch massgebliche Treuhänder für diese Arbeitseinsatzfragen sein können und müssen.

A087802 65

No. of Pages 177 No. of Copies

H2409 - 0025

Dr. Klaue: 1.) Der normale Arbeiterstand (männlich und weiblich) in der grossdeutschen Textilindustrie ohne angegliederte Ostgebiete (also Altreich, Ostmark, Sudetenland) beläuft sich auf annähernd rund 1 250 000. Infolge Rohstoffknappheit und Abziehung von Arbeitskräften in die Rüstungsindustrie waren der Textilindustrie bis zum Ausbruch des Krieges bereits rund 200 000 Arbeitskräfte verlorengegangen. Im Verlaufe des Krieges sind der Textilindustrie weitere 230 000 Arbeiter und Arbeiterinnen entzogen worden, teils durch Einziehung zur Wehrmacht, teils durch Dienstverpflichtung oder freiwillige Abwanderung in andere Industriezweige. Ende Oktober 1940 wurden nur noch rund 810 000 Arbeiter und Arbeiterinnen in der Textilindustrie beschäftigt.

Es ergibt sich somit eine Senkung der Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen bis Ende Oktober 1940 gegenüber dem Juli 1939 um reichlich 22 %. Diese verteilt sich mit rund 30 % auf männliche Arbeiter und rund 17 % auf weibliche Arbeitskräfte. Die Zahl der in der Textilindustrie tätigen Inhaber, Mitinhaber, leitenden und nichtleitenden Angestellten ergibt für den gleichen Zeitraum einen Verlust von 14 %. Für die gesamte übrige Industrie betragen die entsprechenden Ziffern nach Feststellung der Reichsgruppe Industrie im Durchschnitt bei Arbeitern und Arbeiterinnen 6,5 %, bei Inhabern und Angestellten 1 %. Der wirkliche Verlust an Stammbelegschaft liegt noch erheblich höher, da in erheblichem Umfang im Laufe des Krieges Arbeiterreserven (verheiratete Frauen, alte männliche Arbeiter usw.) mobilisiert worden sind.

2.) Über die Kriegswichtigkeit der Erzeugung der Textilindustrie bestehen vielfach noch falsche Auffassungen. Eine im Mai 1940 von uns durchgeführte Erhebung hat ergeben, dass vom

A087803
66

H2409 - 0026

gesamten wertmässigen Umsatz damals 34 % auf unmittelbare und feststellbare mittelbare Lieferungen an die Wehrmacht entfielen. Ein grosser Teil der mittelbaren Wehrmachtsaufträge konnte hiermit nicht erfasst werden, da die Endverwendung nicht feststellbar war, weil die textilen Lieferungen noch in mehreren Stufen weiterverarbeitet wurden. Beschäftigungsmässig gesehen gibt zudem der Umsatz kein richtiges Bild, weil auf den in den Zivilsektor gehenden Waren höhere Unkosten (modische Verteuerungen und erhöhte Vertriebskosten) liegen. Den unmittelbaren und mittelbaren Wehrmachtsaufträgen sind weiter gleichzustellen die ebenso kriegswichtigen, umfangreichen Lieferungen an die Reichsbahn, die Organisation Todt, den Reichsarbeitsdienst, die SS, Polizei, Reichspost und das Rote Kreuz.

Insgesamt machen diese Lieferungen beschäftigungsmässig gesehen mindestens die Hälfte der gesamten Erzeugung der Textilindustrie aus. Auch die restliche Hälfte der Erzeugung der Textilindustrie ist aber als unbedingt kriegs- und lebensnotwendig anzusehen. Sie umfasst fast ausschliesslich die Erzeugung wirtschaftswichtigen Bedarfs für andere Industriezweige (Chemische Industrie, Papierindustrie, Textiltreibriemen, Filz, Schläuche usw.), ferner für die Landwirtschaft (Erntebindegarne), die Schiffahrt und die Fischerei und die Deckung des Bedarfs für die Kleiderkarten, ebenso für den Export. Von den der Textilindustrie insgesamt zur Verfügung gestellten Spinnstoffen sind ausserhalb des vorstehend aufgeführten Bedarfs insgesamt nur 3/4 % eingesetzt worden.

3.) Bei einer weiteren Entziehung von Arbeitskräften ist die fristgerechte Erledigung der kriegs- und lebenswichtigen Aufträge der Textilindustrie aufs äusserste gefährdet, da schon bei dem heutigen Belegschaftsstand die Lieferungstermine vielfach nicht eingehalten werden können. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Leistungsfähigkeit der Belegschaft und der Betriebe als Ganzes noch stärker gesunken ist, wie sich aus den Ziffern zu 1. ergibt, da a) das Durchschnittsalter

A087804

der Belegschaften wesentlich gestiegen ist und vielfach an die Stelle von früher voll leistungsfähigen Arbeitern ältere Arbeiter mit geringerer Leistungsfähigkeit getreten sind, b) der Entzug männlicher Gefolgschaftsmitglieder gerade in unserer Industrie, die ja zum grossen Teil mit weiblicher Gefolgschaft arbeitet, sich besonders ungünstig auswirkt, weil Männer zum grössten Teil bei qualifizierten Arbeiten (Bedienung komplizierter Maschinen, Vorarbeiter, Meister, Reparaturwerkstatt) eingesetzt sind.

4.) Zu Ausgleichsmöglichkeiten ist folgendes zu sagen:

a) Eine Verlängerung der Arbeitszeit ist, soweit durchführbar, bereits erfolgt, hat aber in der Textilindustrie enge Grenzen, da die Erfahrung gezeigt hat, dass ein grosser Teil der weiblichen Gefolgschaftsmitglieder die Arbeit verlässt, wenn ihnen nicht genügend Zeit zur Erledigung ihrer hauswirtschaftlichen Aufgaben gelassen wird. Da der Prozentsatz der weiblichen Arbeitskräfte in der Kriegszeit bis auf 65 % der gesamten Gefolgschaft gestiegen ist, muss die Gesamtbetriebszeit sich in den meisten Fällen nach der für die Frau möglichen Arbeitszeit richten.

b) Eine Verlegung von Aufträgen aus dem Reich in die besetzten Gebiete ist bereits in erheblichem Umfange durchgeführt, hat aber auch ihre Grenzen, da sowohl den Betriebsleitern wie den Gefolgschaften in den besetzten Gebieten die Erfahrungen der Reichsindustrie mit der Verarbeitung der einheimischen Fasern fehlen und mit der Verlagerung vielfach die Gefahr eines starken Abfalls derQualität der Ware verbunden ist. Auch sind für die Verarbeitung der einheimischen Fasern vielfach maschinelle Änderungen erfolgt, die in den besetzten Gebieten nicht ohne weiteres durchgeführt werden können.

c) Eine gewisse Erleichterung im Arbeitseinsatz könnte durch Einsatz von männlichen und weiblichen Textilarbeitern aus den besetzten Gebieten in der Reichsindustrie erfolgen. Eine Verstärkung der hier eingeleiteten Massnahmen wäre wünschenswert.

d) Ebenso müsste es u.E. möglich sein, in verstärktem Umfange aus den Kriegsgefangenen Textilarbeiter in der Reichsindustrie einzusetzen. Diesbezügliche Wünsche unserer Industrie sind vielfach bisher ergebnislos geblieben.

H2409 - 0027

* 087805 68

H2409 – 0028

Dr. Bartusch: Das Druckgewerbe ist zu Beginn des Krieges als nicht kriegswichtig angesehen worden. Es hat sich jedoch im Laufe des Krieges immer mehr gezeigt, dass es sowohl für die Verwaltung als auch für die praktische Durchführung des Krieges nicht zu entbehren ist, gleichgültig, ob es sich um den Druck von Lebensmittelkarten, Munitionsetiketten, Dienstvorschriften oder Landkartenhandelt. Besonders umfangreich sind die Aufträge für militärische Formulare geworden.
Der bisherige Abzug von Arbeitskräften hat sich für das Druckgewerbe naturgemäss sehr erschwerend für die termingemässe Lieferung aller Aufträge ausgewirkt. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass das Druckgewerbe im Jahre 1933 durch den Wegfall von Aufträgen einen Umsatzrückgang von 500 bis 600 Mill. RM zu verzeichnen hatte, was dazu führte, dass die hierdurch arbeitslos gewordene Gefolgschaft umgeschult wurde oder abwanderte. Infolgedessen stand bei einer Wiederbelebung Ende 1938 irgendein Reservoir an Arbeitskräften nicht mehr zur Verfügung.
Für die Privatindustrie werden nennenswerte Aufträge kaum noch ausgeführt. Fast alle Aufträge sind in irgendeiner Beziehung kriegswichtig geworden. Seit Monaten verhandeln wir fast täglich mit Behörden und Ministerien, um die von dort ausgegebenen Aufträge überhaupt nur unterzubringen. Das Propagandaministerium kann die von ihm als kriegswirtschaftlich wichtig bezeichnete Literatur nur zum Teil zwar gedruckt bekommen, nicht aber gebuchbindert. Auch die Grossbuchbindereien lehnen die Ausführung von neuen Aufträgen vor Ende 1941 ab. Das Verkehrsministerium hat Schwierigkeiten bei seinen Vertragsdruckereien, die Eisenbahnfahr- und Zugbildungspläne zum Frühjahr termingerecht gedruckt zu bekommen. Das Verkehrsministerium hat sich infolgedessen bereits an das OKW gewandt, die bei der Wehrmacht stehenden Setzer und Drucker zur Herstellung dieser Arbeiten zu beurlauben. Das Erziehungsministerium braucht bis zum April etwa 23 Mill. Bände an Schulbüchern, von denen voraussichtlich nur etwa 7 - 8 Mill. fertiggestellt werden können. Da es sich hierbei auch um Schulbücher für den Osten handelt, sind volkspolitische Befürchtungen nicht von der Hand zu weisen. In den letzten Tagen hat auch das OKW selbst uns gebeten, die Verteilung und

H2409 – 0029

Unterbringung von Druckarbeiten des Oberkommandos vorzunehmen, da sich auch hier Schwierigkeiten bei der Fertigstellung ergeben haben. Ein weiterer Kräfteentzug ist demnach im Druckergewerbe mit weiteren Schwierigkeiten in der termingemässen Erledigung der behördlichen Aufträge verbunden. Selbstverständlich wurde von der Wirtschaftsgruppe Druck auch die Möglichkeit einer Verlagerung nach den besetzten Gebieten geprüft. Militärische Aufträge können keinesfalls dorthin verlegt werden. Es ist lediglich möglich, Werkdruckaufträge, also Bücher, dort drucken und binden zu lassen, wobei der Satz in Form von Platten oder Matern geliefert werden muss. Dagegen stösst die Herstellung des Satzes infolge der Sprachenfrage auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten. Es ist daher auch versucht worden, Arbeitskräfte aus den besetzten Gebieten nach Deutschland zu bringen. Soweit es sich um Drucker handelt, sind die Versuche geglückt, dagegen können Setzer nicht beschäftigt werden.
Die Verwendung von Kriegsgefangenen wäre zum Teil möglich, und zwar für die Erledigung von Hilfsarbeiten, wie Transportieren, Binden usw. Da jedoch für einzelne Betriebe nur wenige Mann in Frage kommen, ist ein Einsatz gemäss den Richtlinien der Wehrmacht praktisch nicht durchführbar.

Hess: Die Bedeutung der chemischen Industrie für den Heeresbedarf lässt sich aus den Wehrmachtsaufträgen der Firmen der chemischen Industrie allein nicht ersehen, da der grösste Teil der chemischen Produkte nicht direkt, sondern indirekt über weitere Industrien in den Wehrmachtsbedarf eingeht. So kann man lediglich von Sprengstoffen und Munition - die Wirtschaftsgruppe erfasst von dieser lediglich einen Teil -, anderseits typischen Verbrauchsgütern, wie Pharmazeutika, Körperpflegemittel (Zahnpasta usw.), Schuh-, Leder- und Fussbodenpflegemittel (z.B. Schuh- und Lederöl) annehmen, dass der direkte und ein beträchtlicher Teil des indirekten Absatzes an die Wehrmacht erfassbar ist. Gerade wichtige Schlüsselerzeugnisse, wie Schwefelsäure, Salpetersäure, Ätznatron, Chlor, verdichtete Gase, Äthylenoxyd, Schwefelkohlenstoff, Ferrolegierungen, Carbid usw., gehen aber lediglich indirekt in Wehrmachtserzeugnisse ein. Dieser Anteil ist aber ganz erheblich und kann mit etwa 60 - 90 % angesetzt

A 087807 70

H2409 – 0030

werden. Z.B. ist festgestellt, dass die Produktion der Lackindustrie mit 93 % in wehrwichtigen Bedarf geht.
Bei dieser Situation lässt sich der Anteil der Produktion der chemischen Industrie, der in den Wehrmachtsbedarf geht, nicht statistisch erfassen, sondern kann nur geschätzt werden. Unsere diesbezüglichen Arbeiten sind noch nicht beendet. Soweit sie sich bis jetzt übersehen lassen, wird man mit etwa 80 % Anteil der Produktion der chemischen Industrie für Wehrmachtsbedarf rechnen können.
Die geschilderte Situation hat zu einem grossen Teil auch die bisher beobachteten Schwierigkeiten auf dem Gebiete des Arbeitseinsatzes verursacht. Die für dieses Problem massgeblichen Behörden sind trotz unserer fortgesetzten Aufklärungsarbeit nicht hinreichend über diese Zusammenhänge unterrichtet. Hierzu kam, dass der Erlass des Reichsverteidigungsrates vom 20. September 1940 über die Dringlichkeitsstufen für die unmittelbare Wehrmachtsfertigung zu zahlreichen Missverständnissen Anlass geboten hat. Da die Produktion der chemischen Industrie zum ganz überwiegenden Teil nicht eingestuft wurde, schlossen die für den Arbeitseinsatz massgeblichen Behörden daraus, dass sie für den Wehrmachtsbedarf unerheblich sei. Insbesondere hat sich dies nachteilig erwiesen in Bezug auf den Erlass des OKW vom 8. November 1940 über das FM-Verfahren.
Auch der Erlass des OKW vom 25. Juli 1940 über Richtlinien für Uk-Stellungen berücksichtigte die chemische Industrie in der Mangelberufsliste nur unvollständig. So enthalten alle drei Gruppen dieser Liste nur eine Auswahl bestimmter Zweige der chemischen Industrie, während andere, deren Bedeutung keineswegs geringer ist, ausgelassen sind. Insbesondere in der besonders wichtigen Gruppe I (Jahrgang 1910 - 1913) sind nur Chemiker und Arbeiter der Mineralölindustrie genannt.

Anhaltspunkte für die Beurteilung der Bedeutung der einzelnen Zweige der chemischen Industrie gibt die weiter unten erwähnte Denkschrift der Reichsstelle "Chemie" mit Einteilung der einzelnen Zweige. Es muss verlangt werden, dass die chemische

H2409 -0031

Industrie in ihrer Gesamtheit in sämtlichen Gruppen der Mangelberufsliste etwa in folgender Form Erwähnung findet: "Chemiker, Chemotechniker, Laboranten und Ingenieure sowie Chemiewerker (Betriebsarbeiter) der aus der Aufstellung der Reichsstelle "Chemie" ersichtlichen Zweige der chemischen Industrie".

Häufig wurden die Uk-Anträge für kaufmännische Angestellte mit dem Bemerken abgelehnt, dass solche Arbeitskräfte ersetzbar seien. Wenn dies auch im allgemeinen zutreffen mag, so haben sich Schwierigkeiten ergeben bei mittleren oder kleineren Firmen mit einem oder zwei kaufmännischen Spezialkräften für Export, Rechnungswesen usw. Dasselbe gilt bei sog. "ungelernten Arbeitern", die insbesondere bei Ofenarbeiten im Hinblick auf die Anforderungen an die Körperkräfte durch das Arbeitsamt doch nicht ohne weiteres ersetzt werden konnten.

Der Entzug männlicher Arbeiter wurde, soweit möglich, durch Frauen ersetzt. So stieg der Frauenanteil an der Beschäftigtenziffer von durchschnittlich 28 % im Jahre 1938 bis auf 33 1/3 % im Jahre 1939/40. Einem weiteren Austausch steht die Natur der chemischen Produktion im Wege.
Auch eine weitere Verlängerung der Arbeitszeit bzw. Übergang vom 3- zum 2-Schichten-Betrieb in den kontinuierlichen Erzeugungsanlagen verbietet das überproportionale Absinken der Arbeitsleistung infolge der hohen Beanspruchung.

Im allgemeinen hat sich die Zahl der Beschäftigten der chemischen Industrie seit Kriegsausbruch nur wenig verändert. Sie betrug nach der Monatsstatistik der Wirtschftsgruppe (in 1000):

Zeitpunkt	Beschäftigte insgesamt	davon	
		Männer	Frauen
Juli 1939	585	410	175
Mai 1940	583	386	197
Nov. 1940	583	392	191

Der verhältnismässig geringe Rückgang der Beschäftigtenziffer trotz Stillegung der entbehrlichen Produktion erklärt sich aus der Tatsache, dass gerade seit Kriegsbeginn eine erhebliche

H2409 - 0032

Anzahl neuer Sonderproduktionen (reichseigene Betriebe usw.) angelaufen sind.

Die Zahl der Einberufenen und der Dienstverpflichteten betrug nach einer Erhebung im Mai 1940 79 000. Wie sich aus der obigen Statistik ergibt, konnte ein wesentlicher Teil dieses Ausfalls durch Zuweisungen der Arbeitsämter in Gestalt von Dienstverpflichtungen, ausländischen Arbeitern und Kriegsgefangenen einigermassen ausgeglichen werden.

Wenn im allgemeinen festzustellen ist, dass innerhalb der chemischen Industrie infolge Entzuges oder Nicht-Zuweisung von Arbeitskräften anhaltende Produktionsschrumpfungen nicht eingetreten sind, so ist doch darauf hinzuweisen, dass in zahlreichen Einzelfällen von zum Teil kriegsentscheidender Bedeutung die Produktion wegen Arbeitermangels nicht auf der Höhe gehalten werden konnte, wie es notwendig war (typische Beispiele: Schwefelkohlenstoff- und Schwefelkieserzeugung), und dass im übrigen schwerwiegende Schäden bei der kriegswichtigen chemischen Produktion nur durch Entfaltung einer ausserordentlich umfangreichen zusätzlichen Verwaltungsarbeit vermieden werden konnten. Diese Verwaltungsarbeit, bei der sowohl die Reichsstelle wie auch die Wirtschaftsgruppe, darüber hinaus aber auch die Ministerien und zahlreiche andere Dienststellen, z.B. Landesarbeitsämter, Rüstungsdienststellen, Wehrersatzdienststellen, Bezirkswirtschaftsämter usw., in Anspruch genommen werden mussten, wäre nicht notwendig gewesen bzw. würde künftig nicht notwendig sein, wenn die den Arbeitseinsatz, einschliesslich der Uk-Stellungen, regelnden Erlasse von vornherein gewisse Erläuterungen bzw. Hinweise auf die Wichtigkeit und die Besonderheiten der chemischen Produktion enthalten hätten.

Um den für den Arbeitseinsatz massgeblichen Dienststellen dies zu ermöglichen, hat die Reichsstelle "Chemie" eine Denkschrift ausgearbeitet und dem Reichsarbeitsministerium eingereicht. Wir halten es für dringend notwendig, dass die Grundsätze dieser Denkschrift allen mit dem Arbeitseinsatz befassten Dienststellen, insbesondere also den Rüstungsinspektionen und den

A 087810

H2409 – 0033

Kommandos der Rüstungsbereiche, zugänglich gemacht und von ihnen bei den entsprechenden Arbeiten verwertet werden.

Es sei noch einmal besonders betont, dass die der Denkschrift anliegende Liste die hauptsächlichsten zu berücksichtigenden Branchen darstellt. Bei der grossen Mannigfaltigkeit der Chemie ist es nicht möglich, eine absolut erschöpfende Aufzählung zu geben. Die mit dem Arbeitseinsatz befassten Behörden müssen, soweit sie eine Branche weder in der Aufzählung der Reichsstelle "Chemie", noch in der Entbehrlichkeitsliste des Reichswirtschaftministeriums erwähnt finden, bei der Reichsstelle "Chemie" rückfragen. Diese Notwendigkeit ist eine unausbleibliche Folge der bereits erwähnten, ausserordentlich grossen Mannigfaltigkeit der Chemie.

Auf Grund der täglich vorgebrachten Klagen der Firmen - selbst dann, wenn diese mit der nötigen Vorsicht behandelt werden - kann ohne weiteres gesagt werden, dass ein weiterer Abzug von Arbeitskräften aus der chemischen Industrie ohne wesentliche Gefährdung der Produktion nicht mehr vertretbar ist.

Die bisherigen Bemühungen, eine Entlastung im Arbeitseinsatz durch Arbeitsverlagerung zu erreichen, haben bei der chemischen Industrie bislang keinen ins Gewicht fallendenErfolg gehabt. Mit einem solchen ist auch in der Zukunft aus folgendem Grunde nicht zu rechnen:

Bei einer Vielzahl kriegswichtiger chemischer Erzeugnisse liegen die Dinge so, dass die in Deutschland verfügbaren Kapazitäten bei weitem nicht ausreichen, den Bedarf zu decken. Die Bedarfsdeckung ist auch dann noch nicht erreicht, wenn man die in den besetzten Gebieten gelegenen Betriebe voll einsetzt, wie dieses in den fraglichen Fällen durchweg geschieht (Beispiele: Stickstoff, Carbid, Elektrokorund, Phenol, Kresol usw.). Bei diesen Erzeugnissen kann also eine Arbeitsverlagerung überhaupt nicht erwogen werden.

Bei einer Reihe weiterer Erzeugnisse scheiterten die Bemühungen bisher daran, dass es nicht möglich war, die erforderlichen Transportmittel, sei es für die Versorgung der im besetzten Gebiet gelegenen Anlagen mit Rohstoffen, sei es für den Abtransport

A087811

H2409 – 0034

der Fertigwaren, in ausreichendem Ausmass zu beschaffen. Vor allem ergeben sich jedoch für die chemische Industrie bei Betrachtung des Problems der Arbeitsverlagerung in zweierlei Hinsicht wesentliche Unterschiede gegenüber den anderen Industriezweigen. Der Arbeitsvorgang besteht bei der chemischen Industrie in der Stoffumwandlung, verläuft also völlig anders als bei den mechanischen Industrien. Eines der in diesem Zusammenhang interessierenden Merkmale chemischer Prozesse ist u.a. die Tatsache, dass zahlreiche chemische Erzeugnisse sich nicht für sich allein gewinnen lassen, weil sie im Rahmen einer komplizierten Reaktion nebeneinander bzw. nacheinander entstehen. Dieses gilt vor allem für viele Prozesse der organischen Chemie. Ein solches Reaktionssystem lässt sich natürlich nicht beliebig auseinanderlösen oder kürzen, um Arbeitskräfte zu sparen.

Ganz allgemein muss bei der chemischen Industrie berücksichtigt werden, dass sie die typische Industrie der Hilfsstoffe ist, die ihren Standort in erreichbarer Nähe des Verbrauchers haben muss. Es würde nichts nützen, wenn man chemische Prozesse statt im Reich etwa in Frankfreich ausüben liesse, um die dort angefallenen Produkte im Reich einzusetzen, solange keine weitgehende Freizügigkeit im Transportwesen besteht. Die Verlagerung bei der chemischen Industrie kann darum im wesentlichen nur im Gefolge der Verlagerung chemischer Erzeugnisse verarbeitender Industriezweige vor sich gehen.

Dr. Leopold: 1.) Die deutsche Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Erzeugungs-Industrie ist ausserordentlich maschinenintensiv. Ausgedehnte Maschinenaggregate und Apparaturen werden von verhältnismässig wenigen Arbeitskräften bedient. So erklärt es sich, dass die gesamte Papierindustrie Grossdeutschlands unter normalen Verhältnissen nur rund 120.000 männliche Gefolgschaftsmitglieder beschäftigt (Juli 1939 ~~1939~~ 118 096). Hierbei ist noch zu beachten, dass für die im kontinuierlich laufenden Produktionsprozess tätigen Arbeitskräfte 3 Schichten in jedem Betrieb vorgesehen sind. Es war schon immer das Bestreben, durch technische Verbesserungen usw. an Arbeits-

A087

H2409 – 0035

kräften zu sparen. Um so wichtiger ist es, dass die zur Aufrechterhaltung des Betriebes benötigten Arbeitskräfte den Betrieben erhalten bleiben. Bis August 1940 ist die Zahl der männlichen Beschäftigten auf 100 290 gesunken. Das bedeutet eine Minderung um 15,07 %. Zum Ausgleich gingen die Betriebe fast allenthalben zum Zweischichten-System mit 12-stündiger Betriebsanwesenheit anstelle der sonst üblichen drei Schichten auf 8 Stunden über und verlängerten für die Tagarbeiter die Arbeitszeit auf 9 - 10 Stunden.

Nebenbei sei bemerkt, dass es voraussichtlich schwer halten wird, das Zweischichtensystem noch länger aufrechtzuerhalten. Die betreffenden Gefolgschaftsmitglieder haben meist lange Anmarschwege, und es ist den gemeinsamen Bemühungen mit der Deutschen Arbeitsfront nicht gelungen, die Schwerarbeiterzulage für diese Leute zu erwirken. Sie erhalten lediglich die Nachtarbeiterzulage.

Ausserdem wurden den Betrieben nach und nach insgesamt etwas über 6000 Kriegsgefangene zur Arbeitsleistung zugewiesen.

2.) Die Kriegswichtigkeit der Erzeugnisse unsererIndustrie erhellt aus der nachstehenden Zusammenstellung: In langwieriger Arbeit ist bereits vor dem Kriege mit dem Reichsamt für Wehrwirtschaftliche Planung, während des Krieges mit dem Reichswirtschaftsministerium und der Reichsstelle für Papier und Verpackungswesen der Bedarf der Wehrmacht und der unumgänglich notwendige zivile Bedarf festgestellt worden und wird auch jetzt noch mit den letztgenannten Behörden fortlaufend nachgeprüft. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, dass infolge der lückenlosen Bewirtschaftung kein Blatt Papier mehr hergestellt wird, das nicht kriegswichtig ist.

Nachstehend die Zusammenstellung: a) Reiner Kriegsbedarf und unmittelbarer Wehrmachtsbedarf: Nitrierkrepp, Landkartenpapier, technische Rohpapiere, Kondensatorenpapier, Karbonrohpapier, Durchschreibpapier (Fernschreiber), Vulkanfiber (Flugzeuge Ju 88), Kunstlederrohpapier, Fotorohpapier, Filtrierpapier (u.a. Gasmasken), (Filtermasse (u.a. Gasmasken), Zellstoffwatte, Kabel- und Isolierpapier, Cellulosegarn, Schmirgel- und Schleifbandrohpapier,

A 087 3

76

H2409 – 0036

Strohpappe, Rohdachpappe, Handholzpappe (Gasmaskeneinsatz), Handgraupappe (Schiesscheibenpappe), Buchbinder- und Ziehpappe (70% für Schiffsausrüstungen und Kartonschpappe), Presspan (U-Böte, Flugzeuge), Zigarettenpapier (zum Teil für Wehrmachtsbedarf), Maschinenlederpappe (für Patronenschachteln);
b)Mittelbarer Wehrmachtsbedarf und kriegswichtiger Zivilbedarf: Sulfit-, Sulfat- und Strezellstoff (als Halbstoff für die Papier- und Pappenerzeugung sowie als Halbstoff für die Kunstfaserherstellung und sonstige chemische Zwecke), Flor- und Durchschlagpost, Pergamentrohpapier (Fettwirtschaft, Käseverpackungen, Kunstdärme), Zellstoffkarton (Gefrierpackungen), Lochkartenkarton, Registrier- und Diagrammpapier, Zeitungsdruckpapier, holzhaltige Papiere für Lebensmittelkarten, Presse- und Propagandabedarf, Reichsdruckerei und Wehrmachtsbedarf für Formulare, holzfreie Papiere für Kleiderkarten, Seifenkarten usw., Presse- und Propagandabedarf, Wehrmachtsbedarf für Formulare, Reichsdruckereibedarf, Schrenz-, Braunholz- und Packpapier für Lebensmittelverpackungen, Verdunkelungspapier, Pergamentpapier für Lebensmittelverpackungen, Sackpapier als Juteersatz, Spinnpapier, Streichrohpapier (Propagandabedarf, Flugzettel), Textilersatzkrepp (als kriegswichtiger Ausweichstoff), Chromoersatzkarton (zum Teil für Verpackungszwecke, auch für Zigarettenschachteln), Duplex- und Triplex-Karton und Maschinenholzkarton (für Lebensmittelpackungen), Maschinengraukarton als Ausweichstoff für Blech, Schrenz- und Speltpappe (zur Herstellung von Kisten als Ersatz für Holz), Wellpappkarton (Verpackungen, Granateinschlag), Handlederpappe (für Dosen, Holzleistenersatz, Patronenverpackungen), Kofferpappe - Ausweichstoff für Leder, Hartpappe und Lederfaserpappe (als Ausweichstoff).

3.) Zu der Frage der Verlegung von Aufträgen in die besetzten Gebiete ist seitens unserer Industrie folgendes zu bemerken: In Holland, Belgien und Frankfreich leiden die Papierfabriken unter Rohstoffmangel. Zellstoff muss ihnen zum Teil von uns selbst, zum Teil durch unsere Vermittlung aus den nordischen Staaten geliefert werden. Die daraus hergestellten Fertigfabrikate reichen nur zur Deckung des eigenen Bedarfs im Lande aus.

H2409 – 0037

Die Betriebe sind aber zusätzlich mit der Herstellung von Spinnpapier zur Erzeugung von Papiergarn für deutschen Inlandsbedarf belegt worden. Ein anderer im Reichswirtschaftsministerium erörterter Plan, die hochentwickelte Papierindustrie Norwegens für den deutschen Bedarf einzuspannen und dadurch deutsche Betriebe zu entlasten, befindet sich soweit wie möglich bereits in der Durchführung. Einer stärkeren Heranziehung würden einmal die Transportschwierigkeiten entgegenstehen - die im vergangenen Sommer vereinbarten Kontingente konnten wegen Tonnagemangels bis heute noch nicht restlos geliefert werden - zum andern die Unmöglichkeit, gewisse Betriebe auf kriegswichtige Mangelsorten umzustellen. Nach dieser Richtung ist also bereits alles getan, was irgendwie getan werden konnte.

4.) Wie aus den bisherigen Ausführungen hervorgeht, ist unsere Industrie ausschliesslich auf kriegswichtige Erzeugung abgestellt. Sie muss in dem jetzigen Umfange aufrechterhalten werden, wenn sie die ihr gestellten Mobaufgaben erfüllen soll. Dazu bedarf sie aber der erforderlichen Arbeitskräfte mindestens im derzeitigen Umfange. Sollte die zweischichtige Arbeitsweise auf die Dauer nicht beibehalten werden können (siehe Ziffer 1), dann müssen ihr zum Ausgleich weitere Kriegsgefangene zugewiesen werden. Auch das ist aber nur ein Notbehelf; denn die Kriegsgefangenen können nur deutsche Hilfsarbeiter ablösen, die ihrerseits zur Arbeitsleistung an den Maschinen behelfsmässig angelernt werden müssen. Mit grosser Sorge sehen die Betriebsführer den bevorstehenden Einberufungen der jüngeren Jahrgänge entgegen, die nach den bestehenden Vorschriften des OKW nicht uk-gestellt werden können. Diese jüngeren Arbeitskräfte finden Verwendung als Maschinengehilfen, d.h. an Posten, bei denen es darauf ankommt, bei Produktionsstörungen schnell, wendig und elastisch einzugreifen. Ältere Leute sind dazu nicht mehr in der Lage und auch Kriegsgefangene können, wenn es sich nicht um fachlich geschulte Kräfte handelt, hierfür keinen Ersatz bieten. Es ist vorläufig noch ein Rätsel, wie dieses Problem gelöst werden soll.

A 087315

78

H2409 - 0038

5.) Zum Schluss gestatten wir uns, in letzter Zeit zugegangene besondere Klagen darzulegen. Es wird darüber geklagt: a) dass die Weltkriegsteilnehmer noch nicht restlos entlassen worden sind, b) dass die Arbeitsämter Wirtschaftsbeurlaubte nicht ihrem alten Betrieb, sondern fremden Betrieben zuführen, c) dass die Wehrersatzbehörden für die Notwendigkeit der Uk-Stellung der Bilanzbuchhalter wenig Verständnis zeigen.

von Schröder: Die Aufgaben für die Firmen des Aussenhandels, d.h. Beschaffung von Rohstoffen wie auch der Absatz der zur Gegenrechnung dieser Beschaffung nötigen Waren, haben sich verschoben, je nachdem unter dem Einfluss des Krieges das bisherige Arbeitsgebiet versperrt, verkleinert oder unverändert geblieben ist. Der Personalbedarf der Firmen ist danach zu beurteilen. Man hat also einer Firma, die einen reinen Überseehandel betrieben hat, verhältnismässig mehr Personal entziehen können, als einer solchen, die schon immer ein europäisches Betätigungsfeld hatte.
Berücksichtigt werden muss, dass gerade die Betriebe des Handels bei der Auskämmungsaktion ausser den Abgängen für die Wehrmacht noch eine verhältnismässig sehr hohe Zahl Dienstverpflichteter stellen mussten. Trotzdem sind aus Kreisen des Aussenhandels uns bis vor einiger Zeit berechtigte Klagen über allzu grosse Abziehungen von Personal nicht bekannt geworden. In Zusammenarbeit mit den zuständigen Handelskammern und Arbeitsämtern hatte man sich mit den entsprechenden Wehrmachtsstellen scheinbar überall einigen können.
Auf Grund mehrfacher Klagen aus jüngster Zeit, die u.a. dahin gingen, dass leitende Mitarbeiter, wie Ingenieure und andere Fachleute, kurzfristig binnen weniger Tage zur Einziehung kommen sollten, muss ich jedoch darauf hinweisen, dass jetzt die Grenzen erreicht sind. Dieses liegt darin begründet, dass als notwendiges Aktivum des Aussenhandels berücksichtigt werden müssen einmal die persönlichen Beziehungen, die der Firmeninhaber oder seine leitenden Mitarbeiter im Auslande haben, zum anderen die Warenfachkenntnis, die zur Erschliessung und Erhal-

A087816

H2409 – 0039

tung der Auslandsmärkte unerlässlich ist. Wo solche Fachkräfte zu stark herausgezogen werden, ist die Firma nicht mehr in der Lage, die ihr zufallenden Aufgaben zu erfüllen. Die gleiche Gefahr besteht, wenn solche Hilfskräfte ausfallen, die die zahllosen deutschen und ausländischen Devisen-, Zoll- Bewirtschaftungs- usw. - Vorschriften kennen müssen; solche Arbeitskräfte sind fast unersetzlich. Ein Ersatz durch ungelernte oder ausländische Arbeitskräfte kommt natürlich überhaupt nicht in Frage.

Grundsätzlich darf nicht vergessen werden, dass der Prozentsatz gelernter zu ungelernten Kräften im Handel ausserordentlich hoch ist, dass Fachkräfte nicht ersetzt werden können, dass es mehr auf die Qualität als auf die Zahl ankommt, dass man daher auf persönliche besondere Anforderungen unbedingt Rücksicht nehmen muss. Im Aussenhandel kann, im Gegensatz zum Binnenhandel, die Funktion einer deutschen Firma nicht ohne weiteres durch eine andere deutsche Firma übernommen werden; es treten also durch Lahmlegen einer solchen Aussenhandelsfirma Schädigungen auch für die Allgemeinheit ein. Es scheint daher wünschenswert, dass die entsprechenden Wehrmachtsstellen angewiesen werden, solche Fälle, namentlich Anforderungen, wo Begutachtungen der Handelskammern vorliegen, zu Gunsten der Antragsteller zu entscheiden. Eine besondere Massnahme scheint mir ferner dort wünschenswert, wo die höheren Kommandostellen zwar die Freistellung eines bereits Eingezogenen befürworten, wo aber der Truppen-Kommandeur die Freigabe aus von seinem Standpunkt vielleicht begreiflichen Gründen ablehnt.

Auf die vielfach vorliegenden Klagen von Herstellerfirmen, die Auslands-Aufträge wegen Mangel an Arbeitskräften nicht oder nur mit sehr weiten Lieferterminen erfüllen können, möchte ich nicht weiter eingehen, da dieses von der Industrie vorgetragen ist, die auch die bei der Verteilung der Arbeitskräfte innerhalb der Industrie massgebenden Gesichtspunkte kennt.

Wenn darüber überhaupt schon gesprochen werden kann, so möchte ich noch einen besonderen Wunsch des Aussenhandels vortragen mit Bezug auf die Rückführung der zurzeit zum Heeresdienst Einberu-

H2409 – 0040

fenen bei Beendigung des Krieges. Da, wie schon vorher ausgeführt, im Aussenhandel persönliche Beziehungen und Kenntnisse von ausschlaggebender Bedeutung sind, ist es für ein schnelles Ingangbringen des Warenaustausches mit demjenigen Auslande, das uns heute nicht zugängig ist, von ganz besonderer Bedeutung, dass die für die Wiederaufnahme dieses Warenverkehrs befähigten alten Arbeitskräfte so schnell wie möglich wieder zur Verfügung stehen. Dieses gilt sowohl für Firmen der Rohstoffeinfuhr als auch der Warenausfuhr, während eine besondere dem Aussenhandel zufallende Aufgabe ausserdem in der Bearbeitung der zu erwartenden neuen deutschen Kolonialgebiete liegt.

Wenn für die letzteren beispielsweise schon besonders geeignete Polizeitruppen ausgebildet werden, so erscheint mir eine zeitige Bereitstellung von Kräften, die für den Aussenhandel in diesen Gebieten tätig sein sollen, ebenfalls zweckmässig. Da wir selbstverständlich nicht eine Unzahl von Kolonialfirmen brauchen und selbst die Auswahl durch unsere Berufs-Organisationen sehr sorgfältig vornehmen, würden wir es besonders begrüssen, wenn Anforderungen von Mitarbeitern der für die Arbeit in den Kolonien vorgesehenen Firmen bevorzugt entsprochen werden könnte; denn hier wird es sich um ganz neue Aufgabengebiete handeln, in denen nur die besten Kräfte eingesetzt werden können.

Ohlendorf: Schon längere Zeit vor Kriegsausbruch sind von der Reichsgruppe Handel im Einvernehmen mit den zuständigen Ministerien Massnahmen vorbereitet worden, um die wehrwirtschaftliche Sicherung einer ausreichenden Zahl fachlich geeigneter und zuverlässiger Handelsbetriebe im Kriegsfall zu gewährleisten. Diese Massnahmen hatten zunächst die Sicherung des Bestandes einzelner Handelsbetriebe in ihrer Gesamtheit in den kriegs- und versorgungswichtigen Handelszweigen zum Ziel. Auf Grund der vorbereitenden Arbeiten vor Kriegsausbruch erging deshalb alsbald nach Kriegsbeginn der Runderlass des Reichswirtschaftsministers vom 17. Oktober 1939 Nr. 661/39 BWA über die Sicherung von kriegs- und versorgungswichtigen Handelsbetrieben auf der Grosshandelsstufe.

 A087813 84

H2409 – 0041

Von allgemeinen Sicherungsmassnahmen für die Betriebe auf der Stufe des Einzelhandels wurde dagegen schon vor Kriegsausbruch auf Grund des Runderlasses des Reichswirtschaftsministers vom 23. August 1939 Nr.445/39 WA Abstand genommen. In diesem Erlass heisst es, dass es bei der Fülle vor allem auch kleinerer Betriebe für den Einzelhandel in der Regel weder zweckmässig noch durchführbar sei, bestimmte Betriebe auszuwählen und voll zu sichern. Der Erlass sah vielmehr für den Einzelhandel lediglich bestimmte Massnahmen zur Erhaltung des notwendigen Personalbestandes für versorgungswichtige Einzelhandelsbetriebe vor, wobei von vornherein darauf hingewiesen wurde, dass der Einzelhandel soweit wie möglich einen Ausgleich durch die Beschäftigung von weiblichem Personal herbeizuführen versuchen müsse. Lediglich in Ausnahmefällen konnte nach diesem Erlass eine Sicherung von Einzelhandelsbetrieben, die für die Versorgung der Bevölkerung mit wichtigen Verbrauchsgütern unentbehrlich sind (z.B. im Lebensmitteleinzelhandel), personell nach den für den Grosshandel geltenden Richtlinien erfolgen.

Dementsprechend wurden zunächst im Grosshandel nach dem für ihn durch den Runderlass 661/39 BWA vorgesehenen Verfahren von den Mobreferenten für den Handel Listen der sicherungsbedürftigen Grosshandelsbetriebe aufgestellt und den Bezirkswirtschaftsämtern zur Sicherung eingereicht. Die Auswahl der Betriebe erfolgte nach folgenden allgemeinen Gesichtspunkten: 1) Standort der Firma im Versorgungsgebiet; 2) Reichhaltigkeit des Sortiments und des darin geführten Lagers; 3) Leistungsfähigkeit der Firma durch innerbetriebliche Anlagen, Ausstattung mit Fachpersonal, Kapital usw.; 4) persönliche Eignung und Zuverlässigkeit des Betriebsführers.
Die Sicherung der Grosshandelsbetriebe hatte sodann zur Folge, dass aus den gesicherten Betrieben Arbeitskräfte durch die Landesarbeitsämter und ihre nachgeordneten Dienststellen im Wege der Dienstverpflichtung nicht herausgezogen werden konnten. Ausserdem hatten die gesicherten Grosshandelsbetriebe auch, so-

H2409 – 0042

weit erforderlich, die Möglichkeit, das für die Aufrechterhaltung des Betriebes unentbehrliche Personal Uk-stellen zu lassen.

In der gleichen Weise wurden sodann in der Folgezeit Sicherungsmassnahmen für 1) den Büromaschinen-Einzelhandel und 2) den Landmaschinen-Einzelhandel auf Grund der Erlasse des Reichswirtschaftsministers vom 6. Dezember 1939 (II EM 6235/39 W) und 10. Februar 1940 (II EM Nr.114/40 g) durchgeführt. Diese Massnahmen waren notwendig, weil vom Büromaschinenhandel und vom Landmaschinenhandel in Verbindung mit dem Handelsbetrieb umfangreiche Reparaturwerkstätten unterhalten werden. Im Hinblick auf den immer stärkeren Abzug von technisch vorgebildeten Arbeitskräften für die Wehrmachtsfertigung war es erforderlich, den Personalbestand jener für die Wirtschaft und besonders für die Landwirtschaft unentbehrlichen Reparaturwerkstätten vor dem Zugriff der Arbeitsämter zu schützen. Auch hier ist zunächst - wie beim Grosshandel - eine listenmässige Sicherung einzelner von der Handelsorganisation ausgewählter Betriebe durchgeführt worden.

Da der Reichsarbeitsminister Mitte Dezember 1939 das sogenannte formelle Sicherstellungsverfahren (Schutz der Arbeitskräfte vor dem Zugriff ziviler Bedarfsträger) aufhob und die Arbeitsämter angewiesen wurden, die bisherigen Sicherstellungen zu löschen und neue nicht mehr vorzunehmen, setzte ein erheblicher Entzug von Arbeitskräften im Wege der Dienstverpflichtung auch aus kriegs- und versorgungswichtigen Handelsbetrieben aller Handelszweige ein. Es war daher erforderlich, dass neue Massnahmen getroffen wurden, um zu verhindern, dass aus dem Handel Arbeitskräfte in einem Ausmass herausgezogen wurden, das zu einer ernsten Störung der Verbraucherversorgung führen konnte.

Diese Massnahmen sind durch die von der Reichsgruppe mit Ermächtigung des Reichswirtschaftsministeriums (Erlass vom 28. Mai 1940 S 26 767/40) herausgegebenen Richtlinien an die Mobreferenten für den Handel über die Freistellung von Arbeitskräften aus dem Handel für die Wehrmachtsfertigung getroffen worden. Die Mob-

H2409 - 0043

referenten für den Handel bei den Wirtschaftskammern erhielten hiernach den Auftrag, Vorschläge darüber aufzustellen, welche Betriebe zum Entzug von Arbeitskräften benannt werden und in welchem Umfange aus diesen Betrieben Arbeitskräfte für die Wehrmachtsfertigung herausgezogen werden könnten.

Im Verlauf dieser Aktion sind von den Mobreferenten rund 330 000 Handelsbetriebe auf die Abzugsfähigkeit von Arbeitskräften überprüft worden. Rund 83 000 Arbeitskräfte sind den Arbeitsämtern von den Mobreferenten zum Entzug aus den überprüften Handelsbetrieben für anderweitigen Arbeitseinsatz gemeldet worden. Bei der Durchführung dieser Aktion wurde von folgenden Grundsätzen ausgegangen: 1) Im Gegensatz zu der Stillegungsaktion bei anderen Wirtschaftsstufen sollte im Handels zunächst nur eine einmalige Überprüfung stattfinden. 2) Zur Freistellung von Arbeitskräften kommt - anders als bei der Industrie - die Stillegung von Handelsbetrieben grundsätzlich nicht in Betracht. 3) Die Überprüfung hat sich besonders darauf zu erstrecken, dass nach Möglichkeit jüngere leistungsfähige Kräfte für den anderweitigen Arbeitseinsatz verfügbar gemacht werden. Es sollten auch solche Betriebe gemeldet werden, die anderweitig einsatzfähige Arbeitskräfte gegen Kräfte austauschen können, die anderweitig nicht einsatzfähig sind, z.B. Ersatz männlicher durch weibliche Arbeitskräfte. 4) Eine Reihe von besonders kriegs- und versorgungswichtigen Zweigen des Gross- und des Einzelhandels sind vollständig von der Überprüfung auf die Möglichkeit zum Entzug von Arbeitskräften freigestellt worden, weil ihre Aufrechterhaltung zur Verbraucherversorgung unentbehrlich ist und weil ausserdem in diesen Betrieben oft noch zusätzlicher Bedarf an kaufmännischen oder technischen Arbeitskräften besteht.

Bei den unter Ziffer 4) erwähnten Handelszweigen handelt es sich um folgende: a.) im Grosshandel, 1) Ein- und Ausfuhrhandel, 2) Grosshandel mit Nahrungs- und Genussmitteln (Sortimentsgeschäfte), 3) Kohlengrosshandel, 4) Mineralölgrosshandel, 5) Düngemittelgrosshandel, 6) Eisen- und Stahlhandel, 7) Grosshandel mit Zahl- und Laboratoriumsbedarf, 8) pharmazeutischer Grosshandel, 9) Handel mit Alt- und Abfallstoffen, 10) Häute- und Fellgrosshandel; b.) im Einzelhandel, 1) Lebensmittelhandel

A087821

H2409 - 0044

(Sortimentsgeschäfte), 2) Kohlenhandel, 3) Landmaschinenhandel, 4) Handel mit chirurgischen Indstrumenten und sanitären Einrichtungen.

Auf der anderen Seite sind aber auch nach den Richtlinien Handelszweige, die während des Krieges keine besondere Bedeutung mehr haben, ~~auch~~ besonders scharf überprüft worden, besonders im ambulanten Handel mit Ausnahme des ambulanten Lebensmittelhandels und im Vermittlungsgewerbe.
Schliesslich sollte nach den Richtlinien bei der Durchführungsaktion auch besonders darauf Rücksicht genommen werden, dass in Handelszweigen mit technischem Einschlag das unentbehrliche Personal (besonders für die Reparaturwerkstätten) erhalten bleibt. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um folgende Handelszweige: 1) Büromaschinenhandel, 2) Nähmaschinenhandel, 3) Fahrradhandel, 4)Rundfunkhandel, 5) Automobilhandel, 6) Tankstellenbetriebe.
Aus den Berichten der Mobreferenten und auch der Bezirkswirtschaftsämter über die Ergebnisse bei der Durchführung dieser Aktion geht hervor, dass ein weiterer Entzug von Arbeitskräften aus dem Handel über das Ergebnis dieser Aktion hinaus nicht in Betracht kommen kann, weil andernfalls ernsthafte Versorgungsstörungen hervorgerufen werden würden. Es muss insbesondere berücksichtigt werden, dass aus dem Handel schon vor dem Beginn der jetzt abgeschlossenen Massnahmen Arbeitskräfte in recht erheblichem Umfange durch die Arbeitsämter herausgezogen wurden.

Es hat sich jedoch leider gezeigt, dass gleichwohl auch nach Beendigung der Freistellungsaktion von den Arbeitsämtern, besonders in letzter Zeit, Arbeitskräfte weiterhin im Wege der Dienstverpflichtung herausgezogen werden. In einer Reihe von Einzelfällen haben zwar unsere Gruppen und besonders auch die Mobreferenten des Handels in den Wirtschaftskammerbezirken derartigen Einzelmassnahmen der Arbeitsämter durch Hinweis auf die vom Reichswirtschaftsminister im Einvernehmen mit dem Reichs-

A 087822 85

H2409 – 0045

arbeitsminister herausgegebenen Richtlinien für die Freistellungsaktion mit Erfolg begegnen können. Gleichwohl scheint nach den letzten Berichten die Tendenz der Arbeitsämter, auch aus versorgungswichtigen Handelsbetrieben unentbehrliche Gefolgschaftsmitglieder zu entziehen, zugenommen zu haben.

Neben diesen Massnahmen der Arbeitsämter haben sich weitere Schwierigkeiten für den Handel durch die Einberufung unentbehrlicher Gefolgschaftsmitglieder zur Wehrmacht in einer erheblichen Zahl von Fällen ergeben.
Ein genaues Bild darüber, wie sich der Personalbestand der Handelsbetriebe seit Kriegsausbruch entwickelt hat, wird die Erhebung ergeben, die von den Gliederungen der Reichsgruppe auf Veranlassung des OKW durchgeführt worden ist. Endgültige Zahlen über diese Kräftebilanz des Handels liegen allerdings noch nicht vor. Die Auswertung des Materials erfolgt zurzeit durch das Statistische Reichsamt. Das Ergebnis der Kräftebilanz wird uns, wie wir vom Statistischen Reichsamt erfahren haben, voraussichtlich in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden können. Das Statistische Reichsamt wird über das Ergebnis der Aktion zusammen mit den Ergebnissen der Kräftebilanz in den andern Wirtschaftsstufen dem OKW ausführlich berichten.

Wir haben nach Eingang des Materials lediglich eine vorläufige Sichtung vorgenommen und das Material sodann zur genauen Aufbereitung dem Statistischen Reichsamt zur Verfügung gestellt. Hiernach wird die Erhebung voraussichtlich u.a. ergeben, dass in allen Handelszweigen die Zahl der beschäftigten männlichen Personen in der Zeit nach dem 1. Juni 1939 erheblich zurückgegangen ist. Nach den vorläufig hier vorliegenden Zahlen betrug so z.B. im Bereich der Wirtschaftsgruppe Gross-, Ein- und Ausfuhrhandel die Zahl der beschäftigten männlichen Gefolgschaftsmitglieder am 1. Juni 1939 rund 342 000, am 1. Juni 1940 rund 267 000. Allgemein scheint jedoch eine erhebliche Zunahme der an den beiden Stichtagen (1. Juni 1939 und 1. Juni 1940) be-

A087823

84

H2409 – 0046

schäftigten weiblichen Gefolgschaftsmitglieder festzustellen sein. Dies zeigt, dass der Handel bemüht gewesen ist, den Ausfall an männlichen Gefolgschaftsmitgliedern durch erhöhte Einstellung von weiblichem Personal auszugleichen.

Für das Gesamtergebnis der Kräftebilanz im Handel wird weiterhin berücksichtigt werden müssen, dass in der Zeit nach dem 1. Juni 1940 noch erhebliche Abzüge von Arbeitskräften, sei es durch die Arbeitsämter im Wege der Dienstverpflichtung, sei es vor allem auch durch Einberufungen zur Wehrmacht, stattgefunden haben. Ferner hat auch die vorerwähnte Aktion zur Freistellung von Arbeitskräften aus dem Handel erst Mitte Mai 1940 eingesetzt. Die Freistellungsaktion ist erst Ende Oktober 1940 im wesentlichen beendet worden.
Das tatsächliche Bild der Kräftebilanz wird somit gegenüber den durch die Erhebung ermittelten Zahlen erheblich ungünstiger sein. Wenn auch nicht von der Hand zu weisen sein wird, dass innerhalb des Handels Verlagerungen im Personalbestand von männlichen zu weiblichen Arbeitskräften stattgefunden haben, so darf doch nicht verkannt werden, dass damit männliche Arbeitskräfte, die für die Fortführung versorgungswichtiger Handelsbetriebe unentbehrlich sind, nur zum geringsten Teil ersetzt werden können.
Notwendig ist es vor allen Dingen, dass in allen versorgungswichtigen Handelszweigen mit technischem Einschlag die für die Fortführung der Betriebe unentbehrlichen männlichen Arbeitskräfte belassen werden. Hierzu gehört insbesondere das technisch vorgebildete Personal in den zahlreichen Reparaturwerkstätten, das z.B. im Landmaschinenhandel und im Büromaschinenhandel beschäftigt wird. Hier handelt es sich meist um lang eingearbeitete Gefolgschaftsmitglieder mit Spezialkenntnissen, die nicht durch neue Arbeitskräfte ersetzt werden können.

Ferner benötigt der Handel in den versorgungswichtigen Handelszweigen zur Aufrechterhaltung der Betriebe nicht nur die eingearbeiteten leitenden Angestellten (Prokuristen, Abteilungsleiter usw.), sondern es muss auch dafür Sorge getragen werden,

H2409 – 0047

dass sonstige eingearbeitete männliche Gefolgschaftsmitglieder mit Spezialkenntnissen aus den Betrieben nicht im Wege der Dienstverpflichtung und durch Einberufung zur Wehrmacht herausgezogen werden. Es ist so z.B. für eine Ausfuhrhandlung vielfach unmöglich, auf das eingearbeitete und mit den devisenrechtlichen Vorschriften vertraute Büropersonal (Buchhalter, Korrespondenten usw.) zu verzichten, wenn nicht der Betrieb zum Erliegen kommen soll. Gleiches gilt auch für eingearbeitetes kaufmännisches Personal in anderen Handelsbetrieben im Hinblick auf die ausserordentlich grosse Zahl der derzeitigen Bewirtschaftungsmassnahmen. Es ist für diese Betriebe oft unmöglich, geeignete sachkundigen Kräfte als Ersatz für einberufene oder dienstverpflichtete Gefolgschaftsmitglieder zu finden.

Bei dem in vielen Handelszweigen ausserordentlich grossen und umfangreichen Sortiment und der dementsprechend reichhaltigen und vielfältigen Lagerhaltung in Tausenden von Artikeln (z.B. im Eisenwarenhandel allein rund 20 000 verschiedene Artikel) ist es weiterhin auch unbedingt erforderlich, dass solchen Betrieben das hierfür notwendige männliche Personal erhalten bleibt (Lagerverwalter, Einkäufer u.a.).

Nach den Berichten, die bei uns und unseren Gruppen vorliegen, muss festgestellt werden, dass gerade jene fachlich geschulten und technisch vorgebildeten männlichen Arbeitskräfte in sehr erheblichem Umfange aus den versorgungswichtigen Handelsbetrieben entweder durch Dienstverpflichtung oder durch Einberufung zur Wehrmacht herausgezogen wurden. Deshalb ist es notwendig, dass unverzüglich Massnahmen ergriffen werden, um einen weiteren Entzug dieser für den Fortbestand zahlreicher Handelsbetriebe unentbehrlichen Arbeitskräfte zu unterbinden. Andernfalls würde es sich nicht vermeiden lassen, dass sich ernsthafte Schwierigkeiten nicht nur für die ausreichende Versorgung des Bedarfs der Bevölkerung, sondern auch für die Versorgung des gewerblichen Bedarfs, insbesondere des Bedarfs der wehrwirtschaftlich wichtigen Produktion, ergeben. Denn auch die Industrie wird

A087825 88

H2409 – 0048

in erheblichem Umfange durch den Handel - siehe sog. Produktionsverbindungshandel - mit den für ihre Produktion erforderlichen Rohstoffen und Fertigerzeugnissen beliefert.

Insgesamt handelt es sich bei dem dringlichen Wunsch, den der Handel an die Stellen richtet, die für den letzten Arbeitseinsatz verantwortlich sind, lediglich um die Freigabe bzw. Belassung weniger unentbehrlicher Fachkräfte.

Was oben für die Betriebe gesagt worden ist, gilt auch für die Organisation des Handels selbst. Auch hier steht das Funktionieren derKriegswirtschaft, der Bewirtschaftungsmassnahmen, der Zuteilung von Kontingenten auf den Gebieten des Eisens, des Holzes u.a. an Hunderttausende von Betrieben auf der Arbeitskraft ganz weniger Leute, die die Gesamtentwicklung miterlebt haben, sich mit den Betrieben über die bestmögliche Lösung der Fragen auseinandergesetzt haben usw. Der Vorteil, der durch den Abzug dieser Kräfte einzelnen Wehrmachtsdienststellen erwachsen kann, steht in gar keinem Verhältnis zu dem Schaden, der dem Gesamtfunktionieren der Wirtschaft und damit auch jenen Wehrmachtsdienststellen zugefügt wird, die in ihrer Arbeit auf das Funktionieren dieser Selbstverwaltungsstellen angewiesen sind.

Es wird daher dringend gebeten, dass in den Fällen, in denen die Reichsgruppe Handel nach Befragung der Reichswirtschaftskammer und des Reichswirtschaftsministeriums Anträge auf Freistellung für diese Männer stellt, Sorge dafür getragen wird, dass sie auch tatsächlich der Organisation erhalten bleiben.

A 087826

89

H2409 – 0049

von Zitzewitz: Die Einziehungen bei der Landwirtschaft sind wesentlich höher als bei irgendeinem Teil der Industrie, mindestens 30 % der ständigen Arbeitskräfte im Durchschnitt und 40 - 45 % der männlichen Arbeitskräfte. In einzelnen Betrieben sind nur noch Verstümmelte, Alte und Kranke vorhanden. Das wirkt sich natürlich sehr unterschiedlich aus. Naturgemäss am schärfsten betroffen ist der Inhaber einer bäuerlichen Familienwirtschaft, der selbst im Felde ist. Der tatsächliche Zustand ist zurzeit etwa folgender:

1)Der zahlenmässige Ersatz der Einziehungen ist im allgemeinen durch Kriegsgefangene, durch die inzwischen zu Freiarbeitern beförderten Polen und sonstige Ausländer gelungen. Der Gefangene beherrscht vollkommen das landwirtschaftliche Bild. In zahlreichen Betrieben wird auf dem Acker nicht mehr deutsch gesprochen, oft auch in den Ställen. Qualitätsmässig ist der Ersatz nicht gelungen. Französische Kriegsgefangene sind im allgemeinen willig, aber zum Teil unfähig, polnische Freiarbeiter zunehmend dickfellig, widersetzlich und zu Sabotage geneigt. Hier ist unbedingt schnell wirksames polizeiliches Strafrecht notwendig, notfalls körperliches Züchtigungsrecht. Ausserordentlich bedauerlich ist es, dass zurzeit aus den französischen Gefangenen Handwerker und Menschen mit technischer Vorbildung zur Verwendung in der Industrie herausgezogen werden. Damit entfällt die Möglichkeit, geeignete Persönlichkeiten zum technischen Einsatz zu bringen, was angesichts der kaum noch in der Landwirtschaft vorhandenen technischen Arbeitskräfte unbedingt notwendig wäre.

2.) Das System der Beurlaubungen hat sich im allgemeinen glänzend bewährt. Ein nur mehrwöchentlicher Aufenthalt eines Heereseingezogenen im eigenen Betriebe wirkt Wunder. Die Verbindung mit derWirtschaft bleibt bestehen. Die Maßnahme ist vor allen Dingen psychologisch ausserordentlich wertvoll. Beibehaltung, möglichst Ausdehnung dieses Systems ist dringend notwendig.

3.) Zu den offensichtlichen Mängeln in der Landwirtschaft gehört die Arbeitszeitfrage. Die tariflichen Bestimmungen sehen

A 087827 90

H2409 – 0050

für eine Reihe von Provinzen die Übertragbarkeit von ersparten Winterarbeitsstunden auf den Sommer nicht mehr vor. Infolgedessen erfolgt Winterarbeit im Dunkeln, während im Sommer der Tag nicht ausgenutzt wird. Zahlung von Überstunden zur Abhilfe ist im allgemeinen in der Landwirtschaft äusserst unbeliebt. Bei Einhaltung der Gesamtarbeitszeit sollte während der Kriegsjahre eine Verschiebung der eingesparten Winterstunden in den Sommer möglich sein.

4.) Ein weiterer schwerwiegender Mangel ist in der Mehrzahl der Provinzen die mangelnde Bereitwilligkeit und Möglichkeit der Zwangsausübung für den Arbeitseinsatz von Frauen und Mädchen. Mädchen laufen nach wie vor nach Berlin ohne Arbeitsbuch. Praktisch dauert es ½ Jahr, um sie wiederzuholen. Auch unbeschäftigte, in den Familien herumliegende weibliche Arbeitskräfte sind nicht zur landwirtschaftlichen Arbeit zu bekommen, weil weder seitens der Reichsarbeitsverwaltung noch seitens der inneren Verwaltung die Ausübung eines Zwanges für möglich erklärt wird. Infolgedessen kommen auch Frauen nicht zur Arbeit, die sonst gekommen sind, jetzt aber infolge der Handhabung der Unterstützungsgelder es nicht tun. Es ist unrichtig, dass der landwirtschaftliche Arbeitsverdienst auf die Unterstützungsgelder angerechnet wird, denn es besteht kein Interesse, Arbeit zu leisten. Ferner müsste bei objektiver Feststellung der Arbeitsfähigkeit eine Sperrung der Bezüge erfolgen können, wenn keine Arbeit geleistet wird. Das Fortlaufen von Arbeitskräften ist mit sofort wirksamen polizeilichen Massnahmen zu verhindern (Zwangsabholung usw.).

5.) Ausgezeichnet arbeiten die Schulen, die in grosszügigster Weise geholfen haben. Der Einsatz von älteren Kindern hinter der Maschine ist als nahezu vollwertige Arbeit zu bezeichnen. Es ist dringend erwünscht, dass diese Politik beibehalten wird.

6.) Seit einigen Wochen haben Anträge auf Uk-Stellung von Altersklassen der Jahrgänge 1909 und 1910 nicht den geringsten Erfolg, und zwar gleichgültig, ob es sich um qualifizierte Arbeiter, Melker, Treckerführer, Aufsichtsbeamte usw., handelt.

A 087828 9L

H2409 – 0051

23 J

3.

Es ist unbestreitbar, dass für Reparaturen, die durch den unnötigen Verschleiss von Maschinen entstehen, mehr Arbeitskräfte gebraucht werden als überhaupt die Anzahl der eingezogenen qualifizierten Arbeitskräfte darstellt. Zum grossen Teil fahren schon Gefangene auf Trekkern. Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, dass Sabotageakte in einiger Zeit durchaus möglich sind.

7.) Die Arbeitslage in der Landwirtschaft kann nur unter dem Gesichtswinkel betrachtet werden, dass fast 1 Mill. Arbeitskräfte ohnehin schon vor Kriegsbeginn in der Landwirtschaft fehlten. Immerhin ist unter der Voraussetzung, dass die Gefangenen unter allen Umständen in der Landwirtschaft belassen, die Frauenarbeit stärker eröffnet, die Arbeitszeitverteilung günstig geregelt, an den Beurlaubungen festgehalten, der Einsatz der Kinder und Schulen weiter fortgesetzt wird, die Arbeitslage gar nicht einmal das Minimum, durch das die landwirtschaftliche Produktion hindurchgeschleust werden muss. Dies liegt wesentlich in der Maschinenbeschaffung, in der Saatgutbeschaffung, insbesondere der Beschaffung von Grün- und Gründüngungssaaten, ganz besonders aber in der Versorgung mit Heizstoffen, deren Mangel sogar zur Einschränkung der Schweinehaltung führt, im Reparaturwesen usw.

8.) Es wird unbedingt notwendig sein, zu überlegen, dass die Konzentration der wirtschaftlichen Kräfte auf die landwirtschaftliche Produktion in dem Augenblick notwendig wird, in dem nicht mehr mit einer schnellen siegreichen Beendigung des Krieges gerechnet werden kann.

Dr. Schlichting: Das Verkehrsgewerbe ist durch die in den Reichsverkehrsgruppen Seeschiffahrt, Binnenschiffahrt und Schienenbahnen sowie Kraftverkehr, Spedition und Lagerei zusammengefassten Betriebe neben seiner Abhängigkeit von Transportmitteln (Seeschiffahrt, Binnenschiffahrt, Waggon, Kraftfahrzeug) insbesondere als arbeitsintensives Gewerbe stark von den Fragen des Arbeitseinsatzes berührt. Das Verkehrsgewerbe ist durch die Einziehung besonders stark betroffen, weil das ausgebildete Personal (Kraftfahrer, Schiffsbesatzung) von den einzelnen Wehrmachtsteilen schon vor Kriegsausbruch für die Sonderaktionen

A087830

92

H2409 – 0052

stark in Anspruch genommen wurde und ein Ersatz (Personenkreis, Ausbildungsdauer) schwer möglich war.

Die Transportdurchführung ist durch eine Häufung von erschwerenden Momenten wesentlich umständlicher und zeitraubender geworden. Die verringerte Lagerhaltung bedingt vermehrten Transportaufwand, der versuchsweise durch Zusammenfassungen (Fahrgemeinschaften im Strassenverkehr, Sammellandung und allgemeine Zusammenarbeit der beteiligten Verkehrsunternehmungen) herabzumindern versucht wird. Die notwendige Räumung der Bahnhöfe, der an einigen wenigen Plätzen (Ostsee, Binnenumschlagplätzen) zusammengeballte Wasserumschlag hat Umschichtungen grössten Ausmasses ergeben. Hierzu kommen ständig neue Sonderaufgaben, die nicht nur von Wehrmachtserfordernissen, sondern auch durch Begleiterscheinungen des Krieges (Umsiedlungen) bedingt sind.

Die Sperren bei Reichsbahn, Luftschutzmassnahmen, Winterschwierigkeiten (Stillegung der Binnenschiffahrt), die dringend erforderliche sofortige Bahnhöfsräumung trotz winterlicher Verdunkelung, Arbeitsbereitschaft an Sonn- und Feiertagen, das ständig wachsende Formular- und Vorschriftwesen, treten erschwerend hinzu.

Ein Ersatz durch Frauenarbeit und Kriegsgefangene wie in anderen Gewerben ist nur sehr bedingt möglich. Frauenarbeit insbesondere kommt, ähnlich wie bei der Reichsbahn, bei Schienenbahnen und anderen Personenbeförderungsmitteln, nur als Schaffnerdienst usw. in Betracht. Dagegen ist der Führerschein für Frauen nur für Fahren von Kraftfahrzeugen bis 1 1/2 Tonner gestattet und somit Einsatz im Kraftverkehr nur in kleinstem Ausmaß. Frauenarbeit beim Güterumschlag (Schwerarbeiter) ist kaum möglich. Kriegsgefangene können bei der qualifizierten innerbetrieblichen Arbeit (Vorbildung und Kenntnisse im Verkehrsbetrieb), ferner wegen der Gefahr von Sabotageakten im technischen Betrieb (Kraftfahrzeug- und Trekkerfahren), schliesslich wegen des vorgeschriebenen Kolonneneinsatzes (Mindestzahl 20 Köpfe) bei kleineren Landverkehrsbetrieben nicht eingesetzt werden. Dasselbe gilt von dem Einsatz ausländischer Arbeiter, da im Verkehr nicht Arbeit am Werkstück, sondern selbst beim Aussenpersonal in gewissem Umfang geistige Arbeit (Umfang mit den Verkehrsträger) und Ortskenntnisse notwendig sind.

A087829

H2409 – 0053

Wie im Vorjahre drohen auch in diesem Winter erhöhte zusätzliche Erschwernisse besonders durch Zustand bzw. Ausfall der Kraftfahrzeuge, Mangel an Bereifung und Betriebsstoff, so dass der gewerbliche Verkehr (insbesondere Strassenverkehr, Kraftverkehrsgewerbe, Fuhrgewerbe, Spedition und Lagerei, sowie Binnenschiffahrt) unbedingt den derzeitigen Stand von Beschäftigten halten muss.

General Thomas: Ich habe aus den Ausführungen der Herren entnommen, daß der Anteil der einzelnen Wirtschaftsgruppen an Wehrmachtsaufträgen unerwartet hoch ist.
Eben hat der Führer den Befehl gegeben, mindestens weitere 100.000 Mann aus der übrigen Wirtschaft für die Rüstungsindustrie herauszuholen; ferner kommen 200.000 Mann aus Italien. Wir sind in den Krieg mit einer völlig auftragsübersetzten Rüstungsindustrie eingetreten. Dann kamen die bekannten weiteren Forderungen. Mein Bestreben war immer auf Abstimmung der Aufträgen mit den Möglichkeiten gerichtet. Der Führer steht auf dem Standpunkt, dreihundert Prozent zu verlangen, wenn er hundert Prozent haben will. Das ist richtig, solange noch Kapazitäten und Menschen da sind.
Durch die Besetzung ergeben sich weitere Forderungen über die Bedürfnisse der kämpfenden Truppe hinaus, z.B. an Kohle, für Italien, Herstellung der Transportverhältnisse in den besetzten Gebieten. Seit einem halben bis einem Jahr besteht eine Forderung von 500.000 Arbeitskräften, die nicht zu erfüllen ist. Die Rüstungsbetriebe sind nicht voll ausgenutzt, nur wenige arbeiten mit 3 Schichten. Obwohl auch von der Rohstoffseite eine Bremse angelegt wird, sind die Produktionsmöglichkeiten doch noch grösser, aber es sind eben nicht genug Menschen da.
Die Kriegslage stellt wechselnde Anforderungen. Dementsprechend ändern sich die Programme. Der Führer will sie arbeitsmässig voll geleistet haben. Das Heer z.B. soll vermehrte Divisionen und eine erhöhte Motorisierung haben. Daher interessiert ihn die Notlage anderswo nicht.
Im Frühjahr sollen die Urlauber (500.000 Mann) bis Ende April zu ihren Truppenteilen zurückkehren. Dann kommt die Einziehung der Jahrgänge 1921 und 1922 zur Wehrmacht und zum Arbeitsdienst, das sind weitere 500.000 Mann. Es werden also am 1. Mai 1 Million Mann weniger für die Wirtschaft zur Verfügung stehen.
Ich erinnere weiter an die Durchführung des U-Boot- und Luftflotten-

H2409 - 0054

programms.
Ich habe Todt und Funk gebeten, auf die Gefahren für die verschiedenen Sparten der Wirtschaft hinzuweisen. Der Krieg wird ja tatsächlich nicht allein mit den Waffen ausgefochten, sondern ist auch ein Wirtschafts-und psychologischer Krieg. Man wird sich aber damit abfinden müssen, daß eine stärkere Wegnahme von Arbeitskräften für eine Übergangszeit erfolgt, der später wohl wieder eine Entlassung folgen wird.

Speer

A 087832

95

Berlin, den 6.1.1941.

A k t e n n o t i z .

Ich habe heute in Gegenwart des Oberst Becht dem Generalfeldmarschall Keitel den Ernst der Lage auf dem Treibstoff- und Gummigebiet vorgetragen. Der Vortrag wurde in erster Linie hervorgerufen durch die Forderungen der Italiener, die spätestens ab 1. Mai ihre Vorräte völlig aufgebraucht haben. Ich habe besonders darauf hingewiesen, daß es jetzt nun endlich Zeit wäre, die dauernden Forderungen der Wehrmachtteile auf Mehr-Zuteilung von Rohstoffen und die dauernden Wünsche des Führers auf Erhöhung der Programme abzulehnen, da wir sonst im Laufe des Jahres 1941 nicht nur auf dem Treibstoffgebiet sondern auch auf dem Gebiet der NE-Metalle in eine schwierige Lage kommen müssen. Generalfeldmarschall Keitel nahm die Tatsache zur Kenntnis, meinte aber, es müßten Maßnahmen getroffen werden, um eine derartige Notlage zu verhüten. Er sprach sich in Sonderheit darüber aus, daß der GBK baldmöglichst Weisung erhalten müsse, um durch Ersatzkonstruktionen und sonstige Maßnahmen der Gummilage im Sommer Herr zu werden. Nähere Unterlagen über die Lage der Italiener sollten ihm zugestellt werden zur Vorlage beim Führer.

6/1. 41

Abdruck an Oberst Jansen

A087833

96

H2409 - 0055

H2409 – 0056

Chef Wi RÜ Amt

Oberst Jaenecke
8.11.1940

Aktennotiz
über den Vortrag beim Reichsmarschall am 6.11.40.
in Beauvais.

1.) RM teilt mir mit, dass er eine zentraleuropäische Teibstoffgesellschaft gründen wolle, die den Aufkauf und die Verwertung aller in Zentraleuropa liegenden Treibstoffvorkommen betreiben soll. Die Gesellschaft soll privatwirtschaftlich durch die Jndustrie aufgezogen werden, Majorität soll aber beim Reichs liegen. Reichsmarschall bat mich, in den Aufsichtsrat der Gesellschaft einzutreten.

2.) Treibstofflage in Jtalien und Frankreich.
Nach eingehender Unterrichtung über die Treibstofflage in Frankreich und über die Forderungen der Jtaliener entschied der RM wie folgt:

a) Die Verhandlungen mit den Jtalienern sind nur in Deutschland und unter deutschem Vorsitz zu führen.

b) Die Treibstoffverhandlungen liegen grundsätzlich bei der militärischen Seite und nicht beim Auswärtigen Amt.

3.) Ehe an Jtalien Treibstoffe aus Frankreich abgegeben werden, ist zu fordern, dass die Jtaliener uns einen klaren Einblick in ihre Lage geben. Grundsätzlich geht die Versorgung der französischen Mittelmeerflotte und der französischen Kriegsindustrie den italienischen Forderungen vor. Gleiches gilt für die Treibstoffbestände in Nordafrika. Es ist nicht zuzulassen, dass die Jtaliener über die französischen Treibstoffbestände in Nordafrika verfügen. Verfügung erfolgt gemeinsam, wobei der französische Bedarf den Vorrang hat. Mit der Abgabe von franz. Flugbenzin in beschränktem

H2409 - 0057

Umfang ist RM einverstanden, wenn die italienische Bilanz uns vorliegt und die Notwendigkeit der Abgabe zeigt. Zur Versorgung der französischen Wirtschaft können in beschränktem Umfang Heiz-ölbestände, die die Marine beschlagnahmt hat, in Anspruch genommen werden.

3.) Entwicklung der Kriegslage weist auf lange Kriegsdauer. Deswegen muss Rohstoffverwendung einer langen Kriegsdauer angepasst werden. Reichsmarschall fordert klare Planungen auf dem Treibstoff-, Buna-, Aluminium- und Fettgebiet und für die Energieversorgung. RM wird mit dem Führer sprechen, damit beim Heer (Munitionserzeugung) möglichst Rohstoffe eingespart werden. Ich habe dem RM zugesichert, dass wir auf diesen Gebieten ihm eine Planung vorlegen werden. Der RM genehmigte Bau der nächsten Buna-Fabrik Ludwigshafen ausdrücklich wegen des damit verbundenen Zeitgewinns; fordert aber, dass der Bau der 4.Anlage in Oberschlesien ebenfalls beschleunigt in Angriff genommen wird.

4.) Die Forderungen des Befehlshabers Norwegen für den Eisenbahnbau kann der Reichsmarschall zunächst in der Gesamtheit nicht erfüllen. Er stellt ab 1.Quartal 1941 laufend 1o ooo t/Quartal zur Verfügung und fordert, dass zunächst die notwendigen Strecken gebaut werden und die Ausbesserung des Oberbaues und ähnliche Wünsche zurückgestellt werden.

5.) RM genehmigt, dass die für die Ernährung der Rüstungsarbeiter in Polen notwendigen Zuolgen an Fett und Fleisch vom Ernährungsminister zur Verfügung gestellt werden. Mehl und Hülsenfrüchte soll die Wehrmacht stellen.

6.) Reichsmarschall genehmigt, dass die Leitung der wirtschaftlichen Demobilmachung beim O.k.W. / Wi Rü Amt liegt und dass ein entsprechender Befehl herausgegeben werden kann.

4087835 98

H2409 – 0058

7.) RM wurde von mir über die Rückkehr der Arbeiter mit ihren Familien aus dem unbesetzten Gebiet in das besetzte Gebiet unterrichtet.

8.) Jch trug dem RM die Bitte vor, dass die Luftalarme möglichst verkürzt würden. Er war gleicher Ansicht, trifft auf ~~XXXXXXXXX~~ ~~XXXXXX~~ Widerstand beim Führer. Will Angelegenheit Führer nochmal vortragen.

9.) Jch befragte RM über Befugnisse von Todt. RM erklärte, dass er allein für die Fertigung eingesetzt sein und dass Führung der Rüstung einschliesslich Rohstoffverteilung und Arbeitseinsatz allein beim O.K.W.liegen könne, das ihn in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Min.Rats für die Reichsverteidigung zu unterrichten habe. Er wird Dr. Todt über seine Auffassung unterrichten und hätte diesem die Vollmacht vom Dezember 4o nur gegeben für die Regelung der Dringlichkeit in den Betrieben mit Bezug auf die Unterlieferungen.

A 087836

H2409 – 0059

41

A b s c h r i f t

Berlin, den 21. September 1940

Besprechung bei Generalfeldmarschall K e i t e l
am 20.September 1940

1.) Rüstungsprogramm

Durch Kpt. Meendsen.- Bohlken wurde das neue Rüstungsprogramm, wie es sich auf Grund der Anforderung des Chefs Rüst und der Absprachen mit Munitionsminister ergibt, vorgetragen. Feldmarschall Keitel äußerte dabei, Chef Rüst müsse die Forderung stellen, die er zur Aufrüstung der ihm befohlenen Verbände benötigt; auch wenn dabei Zahlen herauskommen, die zeitlich nicht durchführbar sind, müssen diese Zahlen dem Munitionsminister präsentiert werden. Aufgabe des Rüstungsamtes ist dann, den Verstand walten zu lassen und zusammen mit dem Munitionsminister als Führerforderung die Zahlen einzusetzen, die auf Grund der obwaltenden Verhältnisse bei größter Anstrengung geschafft werden können. Dem Munitionsminister muß aber klar gesagt werden, daß überall da, wo die Zahlen von ihm nicht erfüllt werden können, höhere Anstrengungen gemacht werden müssen, damit die Forderungen des Chefs Rüst baldmöglichst gedeckt werden können. Es wurde weiter vereinbart, daß die Kriegskapazität an die Wehrmachtteile vorläufig nicht bekannt gegeben wird, sondern,daß als Richtzahl für den fabrikatorischen Ausbau zunächst die Zahlen des bisherigen Führerentscheides gelten (Zahl für das 12o Divisionen Heer). Die neue Kriegskapazität (für das 18O Divisionen Heer) wird neu bearbeitet und später bekannt gegeben. Es wurde festgelegt, daß Minister Todt die gleichen Unterlagen erhält und daß dann die endgültige Festlegung beim Führer erfolgen soll.

2.) Ausnutzung des französischen besetzten Gebietes.

Auf Grund des Schreibens von General v. Stülpnagel an General Jodl will Feldmarschall Keitel die Waffenstillstandskommission aus den Wirtschaftsverhandlungen mit Frankreich

A 087837

H2409 – 0060

lösen. Die Auffassung des Führers geht dahin, daß die gesamten Verhandlungen mit Frankreich nur von der politischen nicht aber von der wirtschaftlichen Seite zu sehen sind. Die Aufhebung der Demarkationslinie kommt neuerdings nicht in Frage, und wenn dadurch die Ingangsetzung des Wirtschaftslebens in Frankreich unterbunden wird, so muß uns das völlig gleichgültig sein. Die Franzosen haben den Krieg verloren und müssen nun den Schaden bezahlen. Auf meine Einwendung, daß dadurch bald Frankreich ein Unruhezentrum werden, wird, wurde mir geantwortet, daß dann einfach geschossen wird oder das bisher noch nicht besetzte Gebiet besetzt wird. Alle Zugeständnisse , die wir den Franzosen machen, müssen sie teuer bezahlen durch Lieferungen aus dem unbesetzten Gebiet oder aus den Kolonien. Es muß angestrebt werden, daß das Nebeneinanderarbeiten auf wirtschaftlichem Gebiet in Frankreich abgestellt wird. Keitel sieht die einzige Möglichkeit darin, daß die Kommission Hemmen nach Paris geht, dort dem Oberbefehlshaber des Heeres angegliedert wird und ihre Weisungen vom Reichsfeldmarschall erhält. Ich wurde beauftragt mit General v. Stülpnagel die ganze Frage zu besprechen und eine Auslösung der Waffenstillstandskommission aus diesen wirtschaftlichen Fragen einzuleiten.

3.) Generalfeldmarschall Keitel wurde unterrichtet über die unterschriftliche Vollziehung der Dringlichkeitsliste durch den Reichsmarschall. Weiterhin darüber, daß der Reichsfeldmarschall jede Forderung des RAD auf Heranziehung des Geburtsjahrganges 1922 und der Facharbeiter der Jahrgänge 21 und 22 , die in der Kriegswirtschaft stehen, ablehnt.

4.) Flakmunition
Zünder 8,8 cm Flak-Munition soll auf 1,2 Millionen erhöht werden. 10,5 cm Flakmunition soll Forderung auf 75 000 erhöht werden.

5.) Waffenabgabe an Italien
Es sollen sofort abgesandt werden SFH 18 und 100 St. 3.7 Pak

A087838 101

H2409 – 0061

A 087839

H2409 – 0062

A 087840 103

H2409 – 0063

A 087841

H2409 – 0064

Aktennotiz

Besprechung beim Amtschef am 30.8.40.

1).Weststituation:Der Führer ist in Berlin . Sehr ungehalten über die Tatsache der engl.Angriffe auf Berlin.,Grossangriff auf London freigegeben . Vorgesehen ab Nacht 30./31.8.
Allgemein ~~Eine~~ Stimmung .Marine kommt nicht vorwärts, Heer drängt zur Operation,Luftwaffe glaubt Mnderfolg noch mit Fortsetzung der bisherigen Luftangriffe zu erreichen.
2).Oststuation:Dem Führer ist jede weitere politische und militärische Verwicklung der Russen auf dem europäischen Gebiet unangenehmen.Er hat Weisung gegeben , dass die Unterstützung Finnlands sofort sehr stark betrieben wird.Die Tatsache der deutschen Unterstützung Finnlands soll den Russen bekannt werden , weil der Führer glaubt , dass dann die Russen vor weiteren Massnahmen zurückschrecken.
Spannung auf dem Balkan:Die Verhandlungen in Wien haben zu einer Erklärung der Ungarn geführt , dass sie bereit sind den deutschen Schiedsspruch anzunehmen.Man glaubt , dass die Ungarn eine Unterstützung der Russen als Rückenstärkung gehabt haben.Es ist den Ungarn erklärt worden , dass ein Einbruch ihrerseits in Rumänien mit einem deutschen Angriff auf Ungarn beantwortet würde und gleichzeitig der deutsche Einmarsch in Rumänien erfolgen würde.
Gen.Thomas wünscht im Hinblick auf die doch noch unruhigen Verhältnisse auf dem Balkandie mobmässige Vorbereitung unserer Organisation für Rumänien in ähnlicher Weise wie für England.Es ist zunächst ein Stab vorzubereiten.Gen.Gautier soll auf Grund seiner Kenntnisse in Balkanfragen als Leiter vorgesehen werden. Als Chef des Stabes Major Treitzsch (Wi)

A087842

104

H2409 – 0065

Vorbereitende Arbeiten sind zunächst nur von Major Troitzsch auszuführen. Das Aufziehen einer Organisation hat zunächst zu unterbleiben. Für die Zusammenarbeit mit Ro ist ein Offizier von Ro namhaft zu machen, der aber genau wie Major Troitzsch sein bisheriges Arbeitsgebiet weiter beibehalten soll.

Gen. Thomas unterrichtet die Abtlgs.Chefs über die Ergebnisse des Vortrages beim Reichsmarschall. (siehe Sondernotiz).

A 087843

Chef Wi Rü Amt 29.8.1940

37

Aktennotiz

Besprechung bei Reichsmarschall Göring.

Folgende Punkte wurden heute dem Reichsmarschall von mir vorgetragen.

1.) Stellungnahme des Reichsmarschalls erbeten zu der Frage des Führers, ob man Spanien für den Fall, dass es mit in den Krieg eintritt, grössere wirtschaftliche Zugeständnisse machen kann. Gefordert sind in erster Linie Brotgetreide, Treibstoffe, Kohle, Kautschuk, Schrott, Baumwolle, Hanf und Jute, Kalistickstoff. Reichsmarschall erklärt, dass derartige Unterstützung in den gewünschten Mengen (siehe Anlage) völlig ausgeschlossen ist. Brotgetreide, Baumwolle, Hanf, auch Mineralöle seien ausgeschlossen, über die anderen Punkte könne man für kleine Mengen Zugeständnisse machen. Reichsmarschall steht auf dem Standpunkt, dass dieser Einsatz sich aber nicht lohnt. Er will näheres mit dem Führer besprechen.

2.) Orientierung über Treibstofflage. Reichsmarschall ist über Lage sehr befriedigt und wünscht, dass im Winter die Dieselöllage durch stärkere Umsteuerung auf Dieselölfertigung etwas gebessert werden solle.

3.) Unterrichtung über Schwierigkeiten in der Gasversorgung des Ruhrgebiets. Reichsmarschall erkennt an, dass sich deutsche Fertigungslage durch die laufende Fliegerbeunruhigung verschlechtern muss, nimmt aber an, dass die Verschlechterung in England ganz erheblich grösser ist.

4.) Orientierung über Rohstofflage, in Sonderheit über Mehrbedarf an Stahl für das Munitionsprogramm des Heeres. Reichsmarschall ist der Auffassung, dass das vom Führer geplante 200 Divisionenheer zu gross ist und dass vor allem eine 12-monatige Munitionsbevorratung über das Ziel hinaus geht. Ein derartiger Rohstoffeinsatz wird nicht möglich sein. Reichsmarschall wird darüber mit dem Führer sprechen. Reichsmarschall ist einverstanden, dass zunächst 1,1 Mill. t Stahl für das 4.Quartal 1940 verteilt werden. Er ist mit mir der Auffassung, dass eine Verarbeitung dieser Mengen doch nicht möglich ist. Hanneken soll entsprechend unterrichtet werden.

-2-

A087844 106

H2409 – 0066

H2409 -0067

5.) Gummilieferungen an Jtalien. Einverstndnis vorhanden, dass 1ooo Stück gängige Reifen und 1o ooo Stück nicht gängige Reifen aus der Beute geliefert werden. Die neuen Reifen sind durch Jtalien zu bezahlen und das gebrauchte Beutematerial soll irgendwie verrechnet werden.

6.) Unterrichtung über Finnlandgeschäft. Reichsmarschall sagt mir, dass er Reichsluftfahrtministerium angewiesen habe, möglichst entgegenkommend zu liefern. Schnelle Unterstützung von Finnland ist geboten, vor allem, weil Finnland zu jedem Entgegenkommen bereit ist. Geschäft soll in engem Einvernehmen mit Veltjens schnell durchgeführt werden.

7.) Lieferungen an Schweden sind nicht so wichtig wie die Finnlandlieferungen. Es kann geliefert werden, wenn das Gerät freigemacht werden kann (22 Stück 2 cm Flak)

8.) Reichsmarschall wurde unterrichtet, dass General Huntzinger grössere wirtschaftliche Erleichterungen für französische Kolonien erbittet, um einen grösseren Einfluss auf die Stimmung in den Kolonien zu bekommen, dazu Freiheit für Rundfunk, Schiffahrtverkehr und ähnliche Fragen. Reichsmarschall wird mit dem Führer darüber sprechen.

9.) Reichsmarschall wünscht einen Befehl, durch den eine grössere Arbeiterverschiebung (in Sonderheit Entlassungen bei der Rüstungsindustrie) nicht stattfinden darf, ohne dass das O.K.W. diese Verschiebung gebilligt hat, dabei enge Verbindung mit den Wehrmachtteilen halten.

Gleiche Unterrictung ist heute durch mich bei Gen.F.M.Keitel erfolgt.

gez. Thomas

A-087845

100

H2409 - 0068

K.T.B.

Chef Rü

Berlin, den 22. August 1940

36

V o r t r a g s n o t i z

über Besprechung bei Reichsminister Dr. Todt.

Anwesend : Reichsminister Dr. Todt
Ministerialdirektor Schulze-Pielitz
General der Infanterie Thomas
Kapitän zur See, Meendsen Bohlken.

Folgende Punkte wurden besprochen :

1.) General Thomas gibt dem Reichsminister Dr. Todt nochmals einen Überblick über die Absichten des Führers bezüglich Aufrüstung des Heeres, wobei er darauf hinweist, dass es darauf ankommt, das Nahziel bis zum 1.4.41 zu erreichen, ohne auf dem fabrikatorischen Gebiet grössere Ausweitungen vorzunehmen. Die Bereitstellung der Kriegskapazitäten soll in Zeitabschnitten bis zum 1.10.43 erst nach Erreichung des Nahzieles erfolgen. Die entsprechenden Untersuchungen sind beim Chef H Rüst im Gange. Generaloberst Fromm wird den Reichsminister über die weiteren Absichten auf dem materiellen Rüstungsgebiet unterrichten. General Thomas hebt hervor, dass es als Vorausmassnahme notwendig sein wird, bei bestimmten Mangel-Munitionsgebieten die weitere Drosselung abzustoppen . Es wird hervorgehoben, dass für die Fertigung

A0878 46

108

H2409 – 0069

weiterhin der Zwölfmonatsverbrauch + den 10 % igen Zuschlag massgebend sein soll; der bereits jetzt bei verschiedenen Munitionsarten erreicht ist bzw. bei gedrosselter Fertigung bis zum 1.4.41 erreicht wird.

Diese Lage wird zur Folge haben, dass für das Heer neue Rohstoffzuweisung erfolgen muss. General Thomas rechnet mit etwa 400.000 to statt bisher 305.000 to. Des weiteren wird es unerlässlich sein, dass innerhalb des Heereskontingentes eine Verlagerung der Rohstoffe zugunsten der Schwerpunktprogramme erfolgen muss. Hierbei wird darauf hingewiesen, dass aus dem Kontingent des Verwaltungsamtes die zur Verfügung gestellten Mengen wieder abgezogen werden müssen. Hieran schliesst sich eine längere Aussprache über die Rohstofflage.

2.) General Thomas weist auf die Schwierigkeiten des Menscheneinsatzes hin und erörtert die Möglichkeiten auf diesem Gebiet, wobei er keinen Zweifel lässt, dass weiterhin die Arbeitseinsatzlage als mehr angespannt bezeichnet werden muss und dass alles notwendig ist, um hier zu einer Auflockerung zu kommen, wobei u.a. der verstärkte Frauen - einsatz eine Möglichkeit ist. Reichsminister Dr. Todt äussert die Bedenken auf politischem Gebiet, stimmt aber im Prinzip zu, dass, wenn der Krieg in diesem Herbst nicht beendet wird, man alles daran setzen müsse, auch durch verstärkten Frauneneinsatz zu einer Steigerung in der Rüstung zu kommen. Es ergibt sich noch eine längere Erörterung über die Notwendigkeit der Verlagerung des

A0878 47

H2409 – 0070

Stillhalteabkommens mit bestimmten Einschränkungen bezüglich des Restjahrganges 19 und des Jahrganges 2o. Reichsminister Todt sagt zu, dass er bei seiner Unterredung mit Generaloberst Fromm am morgigen Tage die Absichten des OKW bezüglich Verlängerung unterstützen wird.

3.) General Thomas gibt dem Reichsminister Dr. Todt davon Kenntnis, dass der Führer eine Unterrichtung durch den Reichsminister wünscht betr. Kampfstoffanlage Falkenhagen bei Frankfurta.M. Reichsminister Dr. Todt hält es für erforderlich, dass die J.G. bei dem Bau eingeschaltet wird ; er wird sich am Sonnabend an Ort und Stelle von dem Stand der Angelegenheit unterrichten.

4.) In sehr eingehender Weise legt General Thomas die Schwierigkeiten und Überschneidungen auf dem Gebiet der Zusammenarbeit der Inspektionen mit den Rüstungsausschüssen und den Wehrkreisbeauftragten dar. Er betont hierbei, dass in Sonderheit sich vom Rüstungsbeirat über die Rüstungsausschüsse ein umfangreicher Schriftwehhsel angebahnt hat, der zu einer erheblichen Doppel und Nebeneinanderarbeit führen muss und unterstreicht die Notwendigkeit einer Abstimmung der Belange und einer Abgrenzung der Zuständigkeiten. Er betont, dass, was der Reichsminister selbst anlässlich der ersten Tagung auf der Plassenburg herausgestellt hat, der Inspekteur der primus inter pares sein soll, der in der Mittelinstanz zu führen und zu lenken hat. Reichsminister Dr. Todt hebt hervor, dass von seinem Standpunkt aus gesehen eine ganz scharfe Abgrenzung der Aufgaben, wie es vielleicht

A087848

H2409 - 0071

vom Standpunkt des Soldaten gewünscht würde und gewünscht werden müsste, nicht erforderlich sei. Er braucht hierbei den Vergleich mit der Natur und spricht davon, dass ja auch ein Baum im Schatten eines zweiten wüchse und dass so wie in der Natur rein aufgabemässig gesehen, eine gewisse Überlagerung erwünscht sei und zu einer Höchstleistung führen könne. Er erklärt sich bereit und erteilt einen entsprechenden Auftrag, durch eine Arbeitsgemeinschaft, die aus zwei Rüstungsinspekteuren, Wehrkreisbeauftragten und Rüstungsausschussvorsitzenden zu bilden ist, untersuchen zu lassen, wie am zweckmässigsten eine Aufgabenteilung in der Mittelinstanz möglich ist. Er betont hierbei, dass auch er vom ministeriellen Standpunkt aus gesehen, darauf dringen müsse, dass eine gewisse Abgrenzung der Zuständigkeiten geschaffen würde. In diesem Zusammenhang wird dann auch darauf hingewiesen, dass auch die obersten Stellen bei der Herausgabe von Anordnungen die Mitwirkung der korrespondierenden Dienststellen sicherstellen müssen. Es wird vereinbart, dass in dieser Frage zwischen Ministerialdirektor Schulze-Fielitz und Chef Rü eine Regelung getroffen wird, die dieser zwingenden Forderung Rechnung trägt.

5.) Als letzter Punkt wird die Frage der Kriegsverdienstkreuze behandelt. Reichsminister Dr. Todt stellt nochmals ganz klar heraus, dass die Verleihung der Kriegsverdienstkreuze mit Schwertern die ureigenste Angelegenheit der Wehrmacht ist und die Verleihung ohne Schwerter die der obersten Reichsbehörden sein sollte. Demgegenüber wird von General Thomas darauf hingewiesen, dass in der Mittelinstanz nur die Inspektionen die Stelle sein können, bei denen die Vorschläge für Verleihung von Kriegsverdienstkreuzen zusammengestellt werden und dann zur

A087849

M

H2409 – 0072

Vorlage bei den obersten Reichsbehörden kommen. Er betont hierbei, dass selbstverständlich die Wehrkreisbeauftragten und Rüstungsausschussvorsitzenden ihre Wünsche vorbringen können. Es wird vereinbart, dass die sachbearbeitende Stelle beim OKW mit seiner Stelle eine entsprechende gemeinsame Verfügung ausarbeitet und vorlegt.

gez. Meendsen-Bohlken.

No. of Copies ... 7

A 087850

H2

H2409 – 0073

Amtschefbesprechung 34

15/VIII 40

Ich habe es für notwendig gehalten, die Herren Chefs, die die Rüstung der Wehrmachtteile leiten, zu einer Besprechung zu bitten, da die Entwicklung der Forderungen, die auf dem Rüstungsgebiet an die Wirtschaft gestellt werden und ihre Durchführmöglichkeit mir gewisse Sorgen machen. Ich darf den Herren Amtschefs für ihr Erscheinen danken.

Die Forderungen, die in den letzten Wochen an das Oberkommando der Wehrmacht gestellt worden sind an Rohstoffen, Menschen und Kapazitäten und die, wie mir durch Gen.Feldm.Keitel bestätigt wurden, durch Weisung des Oberaten Befehlshabers hervorgerufen sind, erinnern mich an die Lage, wie wir sie zu Beginn des Krieges hatten. Genau, wie damals zu Beginn des Krieges fast auf allen Gebieten neue Forderungen zu den geplanten Kriegsaufträgen hinzutraten, erscheinen jetzt zu den laufenden Aufträgen fast auf allen Arbeitsgebieten neue dringliche Wünsche. Das Heer hat den Auftrag, neben seinem Schwerpunkt – Vermehrung der motorisierten Truppen – die Ausrüstung einer erhöhten Zahl von Divisionen für das Frühjahr vorzubereiten. Die Kriegsmarine hat neben den bei ihr anfallenden grossen Aufgaben, die vom Nordkap bis nach Südfrankreich reichen, eine Erhöhung des beschränkten U-Boot-Programms vorgenommen. Bei der Luftwaffe ist eine Erhöhung des Programms auf dem Motoren- und Zellengebiet vorgesehen und dazu kommen erhebliche Wünsche für den Ausbau der Eisenbahnen und Strassen, des

No. of Pages ... No. of Copies ...

H2409 – 0074

Einiges in Vorbemerkungen

Nachrichtennetzes, der Treibstofferzeugung, der Kraftwagen-Produktion und verschiedener anderer kleinerer Rüstungsgebiete. Allem voran stehen zur Zeit die Massnahmen, die durch das Programm "Seelöwe" bezeichnet werden. Genau wie damals zu Beginn des Krieges versuchen einzelne Stellen der Wehrmachtteile meist Referenten durch scharfe Weisungen, die oftmals den gegebenen Bestimmungen widersprechen, sich die Sicherheit für die Durchführung ihrer Wünsche zu verschaffen. Solche Weisungen werden natürlich bei dem anderen Wehrmachtteil bekannt, verführen zu ähnlichen, noch schärferen Weisungen, und wir haben wieder das alte Bild, dass sich alle Stellen gegenseitig den Rang ablaufen, die Kräfte wegnehmen und hierdurch grosse Reibungen entstehen.

Der Führer hat seine Forderungen für die Umrüstung und für die kommenden Massnahmen gegeben und wird nach seinem altbewährten Prinzip auch keine Änderung vornehmen. Ich halte es daher für richtig, dass wir, in der Höhe der Amtschefs, uns ein klares Bild über die Lage machen und in gegenseitiger Aussprache die Massnahmen treffen, die notwendig sind, um jedes Neben- und Gegeneinander für die künftige Zeit zu verhindern.

Um den Herren ein Bild zu geben, wie sich mir die Situation darstellt, darf ich kurz folgende Ausführungen machen.

Auf Grund des Befehls des Führers für die Umrüstung nach Abschluss der Operationen in Frankreich ist mit der Unterschrift des Reichsmarschalls eine neue

A 087852 114

H2409 – 0075

Dringlichkeitsliste der Fertigungsprogramme herausgegeben worden. Bei Aufstellung der Dringlichkeitsliste war es Wunsch des OKW, 3 Dringlichkeitsstufen zu schaffen, um die Fertigung der wichtigsten Geräte in einer besonders bevorzugten Stufe zu sichern. Diese Massnahme scheiterte aber an der Auffassung der Wehrmachtteile, weil sowohl die Kriegsmarine wie die Luftwaffe ihr geschlossenes U-Boot- bezw. Ju 88 - Programm darin enthalten wissen wollte. Die Kriegsmarine hat inzwischen durch ein Schreiben des Herrn Grossadmirals zum Ausdruck gebracht, dass sie gegen die Durchführbarkeit der Fertigung der in der Dringlichkeitsstufe I enthaltenen Vorhaben Bedenken hat und dass sie fürchtet, bei dieser Dringlichkeit zu kurz zu kommen. Sie hat ausserdem beim Führer eine Weisung erbeten, wonach die Fertigung von Torpedo-Ausstossrohren und Torpedos der 1.Dringlichkeitsstufe vorgeordnet werden. Wie ich gestern unterrichtet wurde, liegen bei der Luftwaffe ähnliche Wünsche vor, weil die Luftwaffe den Ausfall an Maschinen durch den jetzigen Krieg gegen England schneller zu decken wünscht. Beim Heer haben nur untere Stellen Forderungen erhoben, die auf bevorzugte Bereitstellung von Arbeitern vor allen anderen Stellen hinausgehen.

Ich möchte hier klar zum Ausdruck bringen, dass auch ich der Auffassung bin, dass all die Vorhaben, die jetzt von den Wehrmachtteilen bezw. von den Sonderbeauftragten vorgesehen sind, meines Erachtens planmässig nicht erfüllt werden können.

Ich darf zunächst das Gebiet der Arbeitskräfte berühren. Gegenüber den rund 210 000 aus dem Munitions-

A 087853

H2409 – 0076

sektor freiwerdenden Arbeitskräften, die zum grossen Teil ungelernte Männer und Frauen ausmachen, besteht ein zusätzlicher Bedarf

beim Heer von 380 000 Mann
bei der Luftwaffe von 110 000 Mann
bei der Kriegsmarine von 50 000 Mann
für den Kraftfahrzeugbau von 100 000 Mann,

also ein Mehrbedarf von rund 640 000 Mann.

Die aus dem Munitionssektor erhoffte Entlastung der Arbeitseinsatzlage wird also schon allein durch die erhöhte Waffen- und Tankfertigung wieder aufgehoben.

Sie wissen, meine Herren, dass ungefähr vor einem Monat durch eine Andeutung des Führers im Reichswirtschaftsministerium und im Reichsarbeitsministerium der Eindruck entstanden war, als ob man jetzt auch mit nicht kriegswichtigen Programmen wieder beginnen könne. Durch ein Schreiben des Reichsmarschalls habe ich diese Auffassung sofort wieder totgemacht. Das Reichswirtschaftsministerium ist sich heute darüber klar, dass es zur Dekkung unseres Bedarfs noch Arbeitskräfte freimachen muss. Wir setzen daher die Auskämmaktion mit allen Mitteln fort und hoffen, doch noch eine gewisse Zahl von Facharbeitern für unsere Zwecke herauszubekommen.

Sie wissen weiter, dass der Führer angeordnet hat, dass bereits jetzt in der UK-Stellung und in der Freistellungder Ersatzreservisten II und I sowie durch schnelles FM-Verfahren Leute aus der Wehrmacht freigemacht werden sollen. Ausserdem besteht die Absicht, im

A087854

H2409 - 0077

Winter eine ganz grosszügige Beurlaubung seitens der Front für Zwecke der Arbeit durchzuführen.

Trotzdem aber, bin ich der Auffassung, werden die Arbeitskräfte nicht genügen, um alle Wünsche der Wehrmachtteile voll zu erfüllen. Welch gegensätzliche Wünsche auch innerhalb der Wehrmacht entstehen, wollen Sie daraus ersehen, dass von Seiten des Marinewehrmts in grossem Umfang für das Unternehmen Seelöwe Leute herangezogen werden, die von Seiten der Rüstung dringlichst gebraucht werden.

Ähnlich sieht es auf dem Gebiet der Rohstoffe aus. Die Forderungen, die seitens der Wehrmachtteile vorliegen, sind im Laufe der letzten 4 Wochen erheblich gewachsen.

An Eisen sind rund		150 000 t mehr gefordert
an Kupfer	monatlich	3 000 t
an Aluminium ebenfalls		3 000 t.

Wenn wir auch eine gewisse Entlastung auf dem Eisengebiet aus den besetzten Gebieten bekommen, so muss man sich klar machen, dass einmal die besetzten Gebiete auch erhebliche Forderungen haben und zweitens ja leider noch immer höhere Kontingente von General von Hanneken verteilt worden sind, als sie gefertigt worden sind. Auch macht sich jetzt auf dem Eisengebiet der Rückgang durch die englischen Luftangriffe recht bemerkbar.

Auf dem Kupfergebiet werden wir zunächst noch mit den gewonnenen Beutebeständen aushelfen können, aber auch nur eine beschränkte Zeit.

A087855

H2409 – 0078

Auf dem Aluminiumgebiet ist eine Erhöhung so gut wie ausgeschlossen, da wir die aus der Schweiz, Frankreich und Norwegen anfallenden Produktionsmengen bereits an die Wehrmachtteile verteilt haben.

Der Herr Reichsmarschall hat gestern entschieden, dass die Masse der in den besetzten Gebieten anfallenden Rohstoffe der Wehrmacht zur Verfügung gestellt werden. Wir werden daher in der Lage sein, für die nächste Zeit die Wünsche der Wehrmachtteile zu erfüllen. Al. kann nicht mehr zugeteilt werden.

Der Herr Reichsmarschall bittet aber, dass die Forderungen seitens der W.T. nochmals eingehend nachgeprüft werden.

Aus allen Seiten der Industrie hört man, dass die Betriebe in Rohstoffen schwimmen und dass die W.T. den Betrieben viel zu grosse Rohstoffkontingente zur Verfügung stellen. Wir erleben jetzt mehrfach, dass Betriebe verbotene Fertigungen wieder aufnehmen, weil sie die Rohstoffe sich aus dem Wehrmachtskontingent herausparen. M.E. sollte man alle Forderungen der Betriebe rücksichtslos um 20 % vermindern.

Ich kehre nun zur Frage der Dringlichkeitsliste zurück.

Ich möchte daher heute auf meinen alten Vorschlag zurückkommen, dass wir in klarer Erkenntnis der Dinge uns entschliessen, eine neue bevorzugte Dringlichkeitsklasse zu schaffen,

A 087856 IIE

H2409 - 0079

Ø Heute morgen Führerbefehl, ihm derartigen Vorschlag vorzulegen.

in die wir die Geräte aufnehmen, in denen nun wirklicher Mangel ist und die für die Kriegsentscheidung ausschlaggebend sind. Es können dabei natürlich nur wenige in Frage kommen. Aber wir haben dann die Sicherheit, daß diese wenigen auch wirklich menschen-, rohstoff- und kapazitätsmäßig gesichert werden. Ø

Anträge

Anträge Raeder in Göring vorlesen

Wir müssen uns darüber klar sein, meine Herren, daß die bevorzugte Belieferung dieser wenigen Geräte dann auf Kosten der Dringlichkeitsklasse II geht. Ich wäre dankbar, wenn nachher seitens der Herren Chefs zu dieser Frage Stellung genommen würde und Vorschläge für die Geräte gemacht werden.

Wenn wir durch eine solche Maßnahme im Rahmen der Wehrmacht nun eine gewisse Ordnung schaffen und dadurch gegenseitige Reibungen ausschalten, ist es aber auch notwendig, daß wir uns entschließen, unsere Ämter in dieser Beziehung auszurichten, denn zur Zeit ist es so, daß die zahlreichen Anordnungen unserer Ämter und in Sonderheit die des Munitionsministeriums draußen eine völlige Unklarheit hervorgerufen haben. Die Befehle, die die Wehrmachtteile an die Rüstungsindustrie geben, müssen grundsätzlich über die Rüstungs-Inspektion erteilt werden. Der Weg, der zur Zeit von einzelnen Stellen eingeschlagen wird, heute den Befehl über die Rüstungs-Inspektion, morgen über den Wehrkreisbeauftragten, übermorgen über den Leiter des Munitionsausschusses zu geben, ist meines Erachtens untragbar. Es ist doch höchst bedauerlich, wenn wir dadurch unsere militärische Organisation draußen blosstellen und die schon bestehende Unordnung in der Industrie noch vergrößern. Daß in dieser Beziehung sehr gesündigt wird, möchte ich nur an einigen Beispielen beweisen:

Wa A bildet einen Motorisierungsausschuß und teilt Firmen mit,

A 087857

H2409 -0080

daß Arbeitseinsatz verantwortlich Oberstltn. v. Flotow leitet. Die Anforderungen hierfür gehen ~~gehen~~ allen übrigen Anforderungen vor.

Luftfahrt Min. schreibt an Herrn Dr. Borbet und fordert, daß die Erzeugung des 15 m/m M.G. zu steigern ist.

Derartige Beispiele gibt es draußen in Hülle und Fülle.

Ich wäre den Herren Chefs besonders dankbar, wenn wir uns auf die Linie einigen könnten, daß alle Fragen der Führung der Rüstung grundsätzlich über die Rüstungs-Inspektionen angeordnet werden. Nach den Bestimmungen ist der Munitionsminister ja dazu eingesetzt, die Ausbringung zu erhöhen. Die Steuerung der Rüstung und auch die Umrüstung muß aber meines Erachtens auf unserer militärischen Linie bleiben, und sie kann es nur bleiben, wenn die Rüstungs-Inspektionen und die betreffenden Abteilungen der Wehrmachtteile eingehend in die Maßnahmen eingeschaltet werden und klare Überblicke über die Aufträge und über die vorgesehenen Planungen erhalten. Wir haben schon zahlreiche Beweise, daß das Einschalten der Vorsitzenden der Rüstungsausschüsse nur dazu führt, daß diese Herren die Führung ausnutzen, um gewisse Vorteile für ihre eigenen oder befreundeten Betriebe zu erringen.

Ich darf bitten, daß auch hierzu die Herren Chefs nachher ihre Auffassung darlegen.

In dieser Verbindung darf ich noch einige kurze Ausführungen zu der Zusammenarbeit mit dem Reichsminister für Bewaffnung und Munition machen. Der Reichsminister für Bewaffnung und Munition ist seinerzeit eingesetzt worden mit dem Zweck, die Produktion zu erhöhen. Hierzu hat er eine engere Verbindung

A087858

H2409 – 0081

mit der Wirtschaft durch Einschaltung der Wirtschaft in Form von Ausschüssen vorgenommen. Wir haben diese Maßnahme begrüßt, da auf einigen Gebieten zweifellos die Initiative der Wirtschaft durch verschiedene Bestimmungen und Auffassungen innerhalb der Wehrmacht gehemmt war. Eine Änderung in der Produktion ist im Großen wohl kaum eingetreten, wenn auch auf einzelnen Gebieten eine gewisse Lockerung in der Industrie festgestellt werden kann. Ich habe aber den Eindruck, daß die geschaffene Selbstorganisation der Wirtschaft dazu führt, daß eine neue Papierorganisation aufgebaut wird, und diese nur mehr Arbeit aber nicht mehr Leistung hervorbringt. Meines Erachtens müssen wir alle uns dafür einsetzen, daß nun nicht die einzelnen Rüstungsausschüsse und sonstigen Organe sich in Fragen einmischen, die sie nichts angehen und durch Einforderungen von Statistiken und sonstigen Unterlagen zu einer Parallele der Rüstungsorganisation werden. Führungsaufgaben gehen diese Organisation nichts an. Sie kann nur eingesetzt und ausgenutzt werden zur technischen Beratung der Waffenämter bezw. der Rüstungsdienststellen. Wenn heute einzelne militärische Stellen an diese Organisation herangehen, um mehr Arbeitskräfte zu bekommen, oder wenn von Seiten der Wehrmachtteile über die Verleihung von Kriegsverdienstkreuzen mit den Rüstungsausschüssen verhandelt wird, oder wenn die Rüstungsausschüsse von Seiten der Wehrmachtteile Weisungen bekommen über Umsteuerung der Rüstungsindustrie in dem betreffenden Bezirk, so halte ich diese Maßnahmen für verfehlt. Sie müssen zu einer völlig falschen Auffassung über die Rechte der Ausschüsse führen. Ich werde in den nächsten Tagen Gelegenheit nehmen, die hier vorliegenden unklaren Verhältnisse dem Munitionsminister per-

4087859 121

H2409 - 0082

sönlich vorzutragen und vorschlagen, daß der Rüstungs-Inspekteur primus inter pares im Dreierausschuß ist und der Rüstungsausschußvorsitzende dem Rüstungs-Inspekteur unterstellt ist.

Ich wäre dankbar, wenn auch zu diesem Vorschlag von Seiten der Wehrmachtteile Stellung genommen würde und wenn die Wehrmachtteile mein Bestreben unterstützen würden, eine völlige Klarheit zwischen den Aufgaben der Organisation der Wirtschaft und der Organisation der Rüstungsdienststellen zu schaffen.

Ähnlich liegen die Dinge auf dem Gebiet des Arbeitseinsatzes. Auch hier gehen die Wege der Beschaffungsämter sehr auseinander. Im allgemeinen muß es Grundsatz bleiben, daß draußen die Rüstungsdienststellen in enger Zusammenarbeit mit den Dienststellen der Reichsarbeitsverwaltung die Lenkung der Arbeitseinsatzlage vornehmen. Daß für bestimmte Aufgaben selbstverständlich eine Aussprache zwischen den Beschaffungsämtern und dem Reichsarbeitsministerium notwendig ist, wird voll anerkannt. Dies darf aber nicht dazu führen, daß von Seiten einzelner Wehrmachtstellen nun Weisungen auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung an das Arbeitsministerium herausgehen, die den Richtlinien des OKW, oftmals auch des Reichsmarschalls widersprechen. Wenn derartige Weisungen herausgegeben werden, werden die anderen Wehrmachtteile dadurch behindert und es geht der dauernde Kampf um den Arbeiter wieder los, den wir ja doch alle verhindern wollen. Ich bitte daher, daß alle Befehle der Wehrmachtteile, die Arbeitseinsatzfragen betreffen, vor Herausgabe mit dem OKW abgestimmt werden, damit nicht der Kampf der Wehrmachtteile draußen vor der Wirtschaft oder vor der Reichsarbeitsverwaltung ausgetragen wird.

A087860

122

H2409 – 0083

A087861

H2409 – 0084

[illegible]

[illegible]

[illegible]

H2409 – 0085

[illegible]

Auf Ruhm [illegible] Wolfe [illegible] [illegible]

[illegible]

Gen. Thomas [illegible]

[illegible]

[illegible]

Schwerpunkt Wolfe [illegible]

[illegible]

Gen. Thomas [illegible]

[illegible]

[illegible]

[

H2409 – 0086

Berlin , 21.8.40.

A k t e n n o t i z .

betr. Vortrag des Amtschefs beim Gen.F.M.Keitel am 21.8.40.

1).Führer ordnet an , dass die Steigerung der 8,8cm.Munition auf 1 Million Schuss pro Monat beschleunigt werden muss.Die Fertigung der Aufschlagzünder 8,8cm soll erheblich vermindert,die der Uhrwerkszünder möglichst erhöht werden.

2).Für die Aufstellung der Rüstungsprogramme Kriegsheer 1941 ist zur Berechnung die Zahl von 200 Divisionen (einschl aller Zuschläge) als Grundlage zu nehmen.

3).Flakschutz "Ost" soll aufgebaut werden:

a)um engl.Fliegern zu zeigen,dass auch die ostdeutsche Jndustrie geschützt ist,

b)um aber auch Russland zu beweisen ,dass selbst auf dem Flakgebiet starke Kräfte an der Ostfront stehen.

A 087864

125

Oberst Jansen. 33

Chef Wi Rü Amt

Berlin, den 14. Aug. 1940

Aktennotiz

betr. Besprechung bei Reichsmarschall Göring
am 14.8.1940

Am heutigen Tage habe ich dem Reichsmarschall folgende Punkte vorgetragen:

1.) Orientierung über die Treibstofflage, in Sonderheit über die Zugänge durch die französische Beute.

2.) Orientierung über den Mehrbedarf an Eisen und Metallen auf Grund der Neuforderungen der der Wehrmachtteile. Der Reichsmarschall ordnete dabei an, dass die in dem besetzten Gebiet anfallenden Stahlmengen der Wehrmacht zur Verfügung zu stellen sei. Staatssekretär Körner erhält den Auftrag, General von Hanneken entsprechend anzuweisen. Der Reichsmarschall bemerkte, dass das eigentliche Rüsten jetzt erst losginge. Betreffs des Aluminiums forderte der Reichsmarschall, dass die Wirtschaft nur das Allerdringlichste bekommen dürfe und dass die aus dem Ausland zugehenden Mengen der Rüstung zur Verfügung gestellt werden müssen. Der Reichsmarschall bat ausserdem, zu prüfen, ob man die Fertigung in Norwegen, Schweiz usw. nicht durch Zuführungen von Bauxit- bezw. Tonerdemengen noch erhöhen könne.

3.) Orientierung des Reichsmarschalls über die geplante Rüstungsorganisation für England. Der Reichsmarschall erklärte, dass er sich die Leitung aller Massnahmen für England noch vorbehielte, dass aber die Organisation, wie sie von mir im grossen vorgetragen wurde, vorbereitet werden könne, da er grundsätzlich mit der Organisation einverstanden sei.

4.) Ich meldete dem Reichsmarschall, dass Oberst Hünermann in den nächsten Tagen einige Monate vorpatentiert wird und bat, dass auch Oberst Becker ein gleiches Vorpatent haben soll. Der Reichsmarschall erklärte sich damit einverstanden und wies mich an, das Luftpersonalamt entsprechend zu orientieren.

-2- 126

A087865

H2409 – 0087

H2409 – 0088

5.) Staatssekretär Landfried wird fordern, dass die Russenlieferungen mit in die 1. Dringlichkeitsstufe aufgenommen werden. Ich bat, diese Forderung abzulehnen, da sonst die wichtigsten Rüstungsaufgaben darunter leiden würden. Der Reichsmarschall entschied, dass der Antrag abzulehnen sei, bat mich aber, mich dafür einzusetzen, dass die Lieferungen bis zum Frühjahr 1941 planmässig erfolgen. Ab Frühjahr 1941 hätten wir an einer vollen Befriedigung der russischen Wünsche kein Interesse mehr.

6.) In Gegenwart von Herrn Veltjens wurden die finnischen Lieferungen besprochen. Der Reichsmarschall erklärte, dass der Führer eine schnelle und starke Belieferung Finnlands wünsche, da er die Finnen nicht den Russen ausliefern wolle. Veltjens wurde angewiesen, Mannerheim zu unterrichten und nach Klärung der Sachlage die Wünsche der Finnen an das RÜ Amt mitzuteilen. Der Transport soll in erster Linie auf den Schwedenerzdampfern erfolgen. Veltjens soll ausserdem von Mannerheim verlangen, dass wir Flak-Formationen durch Finnland über die Strasse von Petsamo nach Kirkenes führen können. Den Finnen sollen in erster Linie in grossem X Umfang auf Wunsch des Führers Tellerminen für Tankabwehr zur Verfügung gestellt werden.

7.) Der Reichsmarschall wurde über den Verbrauch an Flak-Munition unterrichtet. Er bat darum, dass sich das Rüstungsamt dafür einsetzt, dass die Mehrfertigung, insbesondere 8,8 cm Munition möglichst vorwärts getrieben wird.

8.) Unterrichtung über unsere Wünsche betr. Kontrolle der Mittelmeerhäfen und an der französisch-italienischen Grenze bei Lockerung der Demarkationslinie. Der Reichsmarschall erklärte, dass wir uns in die Kontrolle der Mittelmeerhäfen mithineinschieben müssen. Von der französisch-italienischen Grenze wollen wir die Hände lassen. (Inzwischen hat der Führer entschieden, dass auch die Kontrolle am Mittelmeer den Italienern allein überlassen werden soll.

9.) Der Reichsmarschall billigte die Verfügung über die Ausnutzung der besetzten Gebiete (Frankreich) und unterzeichnete die Verfügung, desgleichen eine Verfügung über Bergung und Rückführung von Werkzeugmaschinen aus Frankreich und Belgien.

4 087866

Wi Rü Amt — Berlin, den 21. Juni 1940

A k t e n n o t i z

Betrifft: Besprechung des Amtschefs beim Gen Qu am 18.6.

Anwesend:

Oberst W a g n e r	Gen Qu
Major K o s s m a n n	"
Gen.Lt. T h o m a s	Wi Rü Amt
Major von G u s o v i u s	"
Major D o e h n e r	"
Major Dr. J u s t	VO Wi Rü Amt /Gen Qu.

General T h o m a s unterrichtet Oberst W a g n e r über:

1.) Die Einsetzung einer Rü In in Belgien (Brüssel) sowie die geplante Einrichtung einer Rüstungs-Inspektion in Paris.

Der von Oberst W a g n e r gemachte Vorschlag, die Neuen Rü In dem Militärverwaltungschefs zu unterstellen, wird von General T h o m a s entschieden abgelehnt.

Die Rüstungs-Inspektionen sollen nach den gleichen Grundsätzen aufgezogen werden, wie die Rüstungs-Inspektion Den Haag, damit nach einer späteren Auflösung der Militärverwaltung die Leitung der Wirtschaft in einer Hand bei der Rüstungs-Inspektion gewährleistet ist. General Thomas betont, dass diese Stellung der Rüstungs-Inspektion auf Wunsch des Reichswirtschaftsministers F u n k und im Einverständnis mit dem Generalfeldmarschall geschaffen worden ist.

Der Rüstungs-Inspekteur wird dem Militärbefehlshaber Paris, General von B o c k e l b e r g, unterstellt. Er ist zugleich rüstungswirtschaftlicher Berater des Militärbefehlshaber

Als Rüstungs-Inspekteur ist General d.Lw. S c h u b e r vorgesehen. Die Inspekteurstelle ist der Luftwaffe zugeteilt worden im Hinblick auf die in der Umgebung von Paris liegenden grössten französischen Luftwaffenbetriebe.

2.) Die Aufgaben der Wirtschaftstrupps:

General T h o m a s bezeichnet die Wirtschaftstrupps als die Augen des Wi Rü Amtes und des Vierjahresplanes. Ihre Aufgabe besteht in der Erkundung aller Rohstoffe.

Die Wirtschaftstrupps sind dem Rüstungs-Inspekteur unterstellt. Für die Erkundungen erhalten sie ihre Weisungen:

A 087867

H2409 – 0089

H2409 – 0090

für die rüstungswirtschaftlichen Rohstoffe
vom Rüstungs-Inspekteur

für die allgemeinen Rohstoffe
vom Militärbefehlshaber (Verwaltungschef)

Die Erfassung der Rohstoffe geschieht nach den Weisungen des Militärbefehlshabers (Verwaltungschef).

Im weiteren Verlauf der Besprechung wird der von Gen Qu zu erlassende Befehl über die Einrichtung der Rüstungs-Inspektion Frankreich und der Rüstungs-Inspektion Paris festgelegt, der als Fernschreiben an die zuständigen Stellen herausgehen soll.

Oberst W a g n e r schlägt vor, den Herren der Verwaltung

Vizepräsident R e e d e r
Min.Direktor S a r n o w und
Min.Dirkt.D a n c k w e r t s

von dem Einsetzen der Rüstungs-Inspektionen Paris und Frankreich in Anwesenheit des Amtschefs Kenntnis zu geben und die über ihre Aufgaben und Unterstellungsverhältnisse zu unterrichten. Die vorstehend genannten Herren werden zu der Sitzung hinzugezogen und erhalten von der mit Gen Qu besprochenen Regelung mit folgendem Wortlaut Kenntnis:

a) Der Rüstungs-Inspekteur untersteht dem Militärbefehlshaber. Er erhält seine Weisungen auf rüstungswirtschaftlichem Gebiet durch OKW (Wi Rü Amt).

Er ist gleichzeitig rüstungswirtschaftlicher Berater des Chefs der Militärverwaltung und hat diesen über alle seine Massnahmen zu unterrichten.

Verhandlungen mit den belgischen Behörden hat der Rüstungs-Inspekteur nur nach Einvernehmen mit dem Verwaltungschef zu führen.

b) Die Wirtschaftstruppe unterstehen dem Rüstungs-Inspekteur, bezw. den Rü Kdos. und erhalten ihre Weisungen

1) für die rüstungswirtschaftlichen Erkundungen von OKW (Wi Rü Amt),

H2409 – 0091

2) für die Erkundungen der übrigen Güter vom Chef der Zivilverwaltung über die Rü Jn bezw. Rü Kdos.

Nach einer längeren Aussprache stellen die Herren der Verwaltung ihre Bedenken zurück und erklären sich mit der vorstehenden Fassung einverstanden.

Min. Direktor D a n c k w e r t s regt unter anderem an, die Wirtschaftstrupps anzuweisen, die Erkundungsaufträge beider Stellen, des OKW wie des Verwaltungschefs auszuführen und nicht eine der beiden Stellen zurückzusetzen.

General T h o m a s nimmt diesen Vorschlag an. Die Rüstungs-Inspekteure, bezw. Rüstungs-Kommandeure sollen entsprechende Anweisung erhalten.

Major Dr. J u s t wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass der Befehl des Gen Qu mit grösstmöglichster Beschleunigung den zuständigen Stellen zugeht.

Verteiler:

Amtschef u. KTB
Ia
Wi
Rü
Ro

A 087869

130

Wi Rü Amt / Adj. 21.6.1940

Z e i t e i n t e i l u n g

Fahrt des Amtschef in Begleitung von Oberst Becht (Ro) und Major Doehner vom 18.6. bis 20.6. ins Führerhauptquartier, zum Generalquartiermeister und Generalfeldmarschll Göring.

18.6. 10 Uhr Start mit Kuriermaschine ab Staaken zum Flugplatz Führerhauptquartier bei Rocroi.
Ankunft 14 Uhr.
14,30 Uhr Besprechung bei General Jodl (Besprechungsnotiz siehe Anlage) und Oberst Warlimont (Notiz s.Anlage). - 1-
17,00 Uhr Besprechung beim Gen Qu in Seloignes. (Besprechungsnotiz siehe Anlage). - 1-
Nach Abschluß der Besprechung Fahrt im Pkw nach Brüssel. Besprechung mit Oberst Nagel, Oberst Franssen und Kapt. Lenssen (Rü Jn Brüssel). Unterrichtung über die mit dem Gen Qu getroffene Regelung bezgl. der Einsetzung der Rü Jn Brüssel, sowie der Aufgaben und Unterstellungsverhältnisse der Wirtschaftstrupps.
Übernachtung in Brüssel.

19.6. Fahrt zum Asienzug bei Jvoir (Maastal).
Teilnahme des Amtschefs an einer Staatssekretär-Besprechung beim Generalfeldmarschall (Besprechungsnotiz siehe Anlage) - 1-
Rückfahrt mit Pkw nach Köln und von dort mit Zug nach Berlin.
Ankunft 20.6. um 8,30 Uhr vormittags.

H2409 - 0092

A087870

134

20. Juni 40 Notiz über Besuch Amtschef im Führer-Hauptquartier 24

Rückkehr Th. aus Führerhauptquartier.

1. Zweck des Besuches: Entgegennahme der Führerentscheidung betr. Umsteuerung der Wirtschaft nach Erledigung der Schlacht in Frankreich. Da Gen. Obst Keitel in München mit Führer (Besprechung der Waffenstillstandsbedingungen) hat er seine Gedanken schriftlich für Th. niedergelegt:

Waffen- u. Mun.-Erzeugung auf verminderter Basis u. zwar:

A) Beschaffungsaufträge

Nachschubforderungen so, daß der Verbrauch von 10/5 bis 10/6 plus den evtl. entstehenden vom 10/6 bis 20/6 zu Grunde gelegt werden soll (als Monatsverbrauch) (anstelle des gesamten Verbrauchs vom 10/6 – 20/6 soll zu dem Verbrauch vom 10/5 – 10/6 ein Drittel zugeschlagen werden u. zwar für Munition aller Waffen.

Dazu soll kommen: als äußerer Bestand ein Vorrat von 12 – 15 Monaten (12 da, wo Bedingung noch nicht erfüllt ist. Überall da, wo Anbauschlägerei 12 – 15 Monate, Vorrat erhöhen.

(Wirtschaftliche Tragbarkeit? Ersatz Mun.!! Übergang notiz.)

B) Fertigungskapazität.

Kriegskapazität nach Verbrauch plus 10 % Kap. Reserve.

Betriebsstoffe muß gesondert behandelt werden.

Abzubauen ist sofort die Kapazität für überzählige Mun.

" " gesamte Kap. Ausrüstung, soweit sie überschritten ist.

Der Führer wünscht die freiwerdenden Rohstoffe zu den Mangelgebieten, auch der Kunstwirtschaft.

Hinsichtlich der Waffen ist der Führer gegen das französische System der starken Bevorratung mit Material, das veraltet, Jaeger-

wagen 132

H2409 – 0093

A087871

H2409 – 0094

wegen ausgenommen, sollen verdoppelt werden.

Das tschechische Gerät soll ausscheiden.

U-Boot-Programm zu 30 U-Booten.

Luftwaffen-Programm 18 soll vollbedient werden.

Frage des Gaskampfstoffes muß noch geklärt werden.

Pulver- u. Sprengstoff, namentlich hinsichtlich Pulver radikaler Abbau.

[Th: Habe immer verlangt, nicht die Anzahl der Geschosse zu vergleichen, sondern die Sprengstoffmenge!]

Für Waffen (außer Panzerkraftwagen) setzt St. Rubens die Nichtzahlen fest.

Führer wünscht stärkeren Schutz der Wirtschaft, wenn er gegen England Krieg führt, also mehr Flak-Geschütze u. Minen. (Minen Verbrauchsvergrößerung, Fertigung ist noch im Steigen.)

3, Weg:

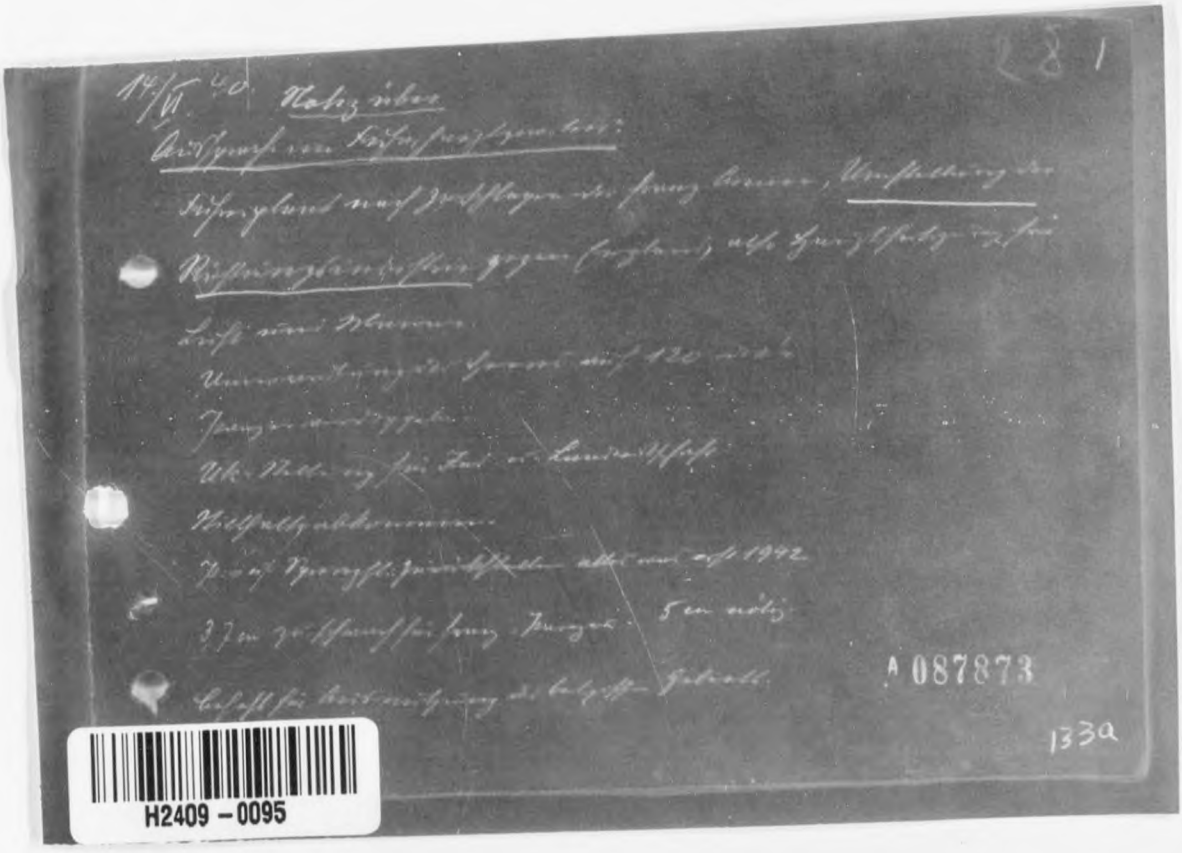
1, Ohne Führerentscheid: zu machen Keine neuen Aufträge
Keine Weiterbau

2, mit Führerentscheid: Neue Programme, ferner

a) Festsetzen, was neu gebaut werden soll z. B. Panzer

b) Luft

A 087872



A 087873

1330

H2409 – 0095

H2409 - 0096

97

Berlin , 12.6.40.

A k t e n n o t i z .

betr. Abtlgs.Chefbesprechung am 12.6.40.

General Thomas berichtet über seine Fahrt vom 7. - 11.6.40 nach Belgien und Nordfrankreich und die dabei geführten Besprechungen mit den Stellen des WiRü Amtes sowie über seine Vorträge beim Generaloberst Keitel und dem Gen.F.M.Göring. Jm Einzelnen :

1.)Ausnutzung des Landes (Belgien und Nordfrankreich)

a)Einrichtung von Reperaturwerkstätten grössten Stiles zur Unterstützung der Truppe.

b) Einrichtung von Rüstungsbetrieben in der Form , dass Betriebe auf unsere Kaliber umgestellt werden, kommt nicht in Frage.Einzelne Ausnahmen in solchen Fällen,wo erzeugte Güter sofort für uns verwendbar.Umstellung auf Engpassgebieten nur auf besonderen Befehl.

c)Rückführung von Rohstoffen die im Heimatgebiet dringend benötigt werden und wo Mangellage vorliegt.

d) Wiederingangsetzung der Jndustrien Belgiens und Nordfrankreichs um Ruhe und Ordnung im Lande zu schaffen,insbesondere solcher Betriebe , die für uns von Jnteresse sind(Stahlerzeugung , Fabriken zur Herstellung von Kesselwagen)

Obige Richtlinien sind vom Führer und Gen.F.M. Göring genehmigt.

A 087874

133

H2409 – 0097

2.) Organisation .

Einverstanden mit der sofortigen Einrichtung einer "Rüstungs - Jnspektion " in B r ü s s e l. Erste Hauptaufgabe derselben: Einrichtung der Reperaturwerkstätten , Unterstützung in den Fragen der Arbeiterbeschaffung , Rohstoffbeschaffung für die Werkstätten im Einvernehmen mit der Militärverwaltung.

Die Rü Jn wird der Militärverwaltung , Gen.v.Falckenhausen unterstellt.

Oberst Franssen wird RüJ. Jn seiner Dienstanweisung ist zum Ausdruck zu bringen , dass seine Tätigkeit auf dem Gebiete der Rüstungswirtschaft , und nicht auf dem Gebiete der allgemeinen Wirtschaft liegt. Ferner Zusammenarbeit mit der Verbindungdstelle des Generalluftzeugmeisters in Brüssel..

Die Referate Rü bei den Oberfeldkommandanturen werden für alle rüstungswirtschaftlichen Aufgaben der Rü Jn direkt unterstellt , für alle sonstigen Aufgaben den Oberfeldkommandanturen.

Die Wirtschaftstrupps sind die Augen des Wi Rü Amtes und d Vierjahresplanes. Die Weisungen für Rohstoffaufgaben werden vom WiRü Amt erteilt, geben an die Ref, Rü bei den Oberfeldkommandanturen und von dort an die Wirtschaftstrupps. Die Ergebnisse werden an die Militärverwaltung und das WiRü Amt gemeldet.

Die Aufstellung der Wirtschaftstrupps hat für bestimmte Bereiche zu erfolgen . Sie dürfen nicht willkürlich verschoben werden.

Es ist geplant der Militärverwaltung das nördliche Gebiet baldigst wegzunehmen. Südbelgien bleibt Militärverwaltung.

A 087875

H2409 – 0098

Daneben ist die Militärverwaltung Frankreich unter General v.Blaskowitz geplant . Zu ihm tritt Staatssekr.Posse .Unter der Milit.Verwaltung Frankreich soll Milit.Verwaltung Paris aufgestellt werden mit General von Bockelberg und Staatsrat Turner.Endgültige Regelung wegen Unterstellung unter Blaskowitz noch fraglich.

Besprechung mit Staatsrat Turner in Lille hat ergeben , dass der V.O.Oberstlt.Gutscher für Sonderaufgaben dem Wi Rü Amt direkt unterstellt bleibt.Im übrigen bleibt es bei der bisherigen Regelung .Die laufende Unterrichtung des Chefs der Milit.Verwaltung muss sichergestellt sein.

Kpt.Lenssen wird nach Einrichtung der Rü Jn Chef der Zentralabteilung der Rü Jn.

Oberstlt. Gutscher behält die Abtlg.Rüstungswirtschaft bei General von Blaskowitz.

3) Rücksprache mit Oberstlt.Petri , Cambrai.

Alles in Ordnung bis auf die fehlende Bewachung der erkundeten Vorräte. Nach Rücksprache mit Gen.Q.soll dem V.O. bei den A.O.K.'s 1 Bewachungskompagnie zur Verfügung gestellt werden.- Dem Wunsch des Oberstlt.Petri den Bergbautrupp zu behalten , um ihn aushilfsweise für andere Arbeiten einzusetzen ,kann nicht entsprochen werden.

4). Meldewesen.

-1- Oberst Braumüller bleibt zunächst in Brüssel.Der Meldeweg ist von Oberst Braumüller festgelegt (s.Anl.) und wird bestätigt.

5) Vortrag bei Gen.Oberst Keitel.

Gedanken für die weitere operative Entwicklung :

H.Gr.B:Einschliessung von Paris,Übergang über die untere Seine,Umfassung von Paris von Südosten.

A 087876

H2409 – 0099

H.Gr.A.:Durchstoss beiderseits Reims,dann eindrehen in Ric
tung Toul - Verdun.

H.Gr.C:Durchstoss Richtung Luneville,massiert aus Rich-
tung Saarlautern.

Die Franzosen haben neues Kampfverfahren,lassen sich in d
Dörfern und Wäldern von den Panzerverbänden überfahren
und greifen dann die deutsche Jnfantrie bei ihrem Vorge-
hen durch die Dörfer und Wälder an..Franz.Artl.sehr gut.
Starker franz.Tankeinsatz unter Verwendung auch des alten
Materials. ---

Unsere 3,7 Paks haben sich gegen die franz.Panzer nicht
bewährt.Die Panzer werden jetzt von l.F.H. bekämpft.

Der Franzose hat sich eine sehr bewegliche Kampftaktik
angeeignet.

Erhöhter Einsatz der feindlichen Flugzeuge.

<u>Massnahmen für die weitere Rüstung</u> :

Der Führer glaubt an einen baldigen Zusammenbru
Frankreichs.Baldigste Umsteuerung der Rüstung auf Kampf
gegen England .Anscheinend ist nach dem Zusammenbruche
Frankreichs geplant ein Angebot an England zu richten ,
ob England zum Abschluss der Kampfhandlungen bereit ist.
Gedacht ist ,dass Heer 120 Divisionen behält.Erhöhte Ver
mehrung der Panzerkräfte.

Unterstützung der Heimat in grösserem Umfange und zwar

1) Verlängerung des Stillhalteabkommens.

4087877 [36]

H2409 – 0100

2) Entgegenkommen auf dem U.K.Gebiet der Wirtschaft gegenüber.

3) Grösste Verstärkung der Luft - und U- Bootrüstung ,Auffüllung besonderer Lücken auf dem Munitionsgebiet(21cm. 15 cm Kan.,sch.F.H. ,schw.Jnf.Geschütz ,50r Bombe).

Hierzu soll mit Einverständnis der Gen.F.M. und Gen.Oberst Keitel dem Heer weggenommen werden :

30 ooo t Stahl und 13 ooo t aus dem Pulver-und Sprengstoffplan.

Nachprüfung des Sprengstoffplanes mit Todt.

Gem.einer zu erwartenden Führeranordnung soll die Verbrauchsgüterindustrie in grossem Umfange anlaufen.

Jtalien:Der Führer vertritt den Standpunkt,da Jtalien uns im Herbst im Stich gelassen hat,jetzt keine Veranlassung vor liegt etwas zu geben.Jedenfalls sollen die italienischen Wünsche erst eingehend geprüft werden.Austausch Bersaglieri Rgter mit Geb.Div.hinausgeschoben.

GenF.M.Göring befiehlt die Nachprüfung der Möglichkeit einer Vergrösserung der Stahlkapazitäten. Anlass hierzu der Berich über die Auswertung der Feindangriffe im Heimatgebiet.

Jngangbringen des Saar - und Luxemburgergebietes nach Vorrücken der Heeresgruppe C.

Ausnutzung des Stahlwerkes Dinant.

A087878 137

H2409-0101

6) Entscheidungen des Gen.F.M.Göring.

a)Die Aluminium Lieferungen aus Ungarn sollen zum grössten Teil an die Marine gehen (250ooo t).Die Luftwaffe erhält den Rest im Hinblick auf die Lieferung der Flugzeuge.

b)An Ungarn sollen geliefert werden für Ausbildungszwecke: 2 St.He 111 und 2 Ju 87 im Wege der Gegenlieferungen.

c)Auslieferung von Flakgerät an Rumänien im Zusammenhang mit dem Ölpakt,dabei sind 4 cm Bofors vor den deutschen 3,7cm. zu berücksichtigen.

Der Wunsch Rozins nach Lieferung von 3oo St. 3,7cm. soll erst nach Klärung der französischen Verhältnisse besprochen werden.

Oberst Hünermann trägt folgendes vor :

1) Der Neubau des O.K.W.soll in diesem Jahr in Angriff genommen werden.Zur Unterbingung sind vorgesehen:W.F.A. , W.Z., W.H.,W.R. Ausl..Die Amtschef sollen je 2 Zimmer erhalten.

2)Deutsche Waffen und Munition wollen Herstal wieder haben. Gen.Dir. Zillinger , Mauser , soll als Treuhänder eingesetzt werden.Rheinmetall hat gleichfalls Interesse an den Werken. Entscheidung liegt beim Wa A.

3) Die hohen Neuanforderungen der Luftwaffe an Gewehren und Karabinern sollen möglichst aus den Beutebeständen gedeckt werden.Eine Belegung der laufenden Produktion mit den Forderungen der Luftwaffe muss abgelehnt werden.

4)Feststellung was an Munition für die erbeuteten und von uns in Betrieb genommenen Küstenbatterien benötigt wird.Evtl. Anfertigung in gewissen Mengen vorsehen.

A087879 438

H2409-0102

5) Besprechung des von Maj.Neef eingegangenen Schreibens betr.Oberst Dietrich.Gen.Thomas lehnt kommissarische Vernehmung ab.Er wird mit Admiral Bastian dieserhalb Rücksprache nehmen.

6)Urlaubsunterstützung für die Offiziere des Amtes. Es sollen von den Abteilungen je 2 Offiziere namhaft gemacht werden.

Kpt.Meendsen -Bohlken berichtet über die mit Min,Todt gemachte Reise zwecks Aussprache mit den Munitionsausschüssen Hannover und Nürnberg. Verlauf in Hannover sehr gut, in Nürnberg kläglich. Vorsitzender in Nürnberg muss gewechselt werden.Ferner Bericht über Aussprachen mit Min.Dir.Schulze-Fielitz (Mun. Minister) über Drosselung des Munitionsprogrammes auf den Führerentscheid.

Total Copies.....

A 087880 139

26

Zu Verfassung

Berlin, den 31.5.40

A k t e n n o t i z

Betrifft: Abtlgs.Chefbesprechung am 31.5.40

Anwesend: General Thomas
Oberst Becker, Wi
Oberst Franssen, Rü
Oberst Becht, Ro.

General Thomas

fordert schnelle Auswertung der Berichte der V.O. Hierzu wird angeordnet:

Wi übernimmt die Zusammenstellung der Berichte hierzu geben
Rü und Ro die Unterlagen in wöchentlichen Zusammenstellungen an Wi.
Erstmalige Aufstellung des Berichtes am 3.6.40.

Oberst Becht:

Die Besetzungszeit der Feindgebiete muss ausgenützt werden, um ein lückenloses Bild des betr. Landes zu schaffen. Die Abteilungen des Amtes und zwar Rü für die Kapazitäten und Ro für die Rohstoffe werden zur Ergänzung der Unterlagen aufgefordert. - Wi beabsichtigt einen Offizier nach Norwegen, Dänemark, Holland und Belgien zu entsenden, um die Stellen draussen entsprechend anzuweisen.

General Thomas

erklärt sich mit einer Entsendung eines Offiziers durch Wi (Lt. Borries) nach Dänemark, Norwegen und Holland einverstanden. Belgien kommt erst nach Einrichtung unserer Rü Jn in Frage. Die Abteilungen Rü und Ro haben ihre Unterlagen über die betr. Länder zu ergänzen, soweit dies überhaupt noch notwendig ist.

General Thomas

berichtet über eine Rücksprache mit Todt. Es herrscht

087881 140

H2409-0103

H2409-0104

Einverständnis darüber, dass nur auf den "Führerentscheid" hingesteuert wird. Die Führerforderung bleibt im Hintergrund. Min. Todt gibt Weisung heraus, dass der Ansatz von Menschen, Rohstoffen usw. nur im Rahmen des Führerentscheides zu erfolgen hat.

Oberst Becht

weist darauf hin, dass auch die fabrikatorischen Vorbereitungen entsprechend eingeschränkt werden müssten (Einrichtungsaufträge, Bauten usw.) und dass andererseits Marine und Luft besser gestellt werden müssten, um die fabrikatorischen Vorbereitungen im Rahmen des Führerentscheides durchzuführen, wozu sie jetzt nicht in der Lage wären im Gegensatz zum Heere.

General Thomas

will mit den Wehrmachtteilen hierüber sprechen und sie von Vorstehendem unterrichten.

A087882 141

Aktennotiz

Über die Entwicklung der Rüstungslage im Sommer 1940.

Der schnelle Zusammenbruch der französischen Armee führte dazu, dass bereits vor Abschluss der Waffenstillstandsverhandlungen mit Frankreich sich die oberste Führung entschloss, das Rüstungsprogramm der Wehrmacht umzustellen. Als Grundlage für diese Umstellung sollten einmal die Kriegserfahrungen des bisherigen Westkrieges gelten, zum andern aber auch die Forderungen, die man für die Forsetzung des Krieges gegen England aufgestellt hatte. Es wurde demnach angeordnet, dass die Munitionsfertigung in grösserem Umfange einzuschränken sei und dass die dadurch freiwerdenden Rohstoffe und Menschen zur Förderung der neuen Schwerpunktprogramme eingesetzt werden. Als Schwerpunktprogramme wurden bezeichnet

a) die Fortsetzung der Luftrüstung,

b) die Fortsetzung des befristeten U-Bootprogrammes,

c) die Vergrösserung der schnellen Truppen, in Sonderheit die Vermehrung der 1o Panzerdivisionen auf 2o Panzerdivisionen.

Zur Durchführung dieser Massnahmen wurden dem Heer 13o ooo t Stahl entzogen, die den anderen beiden Wehrmachtteilen zur Durchführung ihrer Aufgaben zugewiesen wurden. Das Heer war trotz dieser Abgaben an Rohstoffen in der Lage, sein Programm planmässig durchzuführen.

- 2 -

A 087883

H2409-0105

H2409-0106

Der Ablauf der Waffenstillstandsverhandlungen mit den Franzosen und die dadurch eingetretene militärpolitische Lage hat anscheinend der obersten Führung die Hoffnung eingeflösst, dass auf Grund dieser Situation auch England zum Frieden bereit sein würde. Jnfolgedessen wurde Anfang Juli angeordnet, dass in Fortführung der Umstellung der Rüstung ein neues Rüstungsprogramm aufzustellen sei, dass sich wohl mit der Durchführung obiger Schwerpunktprogramme beschäftigt zugleich aber auch eine Neuordnung des künftigen Friedensheeres vorsah, und zwar auf der Basis von 12o Divisionen. Es wurde die Weisung gegeben, dass im Laufe von 3 Jahren die Ausrüstung für dieses 12o Div.-Heer + Ersatzheer + Reserve für Neuaufstellungen (bis zur Höhe einer Gesamtstärke von 16o Divisionen) dazu eine 12-monatliche Munitionsreserve und dazu eine Kriegsfertigungskapazität, die sich auf die Erfahrungen des Westkrieges gründen sollte, bereitgestellt werden. Zur Förderung dieser Umstellung des Heeres wurde angeordnet, dass 4o Div. zu entlassen seien, eine Zahl, die aber nach wenigen Tagen auf 17 Div. ermässigt wurde. Diese Umrüstung wurde durch Befehl des OKW ....
angeordnet und von den Wehrmachtteilen durch entsprechende Aufträge eingeleitet.

Ende Juli wurde von Gen.Feldmarschall Keitel mitgeteilt, dass die Umrüstung des Heeres in dieser Form wohl nicht zur Durchführung kommen würde. Bei meiner Meldung am 2.8. in Berchtesgaden teilte mir Gen.Feldm. Keitel nun endgültig mit, dass der Führer die gesamte Situation jetzt anders ansehe und dass man sich für das Jahr 1941 für jede möglich werdende politische Situation vorbereiten müsse.

- 3 -

A087884 ,43

H2409-0107

Selbstverständlich blieben die Vorbereitungen, die für die Landung in England (Unternehmen Seelöwe) getroffen werden, an der Spitze aller Massnahmen. Daneben sei es notwendig, die 3 Schwerpunktprogramme durchzuführen. Endlich aber wäre sich der Führer darüber klar, dass eine Heeresrüstung von 12o Div. nicht genüge, sondern dass man für das Jahr 1941 ein erheblich grösseres Heer zur Verfügung haben müsse. Wir hätten uns daher darauf einzustellen, dass das mit Schreiben Nr. ... befohlene Rüstungsprogramm ersetzt würde durch ein neues Rüstungsprogramm, was die Erhöhung des Heeres auf etwa 18o Div. vorsehe. Alle angeordneten Stopmassnahmen, in Sonderheit auf dem Munitionsgebiet, dürfen nicht mehr durchgeführt werden, es sei alles auf dem bisherigen Fertigungsstand zu belassen, bis neue Befehle kommen.

Diese neue Weisung der obersten Führung scheint sich aufzubauen aus der Erkenntnis, dass

1.) mit dem Zusammenbruch Englands im Jahre 194o unter Umständen nicht mehr zu rechnen ist,
2.) im Jahre 1941 ein Eingreifen Amerikas in Frage kommen kann.
3.) das Verhältnis zu Russland im Jahre 1941 eine Änderung erfahren kann.

Am 17.8. wurde die neue Bearbeitung des Rüstungsprogrammes auf der geschilderten Basis von 18o Div. von Gen.Feldm.Keitel angeordnet. (Aktennotiz hierüber siehe Anlage).

A087885

Aufbrüh

25

Besprechungsnotiz .

Besprechung bei Min.Todt (Gen.Lt.Thomas ,Oberst Becht.) 21.5.40.

1) Reichsminister Todt wurde Antrag des Heeres vorgetragen, im IV.Quartal keine Kontingente auszugeben.Todt lehnt dies ab, und ist mit uns der Auffassung,dass es zweckmässig wäre ,jetzt klaren Wein einzuschenken und die Programme entsprechend zu senken.Da die Möglichkeit besteht ,dass eine Umsteuerung der gesamten Programme aus militärpolitischen Gründen notwendig wird,wird beschlossen jetzt die Kontingent-Verteilung lt.Anlage dem Führer zur Genehmigung vorzutragen und zunächst abzuwarten, ob eine Umsteuerung in Frage kommt.Die notwendigen Reserven hierfür müssen aus der Produktion Luxemburg und Belgien geschaffen werden.Die Überziehung von O.K.H. von 90ooo t im II.Quartal muss bereinigt werden.

-1-

2)Todt erklärt sich damit einverstanden ,dass seine Beauftragten zu den kommenden Rü Jn Holland , Belgien und zum Rü Kdo. Luxemburg treten und keine eigene Dienststelle darstellen.

Total Copies 5

A 087886

145

H2409-0108

Chef d. Rü Amt

54

Geheime Kdo. Sache

Berlin , 30.4.40.

Herrn
Dr. von Wolzogen
zur Kenntnis u. zum
Verbleib
Jansen 7/V 40

V o r t r a g s n o t i z .

betr.Vortrag beim Mun.Min.Todt am 29.4.40.

Unterrichtung Todts über die Rohstofflage III.Quartal. Todt will versuchen weitere 100ooo to Stahl durch Mehrerzeugung zu erhalten,100ooo bis 150ooo toaus früheren Aufträgen der Wirtschaft.

Todt stimmt zu , dass die Aufteilung auf die Wehrmachtteile und die Unterrichtung derselben durch O.K.W.erfolgt.

087887

H2409-0109

146

Chef in Bü

Berlin ,30.4.40.

A k t e n n o t i z .

betr. Vortrag bei Gen.Oberst Keitel.

1).Vortrag über die Waffenlieferungen nach Schweden(s.Protokoll

2.)Gen.Oberst Keitel stimmt zu , dass nach Durchführung des bisherigen Auftrages " Klärung der wirtschaftlichen Aufgaben im Ostseeraum " der Sonderstab aufgelöst wird.Gen.Oberst Keitel wird diese Frage mit Grossadmiral Raeder besprechen.

A087888

H2409-0110

(4)

H2409-0111

Geheime Kommandosache

Berlin ,26.4.40.

B e s p r e c h u n g s n o t i z .

Vortrag Amtschef bei Gen.Oberst Keitel.

1) Amtschef erbittet völlige Klärung der Fragen :Was ist mit dem Balkan los , und was muss gemacht werden .

Der Führer ist bestrebt mit allen Mitteln den Balkan ruhig zu halten.

O.K.H. hat die Frage eines Angriffs auf Rumänien bearbeitet und ist an Gen.Oberst Keitel und an den Führer herangetreten um Genehmigung zu erhalten mit dem ung.Gen.Stab zu sprechen.Führer hat abgelehnt mit dem Hinweis , dass die Ungarn unzuverlässig seien und Gefahr bestünde ,dass die Angelegenheit an den Duce herangebracht würde.-Der Führer beabsichtige über Mackensen mit dem Duce die Balkanfrage zu behandeln.Ausserdem solle Ribbentrop mit Ciano sprechen.

O.K.H. hat scheinbar trotzdem auf unterirdischen Wegen mit Ungarn gewisse Verbindungen angeknüpft,gegen die der Führer nichts unternommen hat.

Der Führer betrachtet die Balkan bezw,Rumänienangelegenheit als eine Abwehraktion gegen

die Russen (Bessarabien),

ev l.Unternehmungen des Gen.Weygand,

die Engländer (Hochbringen der Treibstoffgebiete).

Die Gedanken des O.K.H.scheinen auf einen schnellen Antransport von Truppen über Wien - Budapest für einen Angriff von Westen auf Rumänien(anderswohin) Der Führer lehnt diese Ansicht ab.

Gen.Oberst Keitel wünscht

145

A087889

H2409-0112

Gen Oberst Keitel wünscht ,dass die Balkanangelegenheit vom Amt wehrwirtschaftlich vorbereitet wird.(Jn Verbindung mit O.K.H.)

2), Fall Westen.

Für den Fall Westen ist noch nichts befohlen. Nach Auffassung Gen.Oberst Keitel Will der Führer möglichst schnell den Westfall in Gang bringen.Zeitigster Termin Ende nächster Woche.Abhängig von der Lage im Norden.

Nach Auffassung von Staatssekr.Neumann wird der Westfall künstlich hinausgeschoben,um neue Verhandlungen zu versuchen . (Soll auch die Ansicht des Gen.F.M.Göring sein).

3).Norwegen.

Gen.Oberst Keitel istveinverstanden ,dass ein Wehrwirtschaftsstab in Norwegen eingerichtet wird.Major Neef soll in gewisser Zeit zurückkommen(Oberst Becht legt Wert darauf ,dass Neef möglichst lange Øben bleibt , da es sich in Sonderheit um Rohstoffvorkommen handelt).Die Frage der Stellenbesetzung ist noch nicht klar. Gen.Oberst Keitel befürchtet bei der Besetzung durch Gen.Wintzer Schwierigkeiten mit Terboven.Gen.Zuckertort wird als ev 1.Nachfolger des Gen.Wintzerbezw.des Oberstlt.König wbn Gen.Oberst Keitel abgelehnt.Evtl.Vertreter der Marine für Norwegen ins Auge fassen im Hinblick auf die vØrhandene Werftindustrie.

4).Minister Todt.

Eingehende Aussprache .Ergebnis Gen.Oberst Keitel äussert: Jch habe immer gewusst ,dass geheime Abmachungen zwischen Todt und dem Führer bestehen.Gen.Oberst Keitel lehnt die Frage einer evtl. Auflösung des Amtes ab. Gen. Thomas soll die Todtangelegenheit mit Gen.F.M.Göring besprechen.

A 087890 149

H2409-0113

5). Waffenlieferungen an Jtalien.

Gen.Oberst Keitel sagt , dass dem Führer durch die Adjutanten der Wehrmachtteile direkt ohne sein Wissen Forderungen Jtaliens vorgetragen würden. Gen.Oberst Keitel fordert Unterrichtung durch das Amt was an Waffen abgegeben werden kann. (Oberst Becker soll entsprechende Feststellungen machen).

6). Verfügung Göring betr.U.K.Stellungen

Gen.Oberst Keitel will die Verordnung des Amtes durchsetzen und entsprechenden Befehl geben.Kpt.M.-B.soll Vorschlag , wie wir ihn haben wollen Amtschef vorlegen. Vor Unterzeichnung durch Gen.Oberst Keitel Zustimmung Todts durch Amtschef einholen.

7). Bezirkswirtschaftsämter und RÜ Jn.

Jm Einverständnis mit Jnnenministerium werden "Wirtschaftsstäbe" gebildet ,die sich aus 2 Gremien zusammensetzen.Jn dem einen sind die Chefs als wirtschaftlicher Beirat des Reichverteidigungskom. vereinigt ,in dem anderen findet sich ein Arbeitsstab zusammen mit je 1 Referenten.Der Verkehr soll herausbleiben.Leiter des Wirtschaftsstabes soll immer der Chef sein , dessen Bereich der bedeutendste in der betr.Provinz ist (Ernährung , Forst usw.) Die Wehrwirtschaftsorganisation soll den RÜJ (oder RÜKdr.) in das Chefgremiun und 1 Bearbeiter jeder RÜJn in den Arbeitsstab entsenden.

Gen.Thomas ist der Auffassung , dass nur zugestimmt werden kann wenn der Verkehr eingeschlossen wird.

A087891 1st

Geschäftsbericht 20

Todt-Sitzung 30/III 40 (nur besonders bemerkenswerte Punkte)

Todt: Bauvorhaben müssen eingeschränkt werden!! Zu meinem Erstaunen gehört, daß große Bauvorhaben in Gang gebracht werden können, ohne daß die Rüst. Insp. das verhüten können.

Hauptschwierigkeiten: Rohstoffe, Maschinen, Arbeiter!

Leykauf: Als der Polenkrieg begann, lief das Mun.-Programm, da kamen die W. T. mit großen Forderungen, ohne daß das Mun.-Programm geändert wurde.

Stroh: Indiszipliniert in den Betrieben muß abgestellt werden bis zu 20% Arbeitsstunden fallen jetzt aus.

Mehrere Insp.: Stopp in der Feststellung von freien Kapazitäten verlangt. Erst einmal feststellen, ob die bereits vermittelten mit Maschinen u. Arbeitern u. Rohstoffen bedacht werden können.

Sinnengrenzung: Methoden der Industriebank Hammels. Darlehen sind zu erhalten, aber Rohstoffe kann Industrie nicht tragen. Kriegsklausel (es wird vermut verhandelt, wenn Frieden vermutlich bevor usw.) jetzt, aber sie genügt nicht. Notiz ist, daß die Betriebe die nötigen Mittel aus deren Haushalt erhalten.

Heinekamp: Industrie ist nicht so angesprungen, wie erwartet. 250 Betriebsführer nach Baden bestellt.

Todt: nimmt verhältnismäßig scharf gegen diese Berufung der Betriebsführer Stellung. Grundsätzliche Sache! Sache der Rüstung, der Sache nachzugehen. Evtl. persönliche Nachforschung an Ort u. Stelle.

Schleusenerfahrungen von Todt.

Disziplinfrage: Rückspruch mit Frau Lehaltz-Schenk. Einwirkung auf die Frauen durch Partei.

Beauftragter der Arbeitsfront zu Rüst. Insp.

A 087892

151

H2409-0115

K 087893

H2409-0116

Total Copies

A087894

große Westoffensive, die Bevorratung an Kohle für den Winter 40/41, und den Export notiert.

Rohstofflage

Noch immer Nahtmangel: 2,2 l verteilt, 1,6 t gefertigt (max. 1,8 vielleicht)

Alle fabrikatorischen Bauvorhaben für 1942 unbedingt zurück.

NC-Metalle: bis Herbst 40 mit Vorrat völlig gedeckt; aber dann? Größte Schwierigkeit auf dem Blumenmaterialgebiet (Bomben, U-Boote, Zünder)

A 087895

H2409-0117

18

Wi Rü Amt

Berlin, den 9.3.1940

Besprechungsnotiz

Betr. Vortrag bei Generaloberst Keitel

Generaloberst Keitel hatte heute Wi Rü Amt und General von Schell befohlen, um die Lage auf dem Treibstoffgebiet zu besprechen. Das Zurückbleiben der Einfuhr einerseits und der verstärkte hohe Bedarf der Wirtschaft andererseits haben dazu geführt, dass die Reserven stark zusammengeschmolzen sind. Für die bevorstehende Offensive sind unbedingt Abänderungsmassnahmen notwendig.

Wi Rü Amt schlug vor:

1.) Schaffung einer nationalen Reserve aus Beständen der Luftwaffe und der Kriegsmarine.

2.) Umstellung der Dieselölproduktion auf Kraftwagenbenzin.

3.) Einschränkung des Bedarfs der Bauwirtschaft an Dieselöl.

4.) Versorgung der Wirtschaft mit Dieselöl aus den Beständen der Kriegsmarine.

5.) Sicherung des Arbeiterbedarfs der Treibstoffabriken.

General von Schell schlug vor:

Schnellste Erfassung sämtlicher Transportfahrzeuge der Wirtschaft durch das Verkehrsministerium.

Generaloberst Keitel ordnet an, die Vorschläge dem Gen.F.M. Göring zu unterbreiten.

Oberstlt. Schulz von L erhält Auftrag, die Sicherung der Arbeiter der Treibstoffabriken vorzunehmen.

Abschrift für Oberst Jansen.

H2409-0118

A087896 153

*087897

Besprechung am 16. Februar 1940

An der Besprechung nahmen teil: General Thomas, Oberst Hünermann, Oberst Jansen, von Wolzogen, Oberst Wagner, Major Wernich, Hauptmann Döhner, Dr. Reuter; aus der Wirtschaft die Herren Kommerzienrat Haindl (Haindlsche Papierfabriken Augsburg, Mitglied des Ausschusses für Verkehrsfragen bei der Reichsgruppe Industrie), Dr. Linden (Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat), Helmuth Pomsagen (Vereinigte Stahlwerke, Vorsitzer des Ausschusses für Verkehrsfragen bei der Reichsgruppe Industrie), Geheimrat Prentzel (Kali-Syndikat), Kommerzienrat Waibl (I.-G.Farben, Mitglied des Ausschusses für Verkehrsfragen bei der Reichsgruppe Industrie), während die Herren Hayler (Leiter der Reichsgruppe Handel) und Wensel-Teutschenthal infolge Behinderung am letzten Tage absagen mussten. Dauer: 17 - 19 Uhr.

Thema: Aussprache über das Verkehrsproblem.

General Thomas: Generalfeldmarschall Göring hat gestern festgestellt, daß die Lösung des Verkehrsproblems das Problem der nächsten Wochen sei. Für die Kriegführung sind vor allem auch die Auswirkungen, die noch kommen werden, auf dem Ernährungs- und Exportgebiet wichtig, und zwar im Sinne der Fähigkeit zum Durchhalten, aber auch natürlich auf dem Gebiete der Fertigung für die Rüstung.

In unserer heutigen Besprechung erbitte ich keine Schilderung der allgemein längst bekannten Zustände, sondern eine Darlegung der Gefahren, die noch eintreten können, wenn nicht durchgegriffen wird, vor allem aber Vorschläge zur Abstellung der Schwierigkeiten.

Göring will die Sache persönlich in die Hand nehmen, und hat einen Ausschuss eingesetzt, der in acht Tagen Vorschläge machen soll. Ich selbst bin Mitglied, und zwar unter dem Gesichtspunkt der Rüstung. Weitere Mitglieder sind Staatssekretär Kleinmann, Oberst von Schell für das Kraftfahrwesen, General von Hannecken für die Rohstoffe, Todt, Hühnlein für den Einsatz seiner Organisation; Staatssekretär Backe wird nach Bedarf herangezogen. Die Leitung liegt in den Händen des Generalfeldmarschalls oder im Behinderungsfall Generalmajor Gercke.

Waibl: Das Verkehrsvolumen der Reichsbahn ist gegenüber 1913 um 24%, die Versandweite um 32%, die Kilometerlänge um 20% gestiegen:

H2409-0119

H2409-0120

M

dabei wirken sich die neuen Gebietseingliederungen sehr stark aus. Praktisch besteht ein Minus an Lokomotiven von 10 - 15%, an Güterwagen von etwa 10%. Frost und Kälte haben die Verkehrsschwierigkeiten übersteigert, aber sie waren nicht allein entscheidend. Die Lage wird schwierig bleiben, auch wenn der Winter vorbei ist.
Zur Behebung der Schwierigkeiten ist vor allem 1. eine möglichste Verstärkung des neuen Beschaffungsprogramms notwendig. Die ursprünglich vorgesehenen 25.000 Wagen sollen auf 59.000 gesteigert werden. (General Thomas: Gestern sind 80.000 in Aussicht genommen worden) Wenn es bei den 59.000 bliebe, so würde dann bei dem derzeitigen Bestand von rund 600.000 nur eine Vermehrung um 10% eintreten. In Wirklichkeit würde die Auswirkung nicht so erheblich sein, da eine starke Aussonderung von Lokomotiven und Waggons nötig ist. Früher wurden jährlich 20 - 30.000 Stück ausgemustert, in den letzten Jahren nur 2 - 3000. Dementsprechend werden 20.000 sofort abgehen, ähnlich bei Lokomotiven. Das Defizit an Güterwagen beträgt mindestens 140 - 150.000, wenn auch eine Zahl von 200.000 wohl übertrieben ist. Dementsprechend muss das genannte neue Beschaffungsprogramm auf drei Jahre fortgesetzt werden.
Ich schlage 2. eine möglichst ausgiebige Benutzung des rollenden Materials vor. Dazu ist es notwendig, den Fahrplan möglichst nahe an den Friedensplan heranzubringen. In den letzten Monaten sind praktisch nur Löcher zugestopft worden. Das ist ein unmöglicher Zustand. Durch eine Neuregelung würde mancher Leerlauf und Verzug vermieden.
3. ist eine zweckmässige Verteilung des unzulänglichen Materials notwendig.
Es reden zu viele Stellen in die Dispositionen hinein. Die Transportbeauftragten bei den Eisenbahndirektionen haben sich nicht bewährt, weil ihnen eine unmögliche Aufgabe gestellt war. Sie können die wirklichen Zusammenhänge im einzelnen nicht übersehen, da sie zu kompliziert sind. Ausserdem ist das täglich anfallende Arbeitsvolumen viel zu gross. Ferner sind die Verhältnisse in den einzelnen Direktionen nicht gleich gelagert, in den einen überwiegt der Zugang, in den andern der Abgang von Wagen. Daher sind die Transportbeauftragten in den einen Bezirken viel günstig gestellt als in den andern. So fehlt der erforderliche Ausgleich.
Ich schlage folgende Regelung vor: Das Hauptwagenamt der Reichsbahn

A 087898

H2409-0121

7

benachrichtigt das Reichsverkehrsministerium, wie viel Wagen in den nächsten Tagen gestellt werden können. Das RVM stellt mit den Leitern der Wirtschafts- und Fachgruppen fest, welche Güter weniger dringlich sind. Für diese gibt es zunächst keine Wagen, aber die vordringlichen Güter werden jedenfalls befördert, wobei man allerdings Ausfälle für andere Betriebe, schlimmstenfalls sogar ein Erliegen in Kauf nehmen muss. Vermieden wird aber dadurch, dass, wie es heute der Fall ist, Rüstungsbetriebe oder Vierjahresplanwerke gedrosselt werden. Aus den Feststellungen des RVM ergeben sich Richtlinien, die an die Reichsbahndirektionen gehen. Diese übernehmen dann das Dirigieren, worin sie sich auskennen. Dadurch wird die Verantwortungsfreude und Arbeitslust der Reichsbahnfachleute gesteigert.

Bei einer solchen Regelung ist es nicht mehr nötig, mit den unzulänglichen Stichwortzetteln zu arbeiten, nachdem bereits die Dringlichkeitslisten 1 und 2, die Freilisten und ebenso die internen Dringlichkeitslisten sich festgefahren hatten.

Die Frage, in welchen Zeitabständen die dringlichen Güterbefördert werden, sowie andere Feinheiten werden die Spezialisten der Reichsbahn am besten berücksichtigen können.

Die Wehrmacht muss wirklich nur dringend benötigtes Material beanspruchen, sodass Leerläufe vermieden werden.

4. schlage ich eine Ausweitung des Speditionssammelverkehrs zwecks Verringerung des Stückgutverkehrs vor.

5. ist eine Entlastung der Reichsbahn nötig. Die Frage ist, ob das durch Lastkraftwagen geschehen kann. Dann muss für eine hinreichende Belieferung mit Treibstoffen und Reifen gesorgt werden. Hier könnte vielleicht die Wehrmacht wenigstens auf gewisse Zeit eine Entlastung bringen. Zu überlegen ist weiter, ob Leerfahrten der Wehrmacht für den Güterverkehr der Wirtschaft herangezogen werden können.

Es erhebt sich 6. die Frage nach der Möglichkeit einer stärkeren Heranziehung der Binnenschiffahrt.

Durch den Rückgang des Verkehrs nach Holland besteht auf dem Rhein eine gute Versorgung mit Kahnraum.

Die Anweisungen zur Benutzung der Schiffahrtswege müssen streng durchgeführt werden. Die Reichsbahn könnte das durch günstigere Zubringer- und Ablauftarife begünstigen.

Auch beim Mittellandkanal ist eine Besserung durch Stärkungs einer

No. of Pages.....
No. of Copies.....
5 94
A 087899 156

H2409-0122

Leistungsfähigkeit möglich: Es gibt zu wenig und zu viel alte Schleppboote, wodurch eine Verlangsamung des Verkehrs gegen früher eintritt. Vielleicht sind von anderen Strömen Boote zu bekommen.
Weiter: Aus dem Schleusenbetrieb wäre mehr herauszuholen, indem vielleicht bei Nacht durchgeschleust würde.
Auch eine Auflockerung der Verdunkelungsmassnahmen könnte segensreich wirken.
Ferner würde eine Erhöhung der Fahrtiefe auch nur um wenige Prozent wertvoll sein.
Schliesslich ist zu überlegen, ob nicht von den Seehäfen Hamburg und Bremen ein Küstenverkehr nach Rotterdam unter Marineschutz möglich wäre.
General Thomas: Wie überall, so zeigt sich auch auf Verkehrsgebiet, dass wir mit Programmen überlastet sind und dadurch Unordnung eintritt. Die Pläne auf Neubeschaffung von Wagen stossen sich wieder mit den anderen Programmen, sowohl rohstoff- wie kapazitätsmässig; gerade von der Rüstung her ist da ein Fragezeichen zu machen. Jedenfalls wäre vielfach eine Rückumstellung von Rüstungs- auf Reichsbahnlieferungen nötig. 80.000 Wagen sind nicht zu schaffen. Dazu kommt die Frage der Luftangriffe auf Transportwege und Fertigungsanlagen.
Was die Lokomotiven angeht, so ist das alte Programm von 1300 Stück geblieben.
Waibl: Hier wäre eine Steigerung nötig.
Ferner ist zu prüfen, ob die Bahnhofsbetriebsanlagen in Zukunft genügen.
Poensgen: Bei den Neubeschaffungen ist eine möglichst einfache Gestaltung des Programms erforderlich.
Wie soll das Eisen beschafft werden?
General Thomas: Es soll eine Neuverteilung stattfinden, aber ein Eingriff in die Rüstung dürfte dabei der Führer nicht gestatten.
Linden: Es ist eine Änderung des bisherigen Neubauprogramms zugunsten einer besseren Versorgung mit Kohlenwagen nötig.
Sehr wichtig ist die Frage der Rangierbahnhöfe. Die Verstopfung wird noch grösser werden als vor der Frostperiode, wenn in grösserem Umfange Neueinstellungen von Wagen erfolgen. Das Ruhrgebiet liefert heute vor allem nach O und SO, wo nicht gerade die leistungsfähigsten Bahnhöfe liegen. Es kommt vor, dass Züge in Soest 60 Stunden liegen und zwar Züge, die nicht umgeleitet zu werden brauchen. Von 380.000 O-Wagen stehen 200.000 für die Kohlenbeförderung

A087900 (S)

H2409-0123

zur Verfügung. 95.000 sollen täglich gestellt werden, praktisch sind es 85.000. Daraus ergäbe sich ein Umlauf von 2,4 Tagen. Das ist ganz unmöglich. Möglich wäre 3,9 - 4 Tage. Heute ist der Umlauf 6 Tage.

Es können nicht alle Kohlen in geschlossenen Zügen befördert befördert werden, da dann die kleinen Bezieher ausfallen. Geschlossene Wagenzüge bringen im Übrigen eine Beschleunigung, aber nicht genügend.

Das höhere Verwaltungspersonal der Reichsbahn wird zu viel versetzt, wobei zum Teil die Unmöglichkeit der Beförderung wegen zu geringen Alters als Grund angeführt wird. Das geht nicht, da die Einarbeitung in diesen Stellungen zu wichtig ist.

Die Anregungen von Waibl betreffs der Wasserwege sind zu unterstreichen. Allerdings ist von anderen Wasserstrassen nicht mehr viel Kahnraum zu holen. Wohl dagegen ist festzustellen, daß zu viel unwichtigere Güter, weil sie bessere Frachten bringen, befördert werden.

Poensgen: Die ganz grossen Wagen (27,5 T) sind praktisch überhaupt nicht zu verwenden.

Oberst Wagner: Wir haben diese Wagen nicht gefordert. Die Reichsbahn ist zu stur, nicht der Umstellung fähig. Tarifrücksichten und Spezialprogramme sind heute wegzulassen. Nur das Einfache, das mit voller Kraft angestrebt wird, hilft.

Poensgen: Nur das Einfachste kann helfen.

Zur Frage der Beförderung und der Dringlichkeit: Seit gestern werden O-Wagen im Westen nur für Kohle, Erz, Düngemittel und Grubenholz gestellt. Aber nun gehört zum Erz Kalkstein, Schrott u.a.

Der Vorschlag Waibls betreffs der Wagenverteilung ist klug, aber in den Wirtschaftsgruppen herrscht ein starker Gruppenegoismus. Daher ist eine starke Befehlsgewalt der Zentrale nötig. Ferner geht es mit der vorgeschlagenen Regelung nicht von einem Tag auf den anderen.

Die Erfahrungen mit den Transportbeauftragten im Westen sind gut.

Es muss eine klare Verantwortung für das Transportwesen in Deutschland geschaffen werden.

Waibl: Ich bin mir darüber klar, dass es nicht leicht ist, den von mir vorgeschlagenen Plan auf die Beine zu stellen. Aber wenn erst einmal das System steht, wird die Durchführung sich beweglich gestalten.

A 087901 1 58

* 087902

General Thomas: Es schälen sich zwei Teile des Problems heraus: Das technische Problem und die Verteilungsstelle.
Waibl: Dazu kommt die Beschleunigung des Wagenneubauprogramms.
Prentzel: Es muss auf gewisse Saisonbedürfnisse hingewiesen werden. 1937 verlangte Göring bestimmte Preisopfer der Düngemittelindustrie. Sie sind mit gutem Erfolg gebracht worden. Aber im nunmehr vorliegenden ersten Ernstfall versagt der Plan wegen Transportschwierigkeiten. Es ist eine Verringerung der Kalidüngung um 30 - 40% zu erwarten, wenn nicht bald Abhilfe geschaffen wird.
Schon im Herbst vorvorigen Jahres traten die ersten Schwierigkeiten auf. Die nächste Ernte ist nun aber doch ganz wichtig. In der Zeit vom 1. Februar bis 15. April werden täglich 2500 Wagen benötigt. Das ist nicht zu schaffen. Bisher ist die Hälfte gestellt worden.
Schlimmer noch ist, daß sich dabei ein absolutes Durcheinander der Organisation herausgestellt hat.
Dazu kommen schwere Fehler der Tarifpolitik: Sie müsste konzentrierte Salze bevorzugen, aber die Reichsbahn hatdas abgelehnt, weil sie Beförderungsmengen zu verlieren befürchtet (!)
Es ist eine Stelle über dem Verkehrsministerium mit Kommandogewalt nötig.
Wenn die Wagen für die Kalibeförderung jetzt nicht verstärkt gestellt werden, so wird das Minus bei einem Düngemittel gross sein, für dessen Anwendung keine lange Zeit gegeben wird, die ausserdem diesmal infolge der Witterungsgestaltung besonders kurz sein wird. Tatsächlich ist heute Kali im Minus gegenüber den Stickstoff, der doch auch noch im April und Mai gegeben werden kann.
Jeder Exporttransport hat Vorzug vor der Inlandsbelieferung. Aber es ist Unsinn, daß Böhmen und Mähren, die vorläufig als Ausland gelten, noch diesen Vorzug geniessen. Ähnlich werden die Dinge für das Gouvernement liegen. Dazu kommt noch der lange Beförderungsweg in diese Länder.
Heindl: Was die Frage des Ausbaus der Verschiebebahnhöfe angeht, so ist mir gegenüber von Reichsbahnseite bereits im Herbst vorigen Jahres im Hinblick auf diese Notwendigkeit eine Vermehrung des Wagenparks als zwecklos abgelehnt worden.
Was die Verteilung des Verkehrsraums angeht, so erscheint die Zwischenschaltung eines weiteren Organs in dem von Waibl vorgeschlagenen Plan notwendig.
Eine Dringlichkeitsstufenleiter wird wohl oder übel immer wieder notwendig sein. Die Dringlichkeitsstufenleiter sollte nicht nach

H2409-0124

H2409-0125

A 087903

Gütern aufgestellt werden, vielmehr ist eine gewisse Bewegungsfreiheit für die Bahnbevollmächtigten notwendig.

Weibl: Wenn die Verantwortung bei dem Bahnbevollmächtigten liegt, wird er schon sorgen, daß kein Unfug passiert.

Häindl: Ich glaube, daß noch sehr viele Umwege gefahren werden. Schon im letzten Krieg wurde eine Rationalisierung der Transporte erstrebt. Davon ist bisher noch so gut wie garnicht die Rede. Es ist eine volle Ausnutzung der Wagen und die Benutzung des kürzesten Weges unbedingt zu erfordern. Das Hauptwagenamt muss den Ausgleich zwischen den Direktionen herstellen.

Müssen alle Aufgaben erfüllt werden wie der Abbruch von Gebäuden für die grossen Bauten, obwohl auch dabei sich grosse Transportprobleme ergeben?

General Thomas: Wenn man die Generalbevollmächtigten abschaffen würde, würde schon vieles besser werden.

Prentzel: Dezentralisation ist jetzt schlechter als Zentralisierung, jedenfalls nach den Erfahrungen, die ich bei den Düngemitteln gemacht habe, wo die einzelnen Transportbeauftragten verschieden urteilen und entscheiden.

Geschlossene Züge sind bei Düngemitteln nicht möglich wegen der starken Verteilung der Kunden, höchstens bis zu gewissen Hauptpunkten.

Ähnliches gilt übrigens auch bei den Arbeiterbeschaffungsmassnahmen.

Linden: Was die Erzzufuhren über die deutschen Seehäfen und den Gegenverkehr in Kohle angeht, so sind unsere Seehäfen auf das Umladen auf die Bahn eingestellt und viel enger als reine Wasserumladehäfen. Daher ist bereits eine Umleitung auf Hamburg und Lübeck, die grosse Bahnanlagen haben, eingeleitet und deswegen muss, soweit es geht, Rotterdam eingeschaltet werden, wo der grosse Kahnraum auf dem Rhein ausgenutzt werden kann.

Oberst Wagner: Bisher geht dieser Weg, aber er ist nicht unbedingt sicher.

Major Wernich: Die Einrichtung der Transportbeauftragten ist bei der Sudetenlendaktion und im Westen entstanden. Die Verkehrsbeauftragten der Reichsbahn können die neuen Aufgaben der Kriegswirtschaft nicht übersehen. Die Bewährung der Transportbeauftragten ist eine Frage der Persönlichkeit. Sie sollten, so war es von vornherein vorgesehen, genügend Erfahrungen haben. Das RVM war ihnen gegenüber zu zurückhaltend, was sich ungünstig auf ihre Einschaltung auswirkte. Die Transportbeauftragten müssen ausführende Orgene einer Zentralen Leitung sein, wie ursprünglich beabsichtigt. 160

H2409-0126

General Thomas: Ich kann das nur unterstreichen.
Waibl: Die Aufgaben für die Transportbeauftragten sind zu gross.
Linden: In Essen ist die Persönlichkeit sehr gut, daher funktioniert es. Das wäre aber auch der Fall gewesen, wenn ein Beauftragter der Industrie- und Handelskammer bernten hätte.
General Thomas: Schlecht steht es um die Forderung von Lastkraftwagen. Es soll sogar erneut eine erhebliche Zahl für Neuformationen aus der Wirtschaft herausgezogen werden. Umgekehrt hat das RVM 25.000 Stück vom Heer für die Wirtschaft gefordert. Eine Erweiterung der Lastkraftwagenproduktion scheitert am Gummi. Zunächst sollen nun die für den Export bestimmten Wagen für den genannten Zweck verwandt werden, 1500 werden aus dem Protektorat genommen, ferner Todt Wagen entzogen. Im Nahverkehr muss etwas geschehen. Eine Durchprüfung bei Wehrmacht und Wirtschaft betreffs der Ausnützung ist erforderlich. Personenwagen sollen, soweit möglich, auf Lieferwagen umgestellt werden.
Prentzel: Sehr prekär ist die Frage des Abtransports aufs Land, selbst wenn hinreichend Düngemittelwaggons zur Verfügung stehen, umso mehr als die Bestellzeit diesmal in Deutschland besonders kurz sein wird. Hier wird eine plötzliche Lösung notwendig sein.
General Thomas: Wenn die Witterung besser wird, setzt überall die grosse Forderung an den Verkehr ein. Das wird das Problem der nächsten Monate sein.
Prentzel: Schon im Herbst ist nicht soviel Land bestellt worden wie sonst.

Reuter

A087904

Zusammenfassung

↓ 166

H2409-0127

Zusammenfassung

Als die vordringlichste Forderung zur Behebung der Verkehrsschwierigkeiten stellt sich eine von starker Zentralgewalt geregelte Verteilung des zunächst unzulänglichen Frachtraums der Reichsbahn heraus.

Gerade nach Beendigung der anormalen Wetterlage werden die Verkehrsansprüche ausserordentlich hoch sein. Dabei sind von lebenswichtiger Bedeutung für die Kriegführung nicht bloss die militärischen Erfordernisse, nicht bloss die der Rüstung im engeren Sinne, sondern vor allem auch die Ermöglichung rechtzeitiger und ausgiebiger Felderbestellung durch entsprechende Düngemittellieferung, nachdem bereits erhebliche Rückstände vorhanden sind.
Die Verteilung muss also eine Skala von Dringlichkeitsstufen aufstellen.

Dabei bedarf sie enger Fühlung mit der wirtschaftlichen Praxis sowohl wie der technischen Dispositionserfahrungen der Reichsbahnspezialisten.

Die wirtschaftlichen Fachgruppen können dabei aber nur beratend mit herangezogen werden.
Bei Meinungsverschiedenheiten im einzelnen besteht Einigkeit darüber, daß die Transportbeauftragten nur als ausführende Organe einer zentralen Leitung nützlich sein können.
Wenn im Übrigen in der Erörterung sehr auf die Heranziehung der Reichsbahnspezialisten für die Durchführung der Verkehrsregelung gedrängt wurde, so sei dazu immerhin angemerkt, daß sonst an der Reichsbahn viel ausgesetzt wurde.
Rationellste Ausnutzung jedes Verkehrsraums wie Auswahl des jeweils kürzesten Weges gehören zu einer starken und sachkundigen Verteilungslenkung. Geschlossene Züge sind dabei nur eins von vielen Mitteln, dem dazu von Fall zu Fall verschiedene Grenzen gesetzt sind.
Eine möglichst weitgehende Entlastung des Bahnwegs durch die Schifffahrt muss überall, wo angängig notfalls erzwungen werden. Sehr gewünscht wird die Benutzung des Küstenverkehrs nach Rotterdam, die aus dem reichlich vorhandenen Kahnraum auf dem Rhein Nutzen ziehen könnte.

Eine irgendwie wesentliche Entlastung durch den Lastkraftwagen ist nach Lage der Verhältnisse nicht zu erwarten.
Eine Frage ist, ob die Wehrmacht wenigstens vorübergehend Wagen - und übrigens auch Waggons - für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten freistellen kann.

A087905

H2409-0128

Die oberste Verteilungsstelle muss über RVM und Reichsbahn stehen. Vielleicht kann man ihre Aufgabe und Stellung am ehesten mit der des bewährten Preiskommissariats vergleichen.

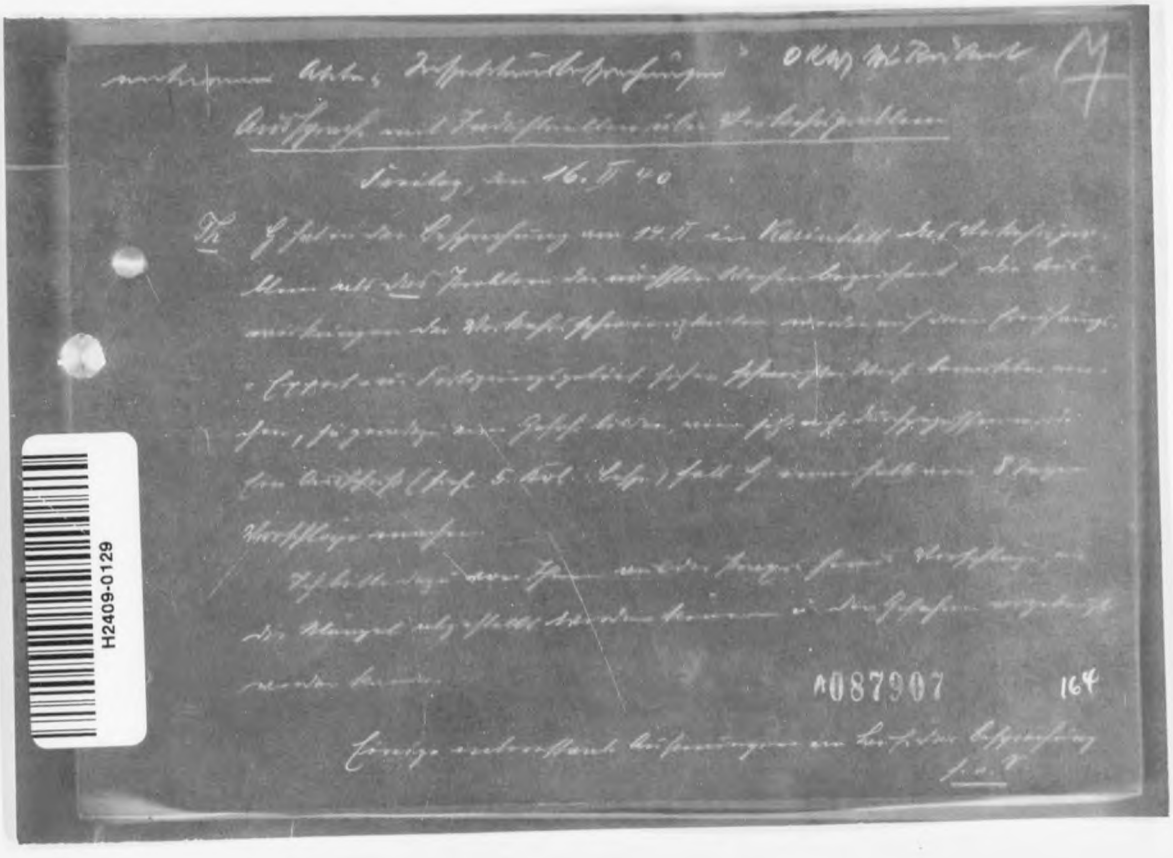
Auf längere Sicht kann nur ein grosszügiges Neubauprogramm der Reichsbahn helfen. Es muss etwa 150 bis 200.000 Güterwagen und auch Lokomotiven umfassen. Die Durchführung ist nur in mehreren Jahren denkbar und stösst sich sofort mit den bekannten anderen Programmen. Damit schnell geholfen wird, muss das Neubauprogramm möglichst einfach gestaltet und auf alle Spezialitätenpflege und dgl. verzichtet werden.

Hand in Hand mit der Erweiterung des Wagenparks muss unbedingt ein Ausbau der Rangierbahnhöfe gehen, und zwar vor allem für den Verkehr vom Westen nach dem Osten und Südosten.

Engherzige der Reichsbahn wie dem RVM viel zu sehr noch anhängende Tarifrücksichtigen müssen bei der Gestaltung des Ausbauxprogramms ebenso wegfallen wie bei der Lenkung des Verkehrs. Die Verteilung kann und muss aus einer beweglichen unfiskalischen Tarifpolitik grossen Nutzen ziehen.

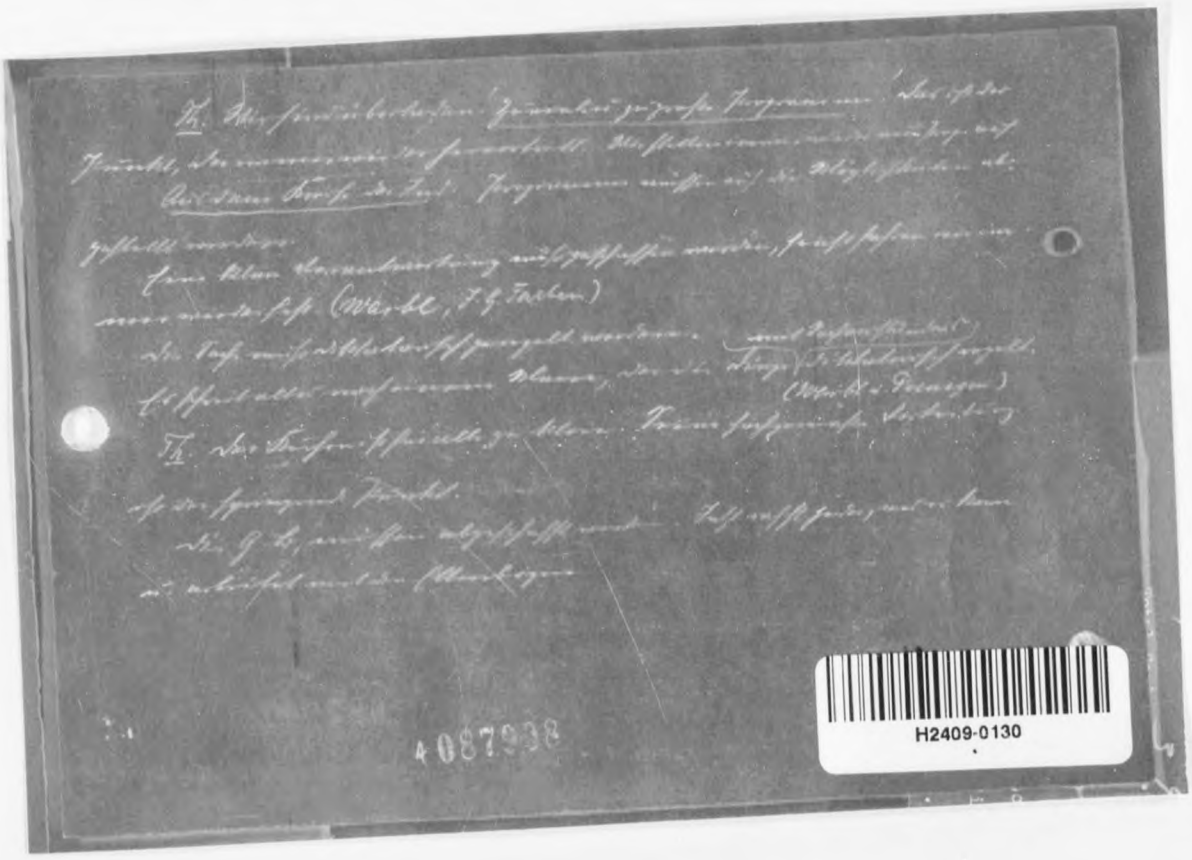
A 087906

163



H2409-0129

A087907



A087938

H2409-0130

H2409-0131

A 087910

H2409-0132

H2409-0133

Chef Wi Rü Amt

Berlin 8.2.40.

Aktennotiz.

betr. Vortrag bei Generaloberst Keitel am 8.2.40.

Admiral Witzell trug im Auftrag des Oberbefehlshabers die Rohstoffwünsche für das kommende Jahr vor. Jhm wurde vom Generaloberst [illegible] gelegt, dass das grosse U-Bootprogramm (Endziel 30 Boote pro Monat) aus Gründen der Rohstofflage nicht in Frage kommen wird , sondern nur das geschmälerte Programm (21 Boote pro Monat). Für das Jahr 1940 seien auf jeden Fall die Planungen nur auf das kleine Programm zu stellen. Ob das Endziel später erfüllt werden könne, soll im Sommer entschieden werden.

Jch wies darauf hin , dass auch das verkleinerte Programm nur durchführbar sein wird , wenn das U-Bootprogramm stark zu Lasten anderer Programme vorgezogen werden kann. Was die Kriegsmarine bekommt, kann erst nach der morgigen Besprechung bei Generalfeldmarschall Göring entschieden werden.

A 087911

166

H2409-0134

Chef Wi Rü Amt

Berlin 8.2.40.

Aktennotiz.

betr.Vortrag bei Generaloberst Keitel am 7.2.40

Generaloberst Keitel wurde gemeldet,dass der Reichswirtschaftsminister die Erfüllung der für das II.und III. Quartal übersandten Rohstoffwünsche für völlig aussichtslos hält.Der Antrag ist daher an Generalfeldmarschall Göring weitergegeben worden.

Ich teilte ausserdem Generaloberst Keitel mit,dass auch Generaloberst Milch jetzt einzusehen beginnt,dass die Programme in der befohlenen Höhe nicht gehalten werden können.Generaloberst Keitel erklärte zum ersten Mal,dass auch er allmählich zu der Ansicht käme,dass die Programme rohstoffmässig nicht zu leisten sind.Er weist daraufhin, dass die Marine ja mit Genehmigung des Führers vorläufig nur das verkleinerte U-Bootprogramm (21 Boote) bearbeite) und dass man wohl auch kaum mit der Erfüllung des Munitionsprogramms des Heeres rechnen kann.Er werde Feldmarschall Göring sagen,dass nun auch die Luft von ihren Programmen herunter muss.Gen.Oberst Keitel wendet sich dann besonders gegen die hohen Verbrauchszahlen auf fabrikatorischen Gebiet.Er fordert Aufschlüsselung dieses Bedarfs und Meldung ,wie lange noch derartige grosse Ausgaben für fabrikatorische Vorbereitungen erforderlich sind.

A 087912

H2409-0135

Durch Offizier geschrieben

Chef Wi Rü Amt. Berlin 3.2.40.

A k t e n n o t i z .

betr.Vortrag bei Gen.Oberst Keitel am 3.2.40.
Über die neuen Rohstoffanforderungen der Wehrmachtteile.

Ich bringe zum Ausdruck,dass die neuen Rohstoffanforderungen der Wehrmachtteile garnicht zu erfüllen seien,wenn man im Jahre 1941 auch noch Krieg führen wolle.Gen.Oberst Keitel ist besonders erschrocken über die Höhe der weiteren fabrikatorischen Vorbereitungen .Wir sind uns einig ,dass diese Idealzahlen nicht vom Reichswirtschaftsminister gefordert werden können,dass aber andererseits erhöhte Zahlen wie im 1.Quartal 1940 gefordert werden müssen.Ergebnis ist beiliegendes Schreiben an Funk.

Total Copies

A087913

H2409-0136

Abschrift

Der Chef
des Oberkommandos der Wehrmacht
469/40g Ro

den 3. Februar 1940

Geheim

An

den Herrn Reichswirtschaftsminister und
Reichsbankpräsidenten Dr. Walter Funk

B e r l i n

Die Wehrmacht benötigt zur Durchführung der dringendsten Aufgaben auf den Gebieten der Munitions-, Kriegsgerätebeschaffung, des Ausbaues der Fertigung und für die Durchführung des Pulver- und Sprengstoffschnellplanes, ferner für die durch den Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung auszuführenden Planungen von den nachstehend aufgeführten Rohstoffen für die Zeit vom 1.4. - 30.9.1940 folgende Mengen:

Stahl	1 100 000 t/Monat	(bisher	924 000 t)
Kupfer	16 000 "	("	13 000 t)
Blei	15 000 "	("	10 700 t)
Zinn	500 "	("	290 t)
Nickel	600 "	("	535 t)
Aluminium	18 000 "	("	15 700 t)
Molybdän	250 "		

Das Oberkommando der Wehrmacht bittet um umgehende Mitteilung, in welchem Umfange diese Mengen zur Verfügung gestellt werden können.

Es legt ausschlaggebenden Wert darauf, dass

1.) bei Festlegung der zuzuteilenden Kontingente die volle Belieferung der auf Grund der zugesagten Eisen- und Stahlquote zu erteilenden Aufträge mit Eisen- und Stahlmaterial in den betreffenden Quartalen sichergestellt ist,

2.) die Dispositionen über den Gesamtverbrauch an Metallen so getroffen werden, dass die volle Deckung der vorgesehenen Menge gewährleistet ist.

Ich halte eine Erörterung der sich aus den Forderungen der Wehrmacht ergebenden Fragen noch im Laufe der kommenden Woche für notwendig und bitte, mir den vorgesehenen Zeitpunkt baldmöglichst mitteilen zu wollen.

Heil Hitler !

gez. K e i t e l

087914

Chef Wi Rü Amt

Berlin, den 30. 1. 1940

H2409-0137

Aktennotiz

Betr.: Besprechung bei Generalfeldmarschall Göring
in Karinhall am 30. 1. 1940

Zugegen: Oberstlt. Conrath, zeitweise
Dir. Lange, Wirtschaftsgr. Maschinenbau.

Feldmarschall Göring sagte mir zu Beginn, dass er mich unterrichten müsse über die Absichten des Führers und die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Massnahmen.

Er führte aus:

Der Führer ist fest davon überzeugt, dass es ihm durch einen Grossangriff im Westen gelingen werde, die Kriegsentscheidung im Jahre 1940 herbeizuführen. Er rechnet damit, dass Belgien, Holland und Nordfrankreich in unseren Besitz kommen, und er, der Führer, habe sich ausgerechnet, dass die Industriegebiete von Douai und Lens und die von Luxemburg, Longwy und Briey rohstoffmässig die Lieferungen Schwedens ersetzen können. Infolgedessen habe sich der Führer entschlossen jetzt ohne Rücksicht auf spätere Zeiten unsere Rohstoff-Reserven voll einzusetzen, zu Lasten evtl. späterer Kriegsjahre. Die Richtigkeit dieses Entschlusses wird beim Führer bestärkt durch die Auffassung, dass die beste Bevorratung nicht Rohstoff-Bevorratung, sondern die von fertigem Kriegsgerät sei. Ausserdem müsse man damit rechnen, dass, wenn der Luftkrieg begonnen hätte, auch unsere Fertigungsstätten zerschlagen werden könnten. Der Führer ist ausserdem der Auffassung, dass es darauf ankommt im Jahre 1940 Höchstleistungen zu erreichen, und dass man deswegen sich später auswirkende Programme zur Beschleunigung der sich 1940 nicht auswirkenden, zurückstellen solle.

Für unsere Arbeit ergebe sich deshalb der Entschluss im Jahre 1940 alles herauszuholen, was herauszuholen no

A 087915

ist und die Rohstoffreserven dementsprechend zu Lasten späterer Jahre einzusetzen. Nach diesem Grundsatz sei Künftig zu verfahren.

Ich erwiderte Feldmarschall Göring, dass ich für die klare Linie dankbar sei, und dass ich ihm aber rate, sich auch von dem fertigen Kriegegerät Reserven zu schaffen, da die Erfahrung lehrt, dass vorhandenes fertiges Kriegsgerät immer wieder sofort eingesetzt und zu Neuaufstellungen verwandt würde. Wir müssten in dieser Beziehung eine Bremse anlegen, damit wir nicht eines Tages vor schweren Überraschungen stehen. Feldmarschall Göring stimmt zu.

Total Copies.....

A 087916

H2409-0138

H2409-0139

Zur Frage des Ersatzes der schwedischen Erzlieferungen durch die französisch-luxemburgischen sagte ich Generalfeldmarschall Göring, dass m.E. die französischen Lieferungen keinen vollwertigen Ersatz bieten können, da man ja immer mit erheblichen Zerstörungen rechnen müsse. Ich würde aber eine entsprechende Prüfung vornehmen und Generalfeldmarschall Göring vorlegen.

Ich wies den Feldmarschall darauf hin, dass, wenn man jetzt die Rohstoffe rücksichtslos einsetzt, man auf dem Gebiet der Nichteisenmetalle doch im zweiten Kriegsjahr sehr grosse Schwierigkeiten bekommen würde. In Sonderheit beim Kupfer, Nickel, Zinn und Aluminium. Um diese Auswirkung möglichst abzuschwächen, schlug ich vor, alle Programme, die sich im Jahre 1940 und in der ersten Hälfte 1941 nicht auswirken, zunächst rücksichtslos zurückzustellen, in Sonderheit das Zellwolleprogramm, das Fettprogramm und evtl. auch die letzten Fabriken für das Treibstoffprogramm. Auch müsse geprüft werden, ob es nicht zweckmässig sei, die Programme der Wehrmachtteile auf eine vernünftige Basis zu bringen, da wir ja schon heute sehen, dass die z. Zt. befohlenen Programme in Folge der Lage auf dem Nichteisenmetallgebiet nicht durchführbar seien,. Wir neigten immer wieder dazu, nach der Breite zu rüsten und vergassen immer wieder die Tiefe. Feldmarschall Göring stimmte dem zu und will wegen der Wehrmachtprogramme noch einmal mit dem Führer sprechen, in Sonderheit wegen des U-Boot-Programmes. Wegen der übrigen Programme soll Weisung an Minister Funk ergehen (siehe Anlage)

Feldmarschall Göring fragte mich dann, was für Massnahmen notwendig sind, um die Rüstung im Jahre 1940 noch zu verstärken. Ich sagte ihm, dass das Wichtigste sei, die schnelle Umstellung der Industrie durchzuführen und legte ihm Befehl an Minister Funk vor (liegt bei). Alsdann sei notwendig, eine Weisung an den Reichsarbeitsminister wegen Bereitstellung der Arbeitskräfte (s.Anlage) Drittens sei besonders wichtig die Verbreiterung der Basis der Werkzeugmaschinenindustrie, wozu

087917

H2409-0140

ebenfalls an Funk und Syrup Weisungen ergehen müssen. (s.Anlage) Endlich sei es notwendig, dass die Gauleiter Anweisung erhalten, die Störung der Arbeiten der Rüstungsinspektionen durch ihre regionale Interessenauffassung pp einzustellen.

Als nächstes wurde Feldmarschall Göring über das Munitionsprogramm unterrichtet und er erteilte Direktor Lange eine Vollmacht, dass der Werkzeugmaschineneinsatz zunächst zu Gunsten des Munitionsprogrammes erfolgen solle.

Zum Schluss wurden noch folgende Entscheidungen gefällt.

1.) J.G. Farben darf auf dem Mineralölgebiet ihren Erfahrungsaustausch mit Amerika fortsetzen.

2.) Holland erhält eine Flakbatterie. Im übrigen können die Geschäfte für die holländischen Kolonien, soweit sie unsere Vorhaben nicht stören, durchgeführt werden.

3.) Ungarn darf Uhrwerkzünder an England nicht liefern. Es soll geprüft werden, ob wir in Ungarn nicht Uhrwerkzünder bestellen können.

4.) Schweden erhält 27 Heinkel 114

5.) Mit Austauschgeschäft Rumänien einverstanden.

Bei der Verabschiedung sagte mir Generalfeldmarschall Göring, dass er feststellen müsse, dass der Wehrwirtschaftsstab ein phantastischer Laden sei. Jedenfalls der einzige, mit dem man auf wirtschaftlichem Gebiet arbeiten könne und der das Material bringe, was man braucht.

A087918

113

H2409-0141

Wi Rü Amt
Adj

den 21.12.1939

Aktennotiz:

Betr.: Besuch des bulgarischen Oberstleutnant Jangoloff.

Oberstleutnant Jangoloff überreichte im Auftrag des General Ruseff ein zusätzliches Rüstungsprogramm des bulgarischen Kriegsministeriums. Der Gesamtwert beträgt 42 Mill.RM. Von diesem Betrag sollen 24 Mill.RM in bar gezahlt werden, für die Restsumme in Höhe von 18 Mill.RM wird um Gewährung eines Kredites gebeten.

Oberstleutnant Jangoloff übermittelte den Wunsch im Auftrage des Generals Ruseff um beschleunigte Lieferung des Programms. Der deutsche Militärattaché in Sofia ist von dem Programm unterrichtet und gebeten worden, dasselbe weiterzuleiten.

General Thomas weist darauf hin, daß Deutschland z.Zt. durch den Krieg selbst in der Rüstung sehr angespannt sei, insbesondere auf dem Munitionsgebiet. Deutschland sei leider gezwungen, die hinsichtlich der laufenden bulgarischen Kriegsgerätebestellung gemachten Lieferzusagen auf einigen Gebieten etwas hinauszuschieben. Eine Äußerung über das zusätzliche Rüstungsprogramm sei im Augenblick nicht möglich. Das Programm müsse geprüft werden. Auf einigen Gebieten läßt sich sicher eine Lieferung im Sinne Bulgariens ermöglichen. Hinsichtliche des Luftwaffengerätes müsse mit dem Generalfeldmarschall Göring verhandelt werden. Obstlt. Jangoloff würde nach den Festtagen zu einer Rücksprache zum Wi Rü Amt gebeten, um Näheres zu hören und ein diesbezügliches Schreiben an General Ruseff zu dessen Unterrichtung in Empfang zu nehmen.

A 087019

Geheime Kommandosache

Besprechung am 19. Dezember 1939

An der Besprechung nahmen teil: General Thomas, Oberst Hünermann, Oberst Janssen, Schulz, von Wolzogen, Hauptmann Döhner, Dr. Reuter; aus der Wirtschaft die Herren Dr. Blessing, Pelneth (Bosch-Werke Stuttgart), Gaspar (Otto Wolff), Kirchfeld (Ferro-Stahl/Gute-Hoffnungshütte), Dr. Klaue (Geschäftsführer der Wirtschaftsgruppe Textil-Industrie an Stelle des verhinderten Croon), Krüger (I.G.-Farben), Lange (Maschinenbau), Legers (Der Exportfachmann der Wirtschaftsgruppe Eisen-, Stahl- und Blechwarenindustrie), Staatsrat Lindemann, Dr. Reiss (Siemens).
Dauer: 17 bis 19 Uhr.

Thema: Aussprache über Lage und Aussichten der deutschen Ausfuhr unter besonderer Berücksichtigung der neuen englischen Blockademassnahmen und der Möglichkeiten, die die Ausfuhr für die Bestreitung der lebensnotwendigen Einfuhr gibt.

General Thomas: Wir stehen, wie bekannt, vor neuen grossen Rüstungsaufgaben, vor allem auf dem Munitionsgebiet. Die Motorisierung und Mechanisierung des Heeres, die Luftwaffe, das Autarkieprogramm, die grossen Anforderungen an Munition erfordern heute Rohstoffe in einem Ausmasse, das weit hinausgeht über das, was bisher mit dem Reichswirtschaftsministerium abgesprochen war. Da ausserdem auch die Grundindustrien ihre Mengen brauchen, muss der Export das erforderliche Mehr liefern. Wie im Weltkrieg so dürfte auch in diesem Kriege die Kurve des Exports auf- und abgehen; erinnert sei an die Forderungen der OHL auf Steigerung des Exports im Jahre 1916, nachdem der Export fast auf Null abgesunken war.
Ich habe vor allem drei Fragen: 1.) Wie weit wird die Ausfuhr den dringenden deutschen Importbedarf decken können? 2.) Wohin, was und in welchem Umfange kann Deutschland bei der derzeitigen Lage noch exportieren? 3.) Welche Schwierigkeiten stehen der Erhaltung und Steigerung der deutschen Ausfuhr entgegen?
Es wird darauf ankommen, das Mittel zwischen dem dringenden Kriegsbedarf und den Exportnotwendigkeiten zu suchen, letztere gesehen für den Fall eines längeren Krieges. Der Führer will zur Zeit die vorhandenen Reserven hineinwerfen in die Vorbereitungen für einen

A087920 -2-

H2409-0142

H2409-0143

grossen Schlag, aber wir müssen trotzdem an die Möglichkeit eines langen Krieges denken.

Lindemann: Entscheidend für die hier zur Erörterung stehende Frage ist, mit welchem Ziel der Krieg geführt wird. Es ist an sich richtig, dass beide Möglichkeiten, die eines kurzen wie eines längeren Krieges, ins Auge gefasst werden, aber in gewisser Hinsicht ist das die Quadratur des Zirkels.
Nicht ganz 50% des Friedensexportes verschwindet jetzt auf natürliche Weise, wobei sich je nach der weiteren politischen Entwicklung Modifikationen ergeben. Alles, was an Russland geliefert wird, muss anderswo entzogen werden.

Gaspari: Wir müssen uns auf einen langen Krieg einstellen. Sollte er kürzer werden, so können wir viel am Export verdienen. Wir müssen die Ausfuhr nach der Seite der höchsten Qualität schieben, also allen Export von Halbzeugen einstellen, dagegen das ausführen, was international hohe Preise bringt.
Zwei Forderungen sind zu stellen: Erstens bedeutet eine grosse Schwierigkeit der Wechsel der Länder, wohin auszuführen für interessant befunden wird; also müssen wir darüber zeitig Bescheid wissen. Zweitens müssen wir geistiges Eigentum ausführen. Das ist gewiss schwierig, im Hinblick auf spätere Zeiten, weil es uns Ausführen nach dem Krieg kostet; es ist tatsächlich ein Ausverkauf, aber es bestehen zur Zeit gute Aussichten. Wenn die Industrie den Ort, wohin, und die Preise, wozu sie ausführen soll, kennt, dann ist sie bereit.

Reiss: 50% der Friedensausfuhr als jetzt noch verbleibende Ausfuhr ist zu hoch geschätzt. Es sind nur 40 bis 45%. Dieses Niveau sollte aber unbedingt aufrecht erhalten werden. Wir müssen uns auf eine lange Dauer des Krieges einstellen. Dann müssen wir mindestens 2 Mrd. Ausfuhr erreichen, damit uns dafür entsprechende Rohstoffe geliefert werden können. Wir müssen uns auch in der Munitionsherstellung u.a. so einrichten, dass 2 Mrd. Export bleiben.
Es fehlt nur die oberste Stelle, die das feststellt und verfügt.

Ich bin gegen den Export geistigen Eigentums und habe für meinen Sektor das auch gegenüber Russland verhindert. Wir müssen uns auf hocharbeitsintensive Artikel einstellen.

Lange: Leider besteht die Schwierigkeit, dass die guten Exportartikel weitgehend identisch sind mit den kriegswichtigen Artikeln

A087921

Wohl gibt es in meinem Sektor einige gut gehende Ausfuhrartikel, aber ihr Export kann nicht so gesteigert werden, dass ein Ausgleich der wegfallenden möglich ist.
Die Maschinenausfuhr in die neutralen Länder ist gegenüber 1938 nur um 43% zurückgegangen, wovon 20% auf die Feindländer, 37% auf die neutralen Länder in Übersee einschliesslich Japan entfallen.
Man kann nicht hoffen, über Russland starke Ausfuhren zu bewerkstelligen, weil die dafür in Betracht kommenden Verkehrsmittel bereits vollständig durch den deutsch-russischen Verkehr ausgelastet sind.
Im einzelnen ist die Gesamtmaschinenausfuhr, verglichen mit dem Monatsdurchschnitt 1938, im Oktober 1939 nach den Ländern Jugoslawien, Rumänien, Schweden und Randstaaten von 9,6 auf 12,2 Mill. RM gestiegen, nach Bulgarien, Dänemark und Italien von 6,9 auf 10,1 - bei Italien ist die Frage der Gegenlieferungen offen -, nach Belgien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, der Schweiz, Ungarn und Griechenland von 10,8 auf 13,1 Mill. RM - die Ausfuhr nach der Schweiz und den Niederlanden muss wegen der weiteren Lieferungen an die Feindländer gesenkt werden - und nach der Türkei von 2,1 auf 4,8. Die Auftragseingänge stiegen für die gleichen Ländergruppen für den September 1939, verglichen mit dem September 1938, von 8,8 auf 13,1 bzw. 4,7 auf 12, bzw. 10 auf 13,3, und nur für die Türkei hat eine Senkung von 2,1 auf 0,9 Mill. RM stattgefunden.
Das Bild ist also insgesamt nicht ungünstig. 1938 betrug der Export 354 Mill. RM, wovon bis auf 9% alles Devisen- oder Clearingüberschuss ist. Dazu kommt nun jetzt das grosse Russengeschäft von zunächst etwa 500 Mill. Wenn wir das so durchhalten, dann ist aber auch alles erreicht, was möglich ist.
Was eine Differenzierung der Länder angeht, in die wir exportieren sollen, so ist eine klare Linie dabei sehr schwierig. Es wird immer wieder Schwankungen geben.
Weiter ergibt sich die Frage der Gegenlieferungen. Wir haben mehr Interesse an Material als an Devisen, da wir dafür kriegswichtige Waren doch nicht bekommen können.
Die Schwierigkeiten für den Export sind immer dieselben: Stimmung des Auslandes, Rohstoff- und Menschensicherung, Umständlichkeiten der Verwaltung.
Auskämmen von Menschen ist für den Export gefährlich, weil dadurch die Basis für schnelle Exportlieferungen erschüttert werden kann. Im Norden-, Osten und Südosten Europas herrschen Hun-

A 087922

No. of Pages 187 No. of Copies 2
Total Copies 374

H2409-0144

H2409-0145

8

liche Klimaverhältnisse wie bei uns, sodass dadurch der Export sich viel stossweiser gestaltet als in Friedenszeiten; daraus ergibt sich eine weitere Schwierigkeit für seine Bewältigung in dieser Richtung.
Ich warne vor dem Verkauf geistigen Eigentums; er muss schon genug gegenüber den Russen erfolgen. Die für unsere Ausfuhr jetzt noch in der Hauptsache in Betracht kommenden Staaten sind im übrigen meist auch nicht solche, die stark für ein Nachbauen in Frage kommen.

Klaue: Die Textilindustrie kann noch die Hälfte des Friedenswertes ausführen, solange sie entsprechend Rohstoffe hat. Es besteht aus dem Ausland immer noch eine rege Nachfrage. Günstig ist, daß im Frieden bereits vier Fünftel unserer Ausfuhr nach Europa gingen, davon mehr als die Hälfte in Länder, die jetzt noch in Betracht kommen.
Wir haben frühzeitig Lenkungs- und Kontingentierungsmassnahmen zu Gunsten des Exports vorgenommen, u.a. Zurückstellungen von Rohstoffen. Wir waren auch bereits bemüht um eine Lenkung in der Richtung arbeitsintensiver Ware. Die Garnausfuhr haben wir ganz abgestellt, ausser wenn es sich um blosse Lohngeschäfte handelt. Weiter haben wir die Ausfuhren beschränkt auf Geschäfte, bei denen der Auslandskostenanteil eine gewisse Höhe nicht überschreitet.
Gross ist die Schwierigkeit, die sich aus der Verwendung von Waren ergibt, in denen Zellwolle enthalten ist. In Schweden gibt es in dieser Richtung keine Schwierigkeit, aber gegenüber Jugoslawien und überhaupt dem Balkan ausser Bulgarien ist bisher in dieser Richtung nichts erreicht worden. Schwer ist es, die Kundschaft an Mischware zu gewöhnen, aber im Kriege ist das leichter, z.B. gerade in den nordischen Staaten.
Eine zweite Schwierigkeit liegt darin, dass besonders die exportintensiven Zweige, wie Teppichfabrikation, Plauener Artikel u.a. binnenwirtschaftlich garnicht interessant sind; wir sind gerade dabei, in diesen Fällen wenigstens etwas an Rohstoffen für den Binnenmarkt zur Verfügung zu stellen. In den nächsten Monaten denken wir 20 Mill. Export zu erreichen; wenn wir mehr Rohstoffe hätten, wäre wesentlich mehr möglich.

Kirchfeld: Es ist kein Problem, ausreichend Abnehmer zu kriegen, vielmehr wohl die dringend gewünschten Waren. Es ist unbedingt

eine Einstellung auf weiter verarbeitete Waren nötig, aber der Maschinenexport wird bekanntlich so stark für Russland in Anspruch genommen. Es liegen aber erfreuliche Anfragen wegen Errichtung von Anlagen vor. Dabei ist es möglich, mit wenig Rohstoffen grosse Umsätze zu erzielen, z.B. in Rumänien, Iran, Jugoslawien. Eine wichtige Frage ist dabei die, ob der Verkäufer das Geschäft bis zum Schluss durchführen kann, wenn es Jahre dauert. Kann das RWM dafür eine Garantie eingehen? Hier fehlt die entscheidende Hand. Als Beispiel führe ich eine vom rumänischen König gewünschte Pulverfabrik im ausmachenden Betrage von 100 Mill. RM an.
Schon nach einem halben Jahr werden wir einen entscheidenden Mangel an Rohstoffen haben, wenn wir nicht expertieren.
Man sollte doch Devisen abnehmen, weil andere Länder von uns mehr fordern als wir liefern können, während wieder andere diesen Fehlbedarf zu decken vermögen.

Lange: Ja, es handelt sich aber doch meist um Verrechnungsländer.

Kirchfeld: Die Holländer geben Devisen und Gold für interessante Erzeugnisse, sie wollen sogar Rohstoffe liefern, nämlich Zinn und Kupfer.

Lange: Das ist wichtig für den Reparaturenexport.

Kirchfeld: Man muss nur stark bleiben gegenüber den Ausländern.

General Thomas: Schwierig ist die Entscheidung für Anlagengeschäfte in Bezug auf die Garantierungsfrage in politischer Hinsicht.

Kirchfeld: Wenigstens muss eine Möglichkeit zum Aussteigen für den deutschen Kontrahenten gegeben sein.

Lange: Was in zwei Jahren zu bauen ist, ist leichter als was 1940 geliefert werden soll.

Legers: Absolut notwendig ist die Zusammenfassung der Entscheidungsbefugnis über die Frage, ob eine Lieferung politisch erwünscht ist, sowie die Menschen- und Materialsicherung in einer Hand, da z.B. bei uns eine Anlaufzeit von mindestens 6 bis 7 Monaten für die Ausführung von Aufträgen erforderlich ist.
Der Export der Eisen-, Stahl- und Blechwarenindustrie hat sich seit Anfang des Jahres um 20 bis 30% gesteigert. Wir werden

087924

H2409-0146

H2409-0147

nächstes Jahr insgesamt 200 - 250 Mill. RM ausführen, wenn die Voraussetzungen, so wie dargestellt, gegeben sind. Wir könnten noch konsequenter höchstqualifizierte Betriebe auf den Export einstellen, wenn die erforderlichen Sicherungen gegeben sind.

Fellmeth: Die lohnintensiven Waren müssen im Export beibehalten werden. Der Materialanteil spielt dabei im Vergleich zur Munitionsherstellung gar keine Rolle.

Blessing weist auf das Verkehrsproblem hin.

General Thomas: Es ist zur Zeit das Problem.

Krüger: Uns kann keiner recht helfen mit irgendwelchen Beschlüssen, und wir können unserseits nicht mehr helfen als es schon geschieht. Ohne Krieg würden wir 1939 gegenüber 1938 einen Mehrexport von 10% erzielt haben. Infolge des Krieges tritt eine Verringerung um 10% ein. Wenn die derzeitigen Verhältnisse andauern, rechnen wir für 1940 mit einer Einbusse von 30% gegenüber 1939. Der Verlust beim Export in die Feindländer beträgt allein 27%, aber auf der andern Seite sind teilweise Wertsteigerungen eingetreten. Ohne den Krieg würden wir 1939 eine halbe Milliarde ausgeführt haben. Jetzt werden es erheblich mehr als 400 Mill. sein, für 1940 erwarten wir 350 Mill. RM.
Wir haben in der Lagerhaltung sehr vorsichtig disponiert, sodaß es sich weitgehend um einen blossen Weiterverkauf handelt. Wir hoffen, diese Läger teilweise wieder auffüllen zu können.
Wir prüfen die Möglichkeit von Transitwegen nach Südamerika. Dabei ist bei manchen Waren eine Tarnung möglich, vor allem dann, wenn Japan, Russland oder Italien nur etwas für unsden Buckel hinhalten wollen.
Unser Apparat ist mehr als anderswo in der Nähe des Verbrauchers eingespielt. Bei einer Schwiebewirtschaft, wo einfach gegen bestimmte Produkte getauscht wird, wäre noch mehr zu machen, und man muss darüber diskutieren.
Der Unterschied gegenüber dem letzten Kriege besteht darin, daß damals eine freie Wirtschaft herrschte und in Gold bezahlt wurde. Letzteres würde auch heute das Problem wesentlich vereinfachen und zeitlich verkürzen. In der organischen Entwicklung des Exports liegt bei uns der Hauptwert.

Blessing: Im letzten Kriege war Gold über die neutralen Staaten

H2409-0148

ohne weiteres zu verwerten. Jetzt ist es grundlegend anders; die Holländer wollen Guthaben draussen haben, Italien hat Angst vor einer Beschlagnahme. Mehr als 10 Mill. in Gold aus deutscher Hand sind draussen nicht zu verwerten.

General Thomas: Hat der Mangel an Stahl- und anderen Rohstoffen den Export gestört?

Lezers: Die lange Lieferzeit.

Lange: Eisen hat eine Lieferzeit von 6 - 7 Monaten.

Thomas: Es liegt also nicht an den Rohstoffen, sondern an der Weiterverarbeitung. Wir haben eine Inflation an Kontrollnummern.

Kirchfeld: An Eisenhalbzeug könnte man die dreifache Menge, dessen was verfügbar ist, exportieren.

General Thomas: Wenn größere Mengen von Aluminium, Nickel und Kupfer entzogen werden sollten, wird sich das auf den Export auswirken?

Gaspar: Ja. Es müssen Konsignationslager des Auslandes in Deutschland erzwungen werden.

Lange: Das ist nur gegen Rüstungsmaterial möglich.

Gaspar: Es ist auch sonst bei Lieferungen von besonderen Qualitätswaren möglich.

Reiss: Es ist heute nicht zu erreichen. Die englischen Agenten überwachen alle Rohstofflieferungen englischen Ursprungs nach Deutschland, nach meinen Feststellungen wenigstens in Ungarn.

General Thomas legt eine Bilanz zur Metallfrage vor.

Gaspar: Wir haben im letzten Monat 160 to Zinn hereingeholt, das kostet natürlich Geld.

Lange: Die Importeure sollten soviel verdienen wie sie wollen. Die Überwachungsstellen müssen grosszügiger werden.

Krüger: Die Gesamtkosten sind ja später viel, viel höher, wenn die Rohstoffe nicht vorhanden sind.

Gaspar: Wir können noch einige Monate lang Zinn in kleineren Posten besorgen.

H2409-0149

Lange: Man sollte, wie ich das bereits früher angeregt habe, Waren, die NE-Metalle enthalten, nur gegen Lieferung von Rohstoffen exportieren lassen. Die Situation ist überhaupt so, daß man die verschiedensten Kniffe anwenden muss, um Rohstoffe zu bekommen. Firmen, die bekannt und renommiert sind, sollten grundsätzlich mehr Freiheit erhalten.

Gaspar: Man sollte sogar so weit gehen, den Ausländern Zeichnungen für die Teile von Maschinen mitzugeben, für die wir nicht genügend Rohstoffe haben, damit sie sie selber anfertigen.

Blessing: Ich selbst bin beteiligt gewesen bei der Einrichtung des Überwachungssystems. Wir haben es damals gemacht, um das Schwergewicht des Konsumentenlandes indie Waagschale zu werfen, damit das Ausland hier kauft. Heute ist die Situation ganz anders, da das Ausland hinter unseren Waren herläuft.

Reiss: Ich bitte dringend, nicht die Zuteilung von Kupfer für den Export zu beschneiden, weil es sonst mit der Elektroausfuhr aus ist. Dann haben wir keine Gegenleistungen mehr, z.B. für das rumänische Petroleum.

Lange: Die Blockade der Engländer ist heute viel schärfer und raffinierter als früher. Wir sollten die Wünsche der Juden in den Ländern um Deutschland, gute Geschäfte zu machen, zu unseren Gunsten einspannen.

Kirchfeld: Die Engländer können die Vorräte nicht erfassen.

General Thomas: Ich werde die Frage des Exports beim Generalfeldmarschall anschneiden. Wenn die Möglichkeit gegeben ist, sollen weiter 2 Mrd. und mehr exportiert werden (ohne Russland), damit wir dafür Öl, Eisenerz u.dgl. erhalten.

Reuter

Zusammenfassung

A087927

182

H2409-0150

Zusammenfassung.

1.) Die Ausfuhrpolitik sieht verschieden aus, je nachdem man sich auf einen bald zu Ende gehenden oder einen langenKrieg einstellt. Für alle Fälle ist aber letzteres notwendig, wenn Deutschland nicht Gefahr laufen will, im Laufe des nächsten Jahres ohne die für die Kriegsführung notwendigen Rohstoffe dazustehen.

2.) Es muss eine Ausfuhr von mindestens 2 Mrd. RM gehalten werden.

3.) Das Ausland läuft stark hinter deutschen Waren her. Soweit irgendmöglich, ist das Schwergewicht auf die Ausfuhr arbeitsintensiver Waren zu legen. Sehr gute Aussichten sind vorhanden für den Verkauf und die Errichtung ganzer Anlagen, aber der Verkauf geistigen Eigentums sollte tunlichst vermieden werden.

4.) Als Gegenleistung für unsere Exporte müssen wir lieber Rohmaterialien als Devisen oder Gold nehmen.

5.) Es ist unbedingt nötig, alle Mittel und Wege und Kniffe anzuwenden, um die notwendigen Rohstoffe zu bekommen. Deshalb muss der Kaufmann, insbesondere der Importkaufmann, viel grössere Bewegungsfreiheit erhalten, als er zur Zeit hat. Man kann ihn ruhig gross verdienen lassen, wenn er dafür beiseiten die notwendigen Rohstoffe sichert. Entsprechend sollten eingngende Vorschriften wenigstens für renommierte Firmen beseitigt oder gemildert werden. Die Rohstoffeinfuhr kann u.a. gefördert werden durch folgende Massnahmen: Ausfuhr von Waren, die NE-Metalle enthalten, nur gegen Vorlieferung der entsprechenden Rohstoffmengen; Herausgabe von Zeichnungen zur Fertigung solcher Teile, die seltene Rohstoffe enthalten, an das Ausland; Ausfuhr von besonders begehrtenSpezialartikeln nur bei völliger oder teilweiser Bezahlung durch Rohstoffe, Rohstoffkonsignationsläger des Auslandes in Deutschland.

6.) Von immer grösserer, ja entscheidender Bedeutung für Aus- und Einfuhr in Zukunft wird das Verkehrsproblem.

7.) Eine oberste Stelle muss allein entscheiden über die Dirigierung der Ausfuhr in bestimmte Richtungen, politische Zweckmässigkeit, Durchführungsgarantien,Menschen - und Rohstoffsicherung

A-087928 183 [illegible]

Oberst Jansen

Berlin, den 11. 12.1939.

Notizen

(Zur Besprechung am 30. 11. 1939).

Zweck der Besprechung :

Wi Rü Amt ist Dienststelle für Rüstungs- und wehrwirtschaftliche Massnahmen und trägt damit die Verantwortung auch für preispolitische Massnahmen.

General Thomas möchte sich nicht dem Vorwurf aussetzen, Massnahmen durchzulassen, die wirtschaftlich nicht das bringen, was nötig ist. Ziel der heutigen Besprechung : Preisfrage und Preispolitik sowie die Lohnfrage, die zur Erhaltung der inneren Front von erheblichem Wert.

Rückschläge bisher insofern, als die Verordnungen, die am 1. Tage erlassen worden sind, sich nicht als zweckmässig erwiesen haben. Dadurch ist der Gedanke aufgekommen, die Kriegswirtschaftsverordnung zu ändern. Frage, ob Bestimmungen lieber beibehalten oder abändern ? Staatsautorität geschädigt? Stehen am ernsten Punkt ! Gestern hat Führer Erlaß unterzeichnet, dass gesamte Wirtschaft zur Rüstungsfertigung herangezogen wird. Der Preisbildung kommt dabei besondere Bedeutung zu (z.B. Änderung der Güte des Materials, Umstellungskosten usw.).

Der ursprünglich geplante Anlauf der wirtschaftlichen Mobilmachung ist geändert worden. Darum haben wir keine Kriegswirtschaft, sondern eine Übergangswirtschaft.(siehe auch Anordnung 22), im 3. Kriegsmonat infolgedessen noch nicht umgestellt. Kriegsfertigung muss auf höchste Tour kommen; rücksichtloser Eingriff notwendig, daher auch Preisbildung von erheblicher Bedeutung.

A087929

184

H2409-0151

H2409-0152

Junghanns : Uhrenfertigung heute höher als vor Kriegsbeginn. Ist zurückzuführen auf Auslaufen alter Bestellungen. Industrie wird im Februar ganz anders aussehen, da Produktion auslüuft.

Horster: Frage ist, ob bei besseren Preisen Rüstungsaufträge nicht bereitwilliger aufgenommen werden. Die Rückwärtsrewidierung in der Lohnfrage, in der Kantinenwirtschaft, Abschaffung der Nachtarbeit und der Weihnachtsgratifikation, hat viel Unmut ausgelöst. Psychologischer Fehler. Nadelstiche! Die schlimmster Fehler wohl abgedreht, aber die zurückgenommenen Verfügungen bleiben als Glied in der Kette der falschen Massnahmen in Erinnerung und wirken so nach.

Ri
Chef

K.T.B.4

den 5.12.1939

34

Vortragsnotiz.

Vorschläge für eine beschleunigte Steigerung der Fertigung.

I. Der bisherige Anlauf der Munitionsfertigung ist für einen länger dauernden Großkampf mit Rücksicht auf die bei vielen Kalibern unzureichenden Vorräte völlig unzureichend infolge:

1. der katastrophalen Verkehrslage,
2. der Blockierung der Kapazitäten,
3. des Mangels an Facharbeitern,
4. der unzureichenden Rohstoffzuweisung.

H2409-0153

Zu 1): Die Verkehrslage hat sich von Woche zu Woche verschlechtert. Die Lage ist den verantwortlichen Stellen durch den täglichen Eingang von Hilferufen aus allen Teilen des Reiches so hinreichend bekannt, daß sich weitere Ausführungen erübrigen.

Für die Munitionsfertigung wirkt sich diese Tatsache so aus, daß

a) die Rohstoffbetriebe, Bergwerke, Hütten usw. nur unzureichend mit den erforderlichen Grund- und Hilfsstoffen versorgt werden, bzw. ihre Förderung nicht absetzen können.
b) die Halbprodukte den weiter verarbeitenden Betrieben nicht zugeführt werden können (Allein die Vereinigten Stahlwerke melden einen Rückstand von 150 000 t abzubefördernder Erzeugnisse).
c) die Fertigprodukte nicht in ausreichendem Maße abbefördert werden, sodaß mangels Lagermöglichkeiten die Fertigung gedrosselt werden muß, z.B. Pulver - und Sprengstoffbetriebe.

Die Verkehrslage ist das Kernproblem der heutigen Kriegswirtschaft. Gelingt es nicht - selbst unter rücksichtslosem

A 087930

H2409-0154

Einsatz brutaler Maßnahmen - dieses Problem befriedigend zu lösen, so muß mit einem ständig zunehmendem Abfallen des Potentials der Kriegswirtschaft bestimmt gerechnet werden.

Die bereits eingetretenen Verluste für die kommende Ernte 1940 infolge der mangelnden Düngerversorgung sind-wie Minister Darré dargelegt hat - überhaupt nicht wieder gut zu machen.

Durchgreifende Maßnahmen auf dem Verkehrsgebiet sind deshalb notwendig, um

a) die Munitionserzeugung zu steigern,
b) die Ernährung sicherzustellen,

Zu 2): Durch die Überbeanspruchung der deutschen Industrie im Frieden liegt heute noch ein derartiger Auftragsbestand mit bereitgestellten Rohstoffen usw. in den Betrieben vor, daß diese noch Monate brauchen, um diese Friedensaufträge abzuwickeln. Hierdurch tritt eine wesentliche Verzögerung der Kriegsaufträge der Wehrmacht ein. Es ist im Kriege aber ein unmöglicher Zustand, daß die Auslieferungsfristen des Stahlwerk-Verbandes für dringend notwendige Bestellungen der Wehrmacht 5 Monate betragen.

Abhilfe kann nur dadurch erfolgen, daß alle aus der Zeit vor dem Kriege vorliegenden,noch nicht erledigten Aufträge mit Ausnahme kriegswichtiger Wehrmachtaufträge insgesamt als nichtig erklärt werden.

Zu 3): Der Mangel an Facharbeitern konnte trotz aller Anstrengung des Reichsarbeitsministers nur in einem völlig unzureichendem Maße gedeckt werden. Die Freistellung der zur Wehrmacht einberufenen Facharbeiter brachte bisher keinerlei nennenswerte Entlastung und es ist auch nicht zu erwarten, so lange die Masse des Heeres im Westen auf dem Absprung steht.

Die volle Ausnutzung der Munitionsbetriebe durch Einsetzen einer 2. und 3. Schicht ist wegen Arbeitermangel zum größten Teil bisher nicht möglich gewesen. Andererseits wer-

A 087931

H2409-0155

den noch Millionen von Arbeitskräften mit Arbeiten beschäftigt, die nicht vordringlich kriegswichtig sind, insbesondere in der Bauwirtschaft.

Zu 4): Die der Wehrmacht zugeteilten Rohstoffe reichen nicht aus, um die für die Wehrmachtfertigung vorhandenen bzw. freizumachenden Kapazitäten und Arbeitskräfte voll auszunutzen. Während im Weltkrieg über 400 000 t/Mon. Stahl für Munition eingesetzt wurden, stehen heute nur etwa 150 000 t zur Verfügung. Die Weiterverarbeitung der Geschosskörper stockt, weil das erforderliche Kupfer nicht vorhanden ist. Auch die Minenfertigung leidet unter Aluminiummangel.

II. Die beschleunigte Steigerung der Munitionsfertigung ist also abhängig von der Lösung der vorgenannten vier Probleme: 1. der Verkehrslage, 2. der Freimachung von Kapazitäten, 3. des richtigen Arbeitseinsatzes und 4. des Rohstoffeinsatzes. Das Kernproblem bildet die Verkehrslage.

Hierfür werden folgende Vorschläge gemacht:

1. Aufhellung für Verkehr und innerhalb der Betriebe,
2. Erzeugungsverbote für alle nicht kriegswichtigen Fertigungen, die Rohstoffe, Menschen und Transportmittel erfordern;
   Ungültigerklärung aller im Frieden gegebenen, noch nicht ausgelieferten Aufträge, die bis zum 1.1.40 nicht neu bestätigt wurden.
   Da vorhandene Pressen nicht ausreichen, sind Geschosse auch in Stahl- und Grauguß zu fertigen.
3. Schärfste Durchkämmung aller Betriebe hinsichtlich des Auftragsbestandes, Nachprüfung des zweckentsprechenden Einsatzes der Arbeitskräfte und Entziehung der überflüssigen und nicht richtig eingesetzten Arbeitskräfte und Produktionsmittel.
4. Stillegung des gesamten Bauwesens mit Ausnahme ganz weniger besonders kriegswichtiger Vorhaben. Mit dem Fortfallen der Baustofftransporte wird die Eisenbahn entlastet, Arbeiter für anderen Einsatz frei und auch die

H2409-0156

Lage auf dem Kraftwagengebiet aufgelockert,

5. An Rohstoffen müssen sofort zugewiesen werden:

Eisen und Stahl	10 000 t/Mon. ab sofort	für Pulver- u. Sprengstoff-Schnellplan
	20 000 t/Mon. ab Jan. 40	
	30 000 t/Mon.	für Munition
Kupfer	1 200 t/Mon. ab Jan 40	für Kriegsmarine (U-Boote, Torpedos) und Pulver- u. Sprengstoff Schnellplan
Blei	800 t/Mon. " " "	
Nickel	100 t/Mon " " "	
Aluminium	1 500 t/Mon " " "	für Minen und Pulver- und Sprengstoff-Schnellplan
Quecksilber	100 t einmalig sofort	für Pulver- und Sprengstoff Schnellplan
	500 t " April 40	

A 087933

Abschrift

Chef Wi Rü Amt

Berlin, den 4. Dezember 1939.

Geheime Kommandosache

A k t e n n o t i z

Anlässlich meines heutigen Vortrages habe ich Generaloberst K e i t e l über die derzeitige Lage unterrichtet und besonders eingehend hingewiesen auf :

a) die Transportlage,

b) die Folgen der Transportlage auf dem Gebiet der Rohstoff- und Halbzeugherstellung

c) den Rückgang der Kapazitäten durch die mangelnden Kohlenzufuhren.

Ich habe weiterhin erklärt, dass das gesamte Gebiet weit überzogen sei und ich nur immer wieder auf meine bereits in den ersten Mob-Tagen gemachten Vorschläge, der Festlegung von Schwerpunkten, zurückkommen müsse.

Generaloberst Keitel vertrat den Standpunkt, dass die Wirtschaft in ganz anderem Masse als bisher herangezogen werden könne und müsse. Alles Fehlende für die Rüstung sei aus der Wirtschaft, insbesondere aus dem Exportsektor herauszuholen.

Ich habe Generaloberst Keitel erwidert, dass wir einen Krieg auf lange Sicht nicht durchhalten können, wenn wir heute schon auf Kosten der kommenden Zeit leben und wenn gemäss Führerbefehl die Rüstung zu Lasten des Exportsektors durchgeführt werden soll.

Generaloberst Keitel antwortete darauf, der Führer habe selbst eingesehen, dass man den Krieg nicht auf lange Sicht durchhalten könne. Der Krieg müsse schnell beendet werden. Deshalb soll der grosse Schlag möglichst noch vor Weihnachten geführt werden. Es müsse alles auf diese eine Karte gesetzt werden, sowohl der Einsatz von Vorräten als auch von Rohstoffen usw. Der notwendige Bedarf sei rücksichtslos aus dem Exportsektor zu holen. Er beabsichtige, selbst mit dem Reichswirtschaftsminister Funk im Auftrage des Führers

H2409-0157

H2409-0158

zu sprechen und ihm die Forderungen der Wehrmacht an Rohstoffen, die aus dem Exportsektor gedeckt werden müssten, zu überbringen. Es sei notwendig, alles zusammenzufassen, um mit den Westmächten baldmöglichst zum Ende zu kommen, da man ja nicht wisse, wie lange die Russen uns gegenüber halten. Der Konflikt der Russen mit Finnland sei von uns aus nur zu begrüssen. Man hoffe, dass die Finnen erheblichen Widerstand leisteten, da sich jede Zeitverzögerung für die Russen uns gegenüber nur günstig auswirke.

gez. Thomas.

A 087935

1456.PS

(17)

Geheime Kommandosache

KTB
WiRüAmt/Stab

17.September 1941

Besprechung Amtschef mit Maj. Hansmann im RVM.

Forderungen der Reichsbahn für das Ostprogramm.

Besprechung General Reinecke, Obstlt. Breyer, Gen.-Dir. Pleiger beim Amtschef mit Obstlt. Krull.

Französische Kriegsgefangene dürfen jetzt nur noch für kriegsentscheidende Aufgaben eingesetzt werden. Ersatz durch Russen. Dies jedoch schwierig, weil dadurch mehr Wachmannschaften erforderlich, auf der anderen Seite aber aus den Stalags Landesschützen-Bataillone für den Osten herausgezogen werden sollen. Z.Zt. 16o ooo Russen über das Reich verteilt.

Wünsche Pleiger's:

1) 8 - 1o ooo Russen für Entladung von Kohlenzügen auf den Großstadt-Bahnhöfen. Amtschef und General Reinecke grundsätzlich einverstanden. Unterkunft und Verpflegung würde von Pleiger aus geregelt werden. Frage der Verpflegungssätze der Russen bei Arbeit muß mit REM geklärt werden. Außerdem möchte Pleiger auch Russen für die Hermann Göring-Werke haben.

2) Anwerbung von Ukrainern für den Ruhr-Kohlenbergbau. In Kriwoirog kann ein großer Teil der Bergleute vorläufig nicht eingesetzt werden. Pleiger will dann vor allem die Ausländer, die im Kohlenbergbau überhaupt nichts leisten, wieder abschieben. (Nach mehreren Luftangriffen im Ruhrgebiet ist 1/3 der Ausländer ausgerückt.) Die Verwendung von Ukrainern im Untertagebau wird von General Reinecke im Einvernehmen mit Pleiger beim RM beantragt werden. RAM hat bereits Antrag an VJP gestellt, die Anwerbung von Ukrainern freizugeben. Dieser Antrag wird von WiRüAct unterstützt. Pleiger will zwecks Vermeidung der in anderen besetzten Gebieten bisher üblichen Lohntreibereien mit seinen eigenen Stellen in der Ukraine werben. Amtschef wird mit Sts. Syrup darüber sprechen. Syrup kann Pleiger auch die Zahl der Bergleute unter den russischen Kriegsgefangenen geben.

A 087738

H2409-0160

Vortrag Obstlt. Krull, Maj. Wagner, Ob.Reg.Baurat Speh beim Amtschef.

Führer hat den Befehl unterschrieben, wonach Chef OKW Vollmacht erhält, die Programme der WT miteinander abzustimmen. GFM Keitel will sich dabei jedoch auf das Allernotwendigste beschränken. Vorlage der Durchführungsbestimmungen zu dem Befehl, die noch mit den WT und mit Todt abgestimmt werden sollen. Bei der Planung durch OKW Beschränkung auf das, was wirklich von uns aus ~~geleistet~~ durchgeführt werden kann.

A 087739

zu den Akten genommen. 1164

Berlin, den 9. September 1942

Notiz über die Besprechung
des Generals d. Inf. Thomas mit Staatsrat Dr. Schieber
am 9. 9. 1942

Anwesend:	Staatsrat Dr. Schieber	Chef des Rüstungslieferungsamtes
	Dr. Stellwaag	Rüstungslieferungsamt
	Gen. d. Inf. Thomas	Chef des Rüstungsamtes
	Generalmajor Becht	Rüstungsamt
	Oberst Neef	"
	Oberstleutnant i. Genst. Hölscher	"

1. Es wurde Klarheit darüber erzielt, daß die Wehrmachtteile in Zukunft ihre Forderungen zunächst dem OKW Wehrwirtschaftsamt zur militärischen Prüfung einreichen. Dieses legt sie dem Chef OKW vor und erzielt einen etwa notwendigen Abgleich.

Chef OKW legt die Programme dem Führer vor. Dieser übergibt sie an Reichsminister Speer - gegebenenfalls nach Änderung - zur Durchführung.

Die Forderungen gehen dann an das Technische Amt und werden hier auf ihre Fertigungsmöglichkeit untersucht und betreut.

Das Technische Amt fordert Kapazitäten, Kontingente und Betriebsmittel pp. beim Rüstungslieferungsamt an, das diese zur Verfügung stellt.

Grundsätzlich plant, lenkt und führt das Technische Amt alle Forderungen durch, während das Rüstungslieferungsamt dazu die Voraussetzungen durch Steuerung des Arbeitseinsatzes, Rohstoffzuweisung, Energiesteuerung und Zuweisung allgemeiner Betriebsmaterialien schafft.

2. Bezüglich der Arbeitsteilung in Rohstoffragen zwischen Rüstungslieferungsamt und Rüstungsamt wurde vereinbart:

Planung und Verteilung der Rohstoffe ist ausschließlich Sache des Rüstungsamtes, Erzeugung der Rohstoffe bearbeitet federführend das Rüstungslieferungsamt unter Beteiligung des Rüstungsamtes. Dies gilt auch im besetzten und befreundeten Ausland.

Die Wehrmachtteile stellen ihre Forderungen beim Rüstungsamt. Die Forderungen werden beim Rüstungslieferungsamt abgestimmt 3

H2409-0161
A087740

23 J 1165
-2-

stimmt und dann dem Reichsminister Speer zur Entscheidung vorgelegt.

Kontingente werden in enger Zusammenarbeit zwischen Beschaffungsamt und Hauptausschuß festgesetzt. Sie laufen zusammen beim Rüstungslieferungsamt. Dieses stellt Forderungen an Rüstungsamt.

3. Kohle und Energie

Rüstungslieferungsamt fordert, daß der Beauftragte des Rüstungsamtes bei der Reichsstelle für Kohle und beim Reichslastverteiler sich als Exponent des Rüstungslieferungsamtes betrachtet und diesem angegliedert bzw. unterstellt wird. Die Beauftragten sollen sich dann als Exponenten beider Ämter fühlen.

Firmen müssen Wünsche auf Kohle-und Energiezuteilung zunächst bei den zuständigen Rüstungskommandos anmelden. Erst wenn sie dort nicht erfüllt werden, sollen sie an das Rüstungslieferungsamt herangehen.

An die Rüstungsinspektionen soll eine Weisung ergehen, daß sie Forderungen von Firmen, die sie nicht übersehen können, da die Gesamtwirtschaft beteiligt ist, zur Entscheidung an das Rüstungslieferungsamt leiten.

4. Die Dienststelle Professor Houdremont gehört zum Rüstungsamt, nicht zum Technischen oder Rüstungslieferungsamt.

5. Das Rüstungslieferungsamt erhebt Anspruch auf die Maschinen- und Lehrenbewirtschaftungsstelle. Da andererseits auch das Technische Amt und das Rüstungsamt diese Dienststelle beanspruchen, soll hierüber eine gemeinsame Besprechung General Thomas, Staatsrat Schieber, Herr Saur, Oberbaurat Schinnagel stattfinden.

6. Es besteht Übereinstimmung, daß die Gruppe Auftragsverlagerung beim Rüstungsamt bleibt. Rüstungslieferungsamt kann diese Gruppe dann heranziehen, wenn Hauptausschüsse beteiligt sind.

A 087741

7.

H2409-0163

7. **Arbeitseinsatz**

Es besteht Übereinstimmung, daß die Arbeitseinsatzfrage durch einen Amtschef (Rüstungsamt oder Rüstungslieferungsamt) bei Gauleiter Sauckel vertreten werden muß. General Thomas ist einverstanden, daß die Amtsgruppe Arbeitseinsatz unter Einbeziehung der Gruppe Oberstleutnant Betz dem Rüstungslieferungsamt unterstellt wird. Er fordert jedoch, daß die Rüstungsinspektionen eingeschaltet bleiben, da sie nur den Gesamtüberblick besitzen. Hiermit ist Staatsrat Schieber einverstanden. Lediglich die Uk-Stellungen, Verhandlungen mit AHA usw. sollen beim Rüstungsamt verbleiben. Die Ausschüsse sollen ihre Arbeiterforderungen beim Bezirksobmann anmelden. Der Bezirksobmann soll in die Rü In eingebaut werden und über die Rü In an das Rüstungslieferungsamt melden.

Entsprechende Formulierung soll durch Rüstungsamt ausgearbeitet werden.

8. Staatsrat Schieber bittet, daß die Abteilungen Heer, Marine, Luftwaffe bei den Rü In'en umgewandelt werden in Fachreferate entsprechend der Hauptausschüsse und Hauptringe.

Rüstungsamt sagt zu, eine entsprechende Formulierung vorzulegen. Beispiel: der bisherige Abteilungsleiter Heer wird Referent für Waffen, Munition und Panzer.

Dihmu

Verteiler:

Amtschef KTB
Chef Rü
Chef Ro
Rü Pl
VO

A 087742

5

3 778 an Z1 1R KTB

Chef Wi Rü Amt Berlin, den 3.März 1942

Aktennotiz
über Besprechung mit Minister Speer
am 2.März 42.

Im Anschluß an eine Besprechung mit Oberst Neef bat mich Minister Speer zu einer persönlichen Aussprache über die weitere Zusammenarbeit. Er führte im Großen folgendes aus :

Die Besprechungen der letzten Wochen mit dem Führer und Reichsmarschall haben das Ziel gehabt, eine größere Zentralisierung und Vereinfachung der Führung in der gesamten Wirtschaft zu erreichen. Grundgedanke dabei muß sein, daß im Kriege die Rüstung die gesamte andere Wirtschaft regiert, und daß die gesamte Wirtschaft der Rüstung dienstbar gemacht werden muß. Der Reichsmarschall hat bei den Besprechungen zugegeben, daß er sich in letzter Zeit stark aus der Führungsaufgabe der Wirtschaft zurückgezogen habe und sich mehr der Führungsaufgabe der Luftwaffe gewidmet habe. Der Vierjahresplan sei dadurch nicht mehr das entscheidende und führende Organ wie früher sondern mehr eine bürokratisch statistische Arbeitsgruppe, aus der keine Entscheidungen hinausgehen. Der Führer wolle, daß eine größere Aktivität in den ganzen Fragen entwickelt würde, und er würde dem Minister Speer dafür neue Vollmachten geben. Der Reichsmarschall habe sich zunächst über die stärkeren Vollmachten Speers geärgert und habe den ganzen Wirtschaftssektor an Speer abgeben wollen. Speer habe ihn aber dann überredet, daß er weiter seinen Namen für diese Aufgaben geben müsse, und daß er - Speer - in seinem Auftrage die Aufgaben durchführe.

Speer sei sich klar darüber, daß man die Rüstungswirtschaft den Wehrmachtteilen gegenüber nur durch Soldaten führen lassen könne, und er lege daher großen Wert darauf, die ganzen Fragen mit mir zu besprechen und die Rüstungsorganisation in diese wichtige Frage voll einzuspannen. Der Führer hätte sich auch dahin ausgesprochen, daß draußen in der Zwischeninstanz nicht verschiedene Leute führen könnten, sondern nur einer, und das sei im Kriege der Rüstungsinspekteur. Das Ziel Speers sei, in der Rüstungsinspektion alle Kräfte zu vereinen und

H2409-0164

A 087713

6

H2409-0165

und die Landeswirtschaftsämter dabei zu überschlucken.

In der Zentrale denke er sich die Lösung wie folgt : Gründung eines kleinen Planungsausschusses beim Reichsmarschall, der die gesamte Zentralplanung für die Kriegführung übernimmt. Als Vertreter der Wehrmacht dabei Chef Wi Rü Amt zusammen mit den wichtigsten Staatssekretären, um Ernährungsplanung, Verkehrsplanung, Kohle- und Energieplanung, Bauplanung usw. fest und zentral zu führen. Zusammenschluß in der Wirtschaft ähnlich, wie es in der Rüstungswirtschaft schon gehandhabt wird, zu Ausschüssen, in denen die Führung der hauptsächlichsten Wirtschaftsgebiete stattfindet, wie Verkehrsausschuß, Ernährungsausschuß. In diesen Ausschüssen soll auch die Planung stattfinden für die einzelnen Gebiete, die dann im Zentralplanungsausschuß zusammengestellt und beraten werden. In der Rüstungsplanung müßte selbstverständlich das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt führend beteiligt sein. Über die Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen Speer und Wi Rü Amt wolle er noch mit Feldmarschall Keitel sprechen. Er - Speer - lege großen Wert darauf, zu einen engen Konnex mit dem Wi Rü Amt und seiner Organisation zu kommen.

Ich versicherte dem Minister, daß ich schon bei Antritt von Todt dem damaligen Minister ein ähnlichen Angebot gemacht habe, und daß ich bereit sei, mit ihm auf das engste zusammen zu gehen.

Ich habe eine doppelte Aufgabe :
Einmal die Aufstellung der Forderungen im Stab des OKW, zweitens die Leitung der militärischen Rüstungsorganisation zur Unterstützung des Reichsministers für Bewaffnung und Munition. Wenn bei der künftigen Zusammenarbeit die Rüstungsorganisation voll für die Aufgabe eingespannt würde, würde mein Amt voll und ganz bereit sein, ihm in dieser zentralen Zusammenfassung der gesamten Wirtschaft und in der Durchführung der Rüstungswirtschaft zu unterstützen. Speer nahm dieses Angebot dankend an und sagte mir, daß er auch bereits Vollmachten in der Hand habe, um auch den verschiedenen Generalbevollmächtigten Weisungen zu erteilen. Z.B. Weisung an Gen.v.Hanneken, mehr Rohstoffe für die Rüstung zur Verfügung zu stellen. Wenn er - Speer - die Vollmachten hätte, müßte er natürlich auch einen gewissen

H2409-0166

Einfluß auf die Rohstoffverteilung bekommen, was ich ihm auch zusagte, wenn in der von ihm angedeuteten Form die enge Zusammenarbeit erfolge. Speer betonte alsdann noch, daß er alle Fragen, die uns betreffen, vorher mit uns besprechen würde, und daß er den Wunsch auf offene und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit uns habe.

Er habe die Durchschlagskraft beim Führer, ich habe die großen Erfahrungen und den Apparat und der Reichsmarschall müsse dazu seinen Namen geben.

Abdruck an

Herrn Chef O K W.

A087745

Amt / Rü (IV)

Berlin, den 19. August 1941

Vortragsnotiz für Chef OKW

Bei der Besprechung beim Reichsarbeitsführer am 12. 8.41 über die Verordnung zur Durchführung des Erlasses des Führers und Reichskanzlers über den weiteren Kriegseinsatz des Reichsarbeitsdienstes für die weibliche Jugend ist seitens der Wehrmacht nochmals gefordert worden, den Führererlaß dahingehend zu ergänzen, daß der Kriegshilfsdienst vor allem auch in der Rüstungswirtschaft abzuleisten ist. Die Vertreter des Vierjahresplans und des Reichsarbeitsministers schlossen sich dieser Forderung an. Der Leiter der Besprechung, Generalarbeitsführer Dr. Decker, glaubte nicht, dass der Reichsarbeitsführer in diesem Sinne nochmals beim Führer vorstellig werden würde, da die im Erlaß gegebene Einsatzbegrenzung vor allem wegen der erforderlichen Betreuung und wegen der beschränkten Zahl der verfügbaren Kräfte bewußt vom Führer vorgenommen worden sei.

Es wird jedoch für unbedingt erforderlich gehalten, daß die Angelegenheit durch Chef OKW nochmals beim Führer zum Vortrag gebracht und gefordert wird, daß die Kriegshilfsdienstverpflichteten unmittelbar in der Rüstungswirtschaft eingesetzt werden müssen und daß daher der abschriftlich beigefügte Erlaß (Ziffer II) wie folgt ergänzt wird:

"Der Kriegshilfsdienst wird abgeleistet durch Hilfsdienst in der Rüstungswirtschaft".

1087716

H2409-0167

H2409-0168

Begründung: Durch die im Erlaß vorgesehene Verstärkung des weiblichen Arbeitsdienstes auf 130 000 Arbeitsmaiden und durch die Verlängerung der Dienstzeit von einem halben Jahr auf ein Jahr werden der freien Wirtschaft - also insbesondere der Kriegs- und Rüstungswirtschaft - laufend 260 000 Mädchen - gegenüber bisher 80 000 - entzogen. Die sonst im Herbst zur Entlassung gekommenen Arbeitsmaiden wären durch die Arbeitseinsatzdienststellen vorzugsweise kriegswichtigen Betrieben zugeführt worden.

Durch das Luftwaffenprogramm und den dadurch besonders großen Kräftebedarf ist gegenüber dem Entstehungszeitpunkt des Erlasses eine völlig neue Lage geschaffen worden, die den rationellsten Einsatz aller verfügbaren Kräfte, also auch den direkten, sofortigen Einsatz der Kriegshilfsdienstverpflichteten in der Rüstungswirtschaft unbedingt erforderlich macht. Die durch den Erlaß vor allem angestrebte Freimachung von Soldaten und indirekte Entlastung der Rüstungswirtschaft wird sich weder in dem erforderlichen Maße noch schnell genug auswirken. Auch in der Rüstungswirtschaft ist die erforderliche Betreuung der Kriegshilfsdienstverpflichteten ohne weiteres gewährleistet. Die erst einmal im Bürobetrieb tätig gewesenen Mädchen sind später für eine andere Tätigkeit, z.B. als Arbeiterinnen, auch nach Ansicht des RAM, nicht mehr zu verwenden. Der ständige halbjährliche Wechsel der Kriegshilfsdienstverpflichteten und die jeweils erforderliche Wiedereinarbeitung vermindern den Wert der Hilfeleistung bei den Wehrmachtdienststellen erheblich.

Als Beispiel, wie sich die Beschränkung des Hilfsdienstes auf den Einsatz für Bürozwecke bei Rüstungsbetrieb mit vordringlichster Wehrmachtfertigung auswirkt, wird anliegend ein Schreiben der A E G vom 19.8.41 vorgelegt.

A 087747

AEG

ALLGEMEINE ELEKTRICITÄTS-GESELLSCHAFT

Drahtwort
ELEKTRON BERLIN

BERLIN NW 40, den 19.8.1941
Friedrich-Karl-Ufer 2-4

41 0014
41 0016

H2409-0169

An das

Oberkommando der Wehrmacht
Wirtschafts- und Rüstungsamt
B e r l i n W 62

Kurfürstenstr. 63-69

ZMB-Br. Nr. 7746/41

Betr.: Einsatz von technischen Helferinnen in SS- und S-Programmen

Unter Bezugnahme auf den Erlass im RGBl.Nr. 85 vom 1.8.1941 betr. den weiteren Kriegseinsatz des Reichsarbeitsdienstes für die weibliche Jugend, wonach die z.Zt. im Arbeitsdienst befindlichen Maiden nicht - wie bisher vorgesehen - Ende September 1941 entlassen werden, sondern auf weitere 6 Monate zum Kriegshilfsdienst verpflichtet werden sollen, gestatten wir uns, im Hinblick auf die uns gestellten kriegsentscheidenden Aufgaben auf folgendes aufmerksam zu machen:
Seit der Zeit, in der der Ingenieurmangel mehr und mehr fühlbar wurde, bilden wir zur Entlastung unserer Ingenieure technische Mitarbeiterinnen aus. Auch in diesem Jahr müssen wir wiederum ca. 150 junge Mädchen einstellen. Die diesbezüglichen Verhandlungen haben wir bereits aufgenommen und auch zum Teil Zusagen erhalten.
Unsere Ausbildungsmassnahmen mit den technischen Mitarbeiterinnen haben in den vergangenen Jahren zu außerordentlich guten Erfolgen geführt. Es ist uns in vielen Fällen mit Hilfe dieser Kräfte überhaupt erst möglich gewesen, z.B. das umfassende Fellgiebel-Programm sowie die Dete-Fertigung durchzuführen. Die von uns verlangten Steigerungen der Lieferungen und die uns gestellten neuen Aufgaben bedingen in gesteigertem Maße den Einsatz technischer Mitarbeiterinnen.

A087718 - 2 -

Ordentliche Vorstandsmitglieder: Wirklicher Legationsrat a. D. Dr. Hermann Bücher, Vorsitzer, Prof. Dr. Waldemar Feldmann, Oberregierungsrat a. D. Dr. Hans Baden, Fritz Fromm, Dipl.-Ing. Otto Kuehn, Dr. Ernst Lemcke, Prof. Alfred Reichel, Regierungsbaurat a. D. Fritz Spannrath. — Stellvertretende Vorstandsmitglieder: Dipl.-Ing. Ernst Honeuer, Dipl.-Ing. Herbert Kind, Hanns Klemm, Prof. Dr. Carl Ramsauer, Otto Ruscha. — Vertreter des Aufsichtsrates: Staatsrat Dr. Kurt Schmitt, Reichs- und Staatsminister a. D.
DB 5020. 5000. 8. 40. C/0979

AEG

Empfänger	Tag	Blatt
OKW Wi Rü-Amt, Berlin	19.8.41	2

Leider hat der erwähnte Erlass dazu geführt, dass die Arbeitsdienstlagerführerinnen die Freigabe der Arbeitsmaiden verweigerten. Wir bitten deshalb um Ihre Unterstützung dahingehend, dass die Arbeitsmaiden für die Wehrmachtfertigung der Dringlichkeitsstufen SS und S freigestellt werden, dieser Einsatz als Kriegshilfsdienst gewertet und als solcher angerechnet wird.
Im Hinblick auf den nahen Termin wären wir für eine beschleunigte Erledigung dankbar.

Heil Hitler!
Zentrale Mob-Bearbeitungsstelle
für den AEG-Konzern

Antwortschreiben
zu richten an
Dir. Praël
AEG-Fabriken-Leitung

A 087719

12

DB 5003. 100.000. 3. 41. C/0979

H2409-0171

Akten Oberst 63
Jansen

Chef Wi Rü Amt

Berlin, den 18.7.1941

Geheime Kommandosache

Ergebnis der Vorträge beim Reichsmarschall
und bei Feldmarschall Keitel am 17.7.1941.

1. Der Führer hat entschieden, daß die Gebiete, die nicht mehr in die Kampfhandlungen einbezogen sind, möglichst frühzeitig an die Verwaltung Rosenberg abzugeben sind. Die Verwaltung dieser Gebiete erfolgt durch Reichskommissare. Als Reichskommissare sind vorgesehen :

für das künftige Gebiet Ostland : Gauleiter Lohse
für die Ukraine : Gauleiter Koch
Für das Gebiet um Moskau : Gesandter Kasche

Der Gauleiter für den Kaukasus ist noch nicht bestimmt. Der Führer wünscht aber, daß als wirtschaftlicher Leiter für den Kaukasus der Gesandte Neubacher eingesetzt wird. Ebenso soll der Minister Fischbeck als Generalkommissar in der Ukraine Verwendung finden.

2. Das Verhältnis zwischen dem Reichsmarschall und dem Minister Rosenberg ist das gleiche wie das des Reichsmarschalls in Deutschland zu den übrigen Ministern, d.h., er kann als Beauftragter für den Vierjahresplan auf dem Wirtschaftsgebiet alle Weisungen an Rosenberg geben, die er für erforderlich hält. Die wirtschaftliche Verwaltung der besetzten Gebiete Rußlands erfolgt also auch nach den Weisungen des Reichsmarschalls. Rosenberg wird die vom Führungsstab Ost eingesetzten wirtschaftlichen Dienststellen übernehmen und keinen eigenen Apparat aufbauen. Vom litauischen Gebiet werden die Teile wieder an Ostpreußen angeschlossen, die durch den Versailler Vertrag verloren gegangen sind. Ebenso erhält Ostpreußen sofort den Raum um Bialystock nach näherer Festlegung durch den Gauleiter Koch. Große Teile von Galizien werden an das Generalgouvernement angegliedert. Besarabien und verschiedene an Besarabien angrenzende Teile soll Rumänien erhalten. Die erweiterte Krim soll deutsches Gebiet werden unter Führung des Gauleiters Frauenhöfer.

A 087750

H2409-0172

3. In den besetzten Gebieten ist jede Decouvrierung unserer politischen Zielsetzung verboten. Irgend eine Entscheidung über die staatsrechtlichen Verhältnisse darf nicht gefällt werden. Begründung für alle Maßnahmen ist allein die Machtfrage. Die Methoden der Behandlung sollen sich rein auf die Machtverhältnisse gründen und werden in den verschiedenen Gebieten verschieden sein. Der Führer wünscht, daß westlich des Urals kein militärischer Machtfaktor mehr bestehen bleibt. Weisungen über die wirtschaftliche Ausnutzung der Gebiete werden noch folgen. Das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt soll dafür einen Fragebogen für den Führer vorlegen.

4. Die Bahn Czernowice - Lemberg ist möglichst bald als reine Ölbahn auszubauen.

5. Die Besetzung der ersten Reichskommissariate soll möglichst dicht erfolgen; mit der Erweiterung der Reichskommissariate sind dann die zu stark mit Personal besetzten Dienststellen nach vorwärts in die neuen Gebiete zu schieben.

6. OKH ist angewiesen worden, den Schutz wirtschaftlicher Objekte und Vorräte im Operationsgebiet unbedingt sicherzustellen. Für rund das rückwärtige Heeresgebiet erhalten die Wirtschaftsinspektionen je 3 Landesschützen-Bataillone. In den Reichskommissariaten muß die Polizei die Sicherung übernehmen. Mit Himmler ist in Verbindung getreten wegen Abgabe motorisierter Polizeiformationen auch für die Wirtschaftsinspekteure.

7. Zwischen dem Reichsmarschall, Staatssekretär Körner und mir wurde festgelegt, daß der Wirtschaftsstab Ost wie bisher seine Befehle über das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt erhält; die Befehlserteilung an die Reichskommissare geht über den Führungsstab Ost. Der Reichsmarschall gibt seine wirtschaftlichen Befehlswünsche an General Nagel, der sie an das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt weiter übermittelt bezw. bei eiligen Sachen unter Meldung an das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt an die betreffende Dienststelle weiter leitet. Die näheren Maßnahmen für den Übergang an das erste Reichskommissariat werden zwischen Staatssekretär Körner und mir in Berlin besprochen werden.

A 087751

H2409-0173

8. Der Reichsmarschall wünscht eine schnelle Untersuchung der Möglichkeiten zur Erhöhung der Treibstoffzufuhren nach Deutschland
   a) aus Rumänien (Mehrförderung und Mehrabtransport über die Ölbahn)
   b) Kaukasus (Pipe-Line nach Deutschland)

9. Reichsmarschall und Feldmarschall Keitel wurden über die Kautschuk- und Bunalage an Hand der von Ro aufgestellten Planungen unterrichtet.

10. Über anzubahnende Geschäfte zwischen Deutschland und Türkei - Waffen gegen Rohstoffe - soll der Führer entscheiden.

11. Der Reichsmarschall entschied, daß unter keinen Umständen eine Tätigkeit der Arbeitsfront in Rußland zuzulassen sei, die sich auf Maßnahmen einer kollektiven Wirtschaft (Übernahme des Handels) bezieht. General von Bodenschatz wurde angewiesen den Führer zu bitten, daß er ein scharfes Verbot an Ley erlässt.

Mit General Schubert wurde besprochen :
a) die Neuregelung wie vorstehend geschildert,
b) die Abfassung der Berichte,
c) eine Lockerung der Führung in seinem Stabe,
d) die Frage der Kreiskommandanturen, die mit Rosenberg noch zu behandeln ist.

Ministerialdirektor Rieke bat um erhöhte Zuführung der landwirtschaftlichen Betriebsführer und um Schaffung von mehr Wirtschaftskommandos anstatt Außenstellen. Letzteres wurde auch von Schlotterer empfohlen. Erwünscht ist die Umwandlung der Außenstellen in Wirtschaftskommandos, um den Befehlsweg zu verkürzen und weil die Gebiete zu groß sind.

15

A 087752

Geheime Kommandosache

K T B
WiRüAmt/Stab

Doppel

25.Juni 1941

Vortrag Oberst Witte beim Amtschef.

Reisebericht: Fallschirmjägerschutz bei wichtigen Betrieben, insbesondere Treibstoff und Buna (hauptsächlich Leuna- und Scholven-Gebiet). Bisher kein genügender Schutz vorhanden. Bericht an den dafür zuständigen BdE zu senden mit der Bitte, die erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen.
- Flak nicht genügend mit Karabinern ausgestattet; können aus Beute zur Verfügung gestellt werden.

Vortrag Major Battré beim Amtschef mit Ch d St.

Bericht über Marokko. Sehr schwierige Treibstofflage. Major Battré hat Sonderauftrag erhalten, sich über Treibstoff-Umschlag-Möglichkeiten in den Mittelmeerhäfen für Nachschub nach Libyen zu unterrichten.

Vortrag Chef RÜ beim Amtschef.

Vorlage eines Exposés über Ausnutzung der russischen RÜ-Industrie. Besondere Hinweise auf Notwendigkeit der Erlangung von Flugzeug-Industrie-Kapazitäten.

Schreiben an Reichsstatthalter in Baden, daß die Neuregelung der WWi-Organisation in Baden bis zum Abschluß der Ost-Operationen zurückgestellt werden soll.

Schreiben an Chef AHA; auch mehr jüngere landwirtschaftliche Fachkräfte freizustellen.

Verfügung Todt über Erweiterung der Befugnisse der Engpaß-Kommissionen. Ohne Fühlungnahme mit WiRüAmt. Außerdem hat er damit die ihm seinerzeit übertragenen Befugnisse überschritten. Todt hat für den 1.7. Besprechung über diese Fragen angesetzt. Amtschef will mit Todt über diese Dinge sprechen.

Todt hat vom Führer Gesetzentwurf über Erhöhung des weiblichen Arbeitsdienstes auf 13o ooo unterschreiben lassen.

A087753

H2409-0174

Chef Wi Rü Amt Berlin, den 2o.6.1941

Aktennotiz

Nachstehende neue Auffassung des Führers hat mir Minister Todt heute ausgeführt und Feldmarschall Keitel in einem anschließenden Vortrage bestätigt :

I. Der Verlauf des Krieges zeigt, daß wir in unseren autarkischen Bestrebungen zu weit gegangen sind. Es ist unmöglich, alles was uns fehlt durch synthetische Verfahren oder sonstige Maßnahmen selbst herstellen zu wollen. Es ist z.B. unmöglich, daß wir unsere Treibstoffwirtschaft so ausbauen, daß wir uns ganz auf sie fundieren können. Diese ganzen autarkischen Bestrebungen nehmen einen riesen Menschenbedarf in Anspruch, der einfach nicht gedeckt werden kann. Man muß einen anderen Weg gehen und muß das, was man benötigt und nicht hat erobern. Der Menscheneinsatz, der dazu einmalig notwendig ist, wird nicht so groß sein wie der Menscheneinsatz, der für die Betreibung der betreffenden synthetischen Werke laufend benötigt wird. Das Ziel muß also sein, sich alle die Gebiete, die für uns wehrwirtschaftlich von besonderem Interesse sind, durch Eroberung zu sichern.

Ich habe dazu ausgeführt, daß als s.Zt. der Vierjahresplan eingerichtet wurde, ich immer den Standpunkt vertreten habe, daß eine völlige autarkische Wirtschaft für uns unmöglich ist, weil dazu der Menschenbedarf zu groß ist. Allerdings ist meine Lösung immer in der Richtung gegangen, daß man sich die erforderlichen Vorräte für die fehlenden Bestände anlegt bezw. durch Wirtschaftsbündnisse auch die Belieferung im Kriege sichert.

II. In einer Besprechung Todt - Pleiger - Thomas wurde festgelegt :

OKW, R Wi Min und Reichsminister f,Bew.u.Mun. werden ihren Stellen mitteilen, daß die Aufträge des Bergbaus z.Zt. von besonderer Bedeutung sind und eine fristgemäße Belieferung der Zechen mit den notwendigsten Geräten sichergestellt werden muß. Falls sich Schwierigkeiten ergeben, soll an Ort und Stelle die Frage der Fertigung durch Aussprache zwischen den zuständigen Stellen

Total Copies

H2409-0175

H2409-0176

geregelt werden. Für besonders dringliche Aufgaben bekommt Pleiger im Rahmen seines Kontingents 25 ooo to Stahl mit einer Sonderbezeichnung, die der S - bezw. SS Fertigung in der Dringlichkeit gleich gestellt word; und zwar soll Pleiger verwenden 1o ooo to für Aufgaben, die der SS Stufe gleichzzustellen sind, 1o ooo to für Aufgaben, die der S Stufe gleichzustellen sind, 5 ooo to soll er sich als Reserve behalten für besondere Anforderungen. Pleiger ist dafür verantwortlich, daß das Kontingent keinesfalls überschritten wird und nur für besonders dringliche Anforderungen verwandt wird.

III. Krupp und Skoda planen bei-de den Bau einer neuen großen Presse. OKW hat die beiden Pressen zunächst zurückgestellt. Da die schweren Pressen bisher immer einen Engpaß gebildet haben, und da der Führer besondere Neufertigungen auf dem schwersten Panzerwagengebiet wünscht schlägt Todt vor, den Firmen die Fertigung der großen Pressen zu gestatten umsomehr, als auch für den Fall des Friedens diese Pressen für große Aufgaben vorgesehen sind. Ich habe mich mit der Auffassung einverstanden erklärt.

Thomas

A 087755

18

H2409-0177

52.

Chef Wi Rü Amt

Berlin, den 20.3.41

6 Ausfertigungen
3. Ausfertigung

Geheime Kommandosache

Vortrag
bei Reichsmarschall Göring am 19.3.41.

- - -

Es wurden folgende Punkte zum Vortrag gebracht:

1.) Organisation Barbarossa.

Der Reichsmarschall ist mit der ihm vorgeschlagenen Organisation voll einverstanden.
In den Führungsstab sollen hinein: Körner, Backe, Hanneken, Alpers und Thomas.
Die Geschäftsführung liegt beim Wi Rü Amt.
Der Reichsmarschall legt darauf Wert, daß eine einheitliche Organisation geschaffen wird. Mit Führung in einzelnen Stellen durch Offiziere ist er einverstanden, insonderheit mit General Schubert. Die Leiter der Wirtschaftsinspektionen will der Reichsmarschall noch persönlich sprechen. Hanneken soll beste Kräfte aus der Wirtschaft namhaft machen.

2.) Die von Wi bearbeiteten Weisungen für Zerstörungsmaßnahmen der Luftwaffe im Fall Barbarossa wurden vom Reichsmarschall gebilligt. Ein Abdruck wurde Hauptmann v. Brauchitsch zur Weiterleitung an den Gen.Stab der Luftwaffe übergeben.

3.) Unterrichtung über Kautschuklage.

Der Reichsmarschall ist einverstanden, daß Kautschuk-Transporte von jetzt ab zu Schiff mit Blockadebrechern durchgeführt werden, ebenso mit der Einspannung der Japaner für diese Zwecke.

4.) Unterrichtung über die Einlagerung von Treibstoffen in Holland und über die Maßnahmen zur Sicherung gegen Bombenangriffe.

A087756

Do
-2

H2409-0178

5.) Unterrichtung über die Forderungen des Wirtschaftsministeriums über Sicherung des Personals der Grundindustrie.

Der Reichsmarschall ist der Auffassung, daß die wichtigsten Leute in den Betrieben bleiben, daß weniger wichtige Leute zur Front abrücken müssen.

6.) Unterrichtung über die Differenzen zwischen Kriegsmarine und Arbeitsministerium wegen der Lohnerhöhung auf den Kriegsmarinewerften.

Der Reichsmarschall wünscht, daß vom Reichstreuhänder vorgeschlagene Maßnahmen durchgeführt werden, will aber noch persönlich eine Sitzung über die Frage einberufen.

7.) Die Einrichtung von verstärkten Brandwachen bei erhöhter Luftgefahr in Wehrwirtschaftsbetrieben wird genehmigt.

8.) Auf dem Gebiet der Auslandslieferungen hat der Reichsmarschall wegen der finnischen Lieferungen seine Weisungen bereits an die Luftwaffe gegeben. Er wünscht Abgabe einer Anzahl von „Flak-Batterien und einiger Flugzeuge.
Wegen der ungarischen Forderungen auf Scheinwerfer und Abhörgeräte soll nochmal mit Generaloberst Udet verhandelt werden.

9.) Der Reichsmarschall wird unterrichtet, daß in Treibstoffbetrieben noch in größerem Umfang Ausländer arbeiten.
Er wünscht, daß Polen, Franzosen und Russen aus den Treibstoff- und Buna-Betrieben verschwinden und durch andere Leute ersetzt werden. R Arb Min soll das weitere veranlassen.

10.) Unterrichtung über die Forderungen des Generalgouverneurs Frank wegen der Wehrmachtsbetriebe in Polen.

Der Reichsmarschall entscheidet, daß reine Wehrmachtsbetriebe den betreffenden Wehrmachtsteilen, die Rohstoffbetriebe den Reichswerken gehören. Entsprechende Weisung soll ihm vorgelegt werden.

11.) Orientierung des Reichsmarschalls über die Verhandlungen der Franzosen mit Amerika wegen der Treibstoffversorgung Nord-Afrikas.

A087757

H2409-0179

Er steht auf dem Standpunkt, daß es darauf ankommt, die Treibstoffe nach Afrika zu bekommen, mit welchen Schiffen ist völlig gleichgültig.

Oberst Spaleke unterrichtet den Reichsmarschall über die Aufträge, die General Antonescu nach Deutschland gegeben hat, über die Kapazitäten Rumäniens und über die Zusammenarbeit auf dem Treibstoffgebiet.
Der Reichsmarschall ist der Auffassung, daß die Rumänen höchstens 20 Divisionen aufstellen sollten und daß erreicht werden müsse, in Rumänien den Nachschub für die rumänische Armee allmählich selbst zu decken.
Daneben muß Rumänien ausgenutzt werden zur Schaffung von Transportmitteln und zur Errichtung von Instandsetzungwerkstätten größeren Umfanges.
Wegen der Zusammenarbeit auf dem Treibstoffgebiet mit der Stelle Neubacher soll zunächst Einigkeit zwischen Vierjahresplan, Wirtschaftsministerium und Wi Rü Amt geschaffen werden.

Der Reichsmarschall wurde dann weiter von mir unterrichtet über den Ankauf der Lastkraftwagen aus Frankreich und über die Verhandlungen wegen des Kautschuk-Vertrages.

Der Reichsmarschall forderte dann von seiner Seite noch folgendes:

1.) Er will wissen, ob die Werften in Rumänien für den U-Bootbau ausgenutzt werden können.
2.) Er wünscht eine Meldung über die Verhandlungen des Verkehrsministeriums wegen der Transitschwierigkeiten mit Rußland.
Wer ist der Verhändler gewesen?
3.) Er wünscht eine Meldung, wie die Walöl-Transporte aus Bordeaux weitergeleitet werden und wer die Verantwortung dafür hat und
weiterhin, wer die Verantwortung hat für die Weiterleitung der Treibstofftransporte, die die Kriegsmarine als Prise einbringt.

1.Ausf.Amtschef
2. " Wi
3. " Rü
4. " Ro
5. " Oberst Jansen
6. " Entwurf.

A087758

22

H2409-0180

Berlin, den 27.2.1941

Geheime Kommandosache

Aktennotiz über Vortrag beim
Reichsmarschall am 26.2.1941

Es wurden vorgetragen :

1. Dank für zum Geburtstag übersandtes Bild.
2. Denkschrift über die Auswirkungen einer Ost-Operation.

Der Reichsmarschall war mit mir der Auffassung, daß eine Besetzung der Ukraine allein keinen Wert habe, sondern daß das Erdölgebiet von Baku unter allen Umständen mit gewonnen werden muß. Er war ebenso wie der Führer der Auffassung, daß bei dem Einmarsch deutscher Truppen in Rußland der ganze Bolschewistische Staat zusammenbrechen würde, und daß dadurch mit den von mir gefürchteten Zerstörungen und Vernichtung der Vorräte und Eisenbahn im großen Umfange nicht zu rechnen sei. Es käme darauf an, zunächst schnell die bolschewistischen Führer zu erledigen. Eine besondere Sorge ist für den Reichsmarschall die Unterbrechung der Verbindung mit dem Fernen Osten, auf die ich ihn ganz besonders hinwies. Er sagte mir, daß man mit den Japanern Verabredungen treffen müsse um die Sibirische Bahn möglichst schnell wieder in Gang zu bringen. Der Reichsmarschall äußerte sich dann über die Gefahren der ganzen Operation, die nach seiner Auffassung nur in dem Versagen der notwendigen großen Nachschuborganisation liegen können. Er wies darauf hin, daß auch Napoleon an der mangelnden Versorgung gescheitert sei, und daß er beim Führer immer wieder auf mehr Nachschuborganisation dränge und auf Einschränkung der aufzustellenden Divisionen, die doch nur zum Teil ins Feuer kommen würden.

- 2 -

A 087759 - 23

H2409-0181

Ich wies weiterhin auf die Schwierigkeiten unserer Menschenlage, die durch die Ost-Operationen bei den großen Fronten und bei den großen Räumen zu bewältigen sind, noch schwieriger werden würde. Der Reichsmarschall gab dies zu und wies nochmal auf seinen Wunsch hin, nicht unnötig große Mengen von Divisionen neu aufzustellen. Auf meine Einwendung, daß wir die Operation - außer dem Aufmarsch - nur 2 Monate lang mit Treibstoffen voll versorgen können, erwiderte der Reichsmarschall, daß er sich in der nächsten Woche in Wien mit Antonescu treffen werde, um die rumänische Basis noch schneller ausbauen zu lassen. Wegen der Gummilage, die ich ihm als besonders ernst darstellte, befahl er, daß General von Schell schnellstens Ersatzkonstruktionen für Lastwagenbereifung in Auftrag geben solle. Es sei unmöglich, unsere letzten Kautschukvorräte auf den schlechten russischen Straßen zu verasen. Mit besonderer Betonung sagte mir dann der Reichsmarschall, daß er die Ausnützung des besetzten Rußlands auf wehrwirtschaftlichem Gebiet anders haben wolle als es bisher im Westen und Polen der Fall gewesen ist. Er verlange eine Absetzung vom OKH und eine völlig selbständige Organisation unter seinem Befehl, die mit den vordersten Truppen in das Land hinein gehen solle mit ganz bestimmten Weisungen, die vorher aufzustellen seien. Die Leitung der Vorbereitung übertrage er mir mit der Weisung, ihm laufend darüber Vortrag zu halten. Der Führer habe ihm diese Bitte genehmigt. Ich meldete ihm, daß die Vorbereitungen in diesem Sinne bereits im Gange seien, und daß ich ihm in Kürze den Organisationsentwurf vorlegen werde.

3. Nochmals genaue Orientierung über die Treibstofflage. Reichsmarschall unterschrieb daraufhin einen neuen Aufruf an alle Parteidienststellen und Reichsbehörden auf Einsparung von Treibstoffen und Gummi.

A 087760

H2409-0182

4. Rü 4o Urlauber.

Der Reichsmarschall ist mit den Maßnahmen des Herrn Todt - in Sonderheit seiner Verteilung der 22 2oo Rü 4o Urlauber - nicht einverstanden, und befiehlt Generaloberst Udet die Auswirkungen dieser Maßnahme niederzulegen, damit er dem Führer darüber Meldung machen könne. Die Forderung Udets, sämtliche Rü 4o Urlauber von der Rückkehr zur Truppe zurückzuhalten, hält der Reichsmarschall für unmöglich.

5. Krauch-Plan.

Reichsmarschall hat eine neue Verfügung unterzeichnet, wonach der Krauchplan vor den übrigen Wehrmachtfertigungen zu rangieren habe. Der Reichsmarschall stimmt mir zu, daß die Fertigungen nur an die Spitze der betreffenden Gruppen zu stellen sind, daß aber nicht etwa eine neue Sonderstufe geschaffen werden soll.

6. Arbeitseinsatzlage.

Ich orientierte den Reichsmarschall nochmals eingehend über die Arbeitseinsatzlage, in Sonderheit über den Fehlbestand in den Sonderstufen. Er will daraufhin mit dem Führer nochmals über die Frage sprechen und den Führer bitten, seine dauernden Wünsche auf Erhöhung der Neuaufstellung der Militär-Formationen möglichst einzuschränken.

7. Ich bat den Reichsmarschall beim Führer zu erwirken, daß alle Maßnahmen für Seelöwe, die ein Festhalten von Schiffstransportraum zur Ursache haben, aufheben zu lassen. Die Transportlage wird im Laufe des März und April so ernst, daß wir unter allen Umständen allen freien Transportraum, der für andere Aufgaben bereitgehalten wird, heranziehen müssen.

A087761

25

Ro I

Berlin, den 12. Februar 1941.

Geheime Kommandosache
8 Ausfertigungen
1. Ausfertigung

Aktennotiz
über Rücksprache Amtschef mit Staatssekretär Landfried.
Weitere Teilnehmer: Min.Dir. Mulert, Dr.Eggel, Oberst John
und Leiter der Reika, Herr Jehle.

Betr.: Kautschuklage.

General Thomas schildert nochmals kurz die Gesamtlage auf dem Kautschukgebiet und stellt fest, dass Reichsmarschall Göring darüber Vortrag gehalten worden sei. Der Reichsmarschall hätte Erörterungen darüber abgelehnt mit der Bemerkung, dass sich der Führer in seinen politischen Entschlüssen durch wirtschaftliche Fragen nicht beinflussen lässt. Am 8.2. seien Feldmarschall Keitel die zahlenmässigen Unterlagen über die Kautschuklage und die entsprechend den Forderungen der Führung vorzunehmende Zuteilung für die Verarbeitung vorgelegt worden. Feldmarschall Keitel hat hierüber entschieden, dass die Verarbeitung entsprechend der Vorlage vorzunehmen sei. Ein am 11.2. vom Berghof eingetroffenes Fernschreiben von Feldmarschall Keitel habe bestätigt, dass der Führer mit den getroffenen Anordnungen einverstanden ist. Es sei darin nochmals darauf hingewiesen worden, dass besonders in den besetzten Gebieten unbedingt alle nur möglichen Einsparungen vorgenommen werden.

Staatssekretär Landfried stellt fest, dass damit eine endgültige Entscheidung getroffen sei. Das R Wi Min werde in einer Denkschrift die Folgen, die aus dem angeordneten Einsatz des Naturkautschuks auf dem zivilen Sektor entstehen, niederlegen und dem OKW/Wi Rü Amt eine Abschrift zugehen lassen.

Auch die Frage der Ersatzsohlen, die fabrikmässig in absehbarer Zeit nicht herstellbar sind, werde erörtert werden.

Herr Jehle, Reika, macht darauf aufmerksam, dass eine Drosselung in den besetzten Gebieten nicht mehr möglich sei, da die hierfür eingesetzten Mengen zum grossen Teil als Fertigfabrikate wieder in das Reich zurückfliessen.

General Thomas stellt nochmals fest, dass die Verarbeitungsquote für die Italiener auf 1 100 t festgelegt sei. Weiter bittet er um die Einschaltung des R Wi Min in die Frage der Einfuhr von

H2409-0183

A087762

H2409-0184

Kautschuk durch Blockadebrecher, besonders aus Brasilien. Staatssekretär Landfried teilt mit, dass die Bearbeitung nunmehr ganz in der Hand des R Wi Min und zwar des Min.Dirigent Schlotterer und Herrn Bädke liegt.

Auf die Mitteilung von Herrn Jehle, dass er gehört habe, Brasilien habe ein Ausfuhrverbot für Kautschuk erlassen, weist General Thomas daraufhin, dass die Möglichkeit bestände, von Brasilien die Aufhebung des Verbotes dadurch zu erreichen, dass das von den Brasilianern erwünschte Artillerie-Gerät für die Ausfuhr freigegeben würde.

Die Erfüllung der Bitte des R Wi Min, die stärkste Flaksicherung der beiden Bunawerke Schkopau und Hüls durch Ob d L sicherzustellen, wird von General Thomas zugesagt.

General Thomas teilt mit, dass entsprechend den Forderungen des Führers auf dem Treibstoffgebiet bei der Wirtschaft Einsparungen bis einschl. Juni gemacht werden müssen und zwar:

100 000 t Otto
50 000 t Diesel

Oberst John nimmt dies zur Kenntnis und wird das weitere veranlassen.

Verteiler:

1.Ausf. Stab
2. " Wi
3. " Rü
4. " Ro III
5. " Ro V
6. " Ro I
7. " Reserve
8. " Entwurf(Ro Ib)

A 037-3

27

23 J Abschrift.

Der Chef
des Wi Rü Amtes
Nr. 362/41 g.Kdos.

den 8.Februar 1941

Geheime Kommandosache

Lieber Rintelen !

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht hat angeordnet, daß ich Ihnen im Anschluß an die Sitzung am 6.Februar nochmals mitteile, wie belastend die Forderungen Italiens an Gummi, Treibstoffen und Petrolkoks für die deutsche Wehrwirtschaft sind.

Der Gummibedarf ist in Deutschland durch die hohe Motorisierung und durch die Vergrößerung der Luftwaffe ganz erheblich gestiegen. In Sonderheit nimmt der Behälterschutz für die Flugzeuge große Mengen in Anspruch. Trotz dieser Mehrforderungen mußte auch in Deutschland die Verarbeitungsquote herabgesetzt werden, so daß wir Ende April mit unserem Naturkautschukvorrat im Verhältnis ungünstiger stehen als die Italiener. Alles ist abhängig von den Eingängen, die wir im Laufe dieses Jahres von Indochina hereinbekommen.

Ähnlich liegen die Verhältnisse auf dem Treibstoffgebiet. Im Jahre 1939 haben wir stark von den erheblichen Vorräten gelebt, die wir uns im Frieden in großen Vorratslägern niedergelegt hatten. Die eigene Fertigung und die Zufuhren aus Rumänien konnten den Bedarf der deutschen Wehrmacht und Wirtschaft nicht decken. Durch unseren Aufmarsch in Rumänien sind die Zufuhren an Treibstoffen erheblich geringer geworden; dazu kommt die Sperrung der Donau durch Eis und der Mangel an Kesselwagen, der erst allmählich gedeckt werden kann. Die Mengen, die Feldmarschall Keitel Clodius genannt hat für eine Abgabe an Italien stellen schon die höchstmögliche Leistung dar, die wir zur Zeit anbieten können.

Feldmarschall Keitel bittet, daß die italienischen Forderungen auf dem Treibstoffgebiet durch die deutsche Marine- und Luftwaffenmission nachgeprüft werden, und daß Sie den laufenden Treibstoffbedarf der italienischen Wehrmacht und Wirtschaft ständig im Auge behalten und uns gutachtlich über Forderungen und Verbrauch unterrichtet halten.

Total Copies.....

H2409-0185

A087764 - 2 -

28

H2409-0186

235

(3)

Die Lage ist nun einmal so, daß der Treibstoffverbrauch der militärischen Gesamtlage angepasst werden muß. Außerdem bittet Feldmarschall Keitel, daß Sie an den zuständigen Stellen nochmals die Forderung aussprechen auf Durchführung größter Sparmaßnahmen auf dem Gummi- und Treibstoffgebiet in der italienischen Wehrmacht und Wirtschaft. Nur wenn solche Maßnahmen durchgeführt werden, werden wir vor Nachschubschwierigkeiten bewahrt bleiben.

Ähnlich sind die Verhältnisse auf dem Gebiet des Petrolkokses, wo die in Norwegen entstehenden Neuanlagen für Elherstellung erheblichen Mehrbedarf erfordern, der auch wieder mit der Vergrößerung der deutschen Luftwaffe verbunden ist.

Heil Hitler !

Ihr ergebener

gez. T h o m a s

087765

29

H2409-0187

Berlin, den 8.2.1941.

Geheime Kommandosache

A k t e n n o t i z

Ich habe heute in Gegenwart von Oberstleutnant Tietze als stellvertretender Abteilungschef und KapitÄn Griebel dem Generalfeldmarschall Keitel und General Jodl unsere Lage auf dem Treibstoff- und Gummigebiet vorgetragen für den Fall, daß es zu den geplanten Ost-Operationen kommt.

1. Auf dem Treibstoffgebiet wurde die Lage wie folgt geschildert !

Flugtreibstoff ausreichend bis Herbst 41 bei einem Höchstverbrauch von 15o ooo to in den Hauptkampfmonaten.

Kraftwagentreibstoff nur gesichert für Aufmarsch und höchstens 2 Kampfmonate; ab Mitte August Vorräte aufgebraucht; Deckung nur noch aus eigener Produktion und Einfuhr. (RumÄnien, evtl. Baku) Vorgesehener Verbrauch in den Hauptkampfmonaten 2oo ooo to, wobei etwa ein Viertel unmittelbar aus RumÄnien nachgeschoben wird.

Gleiche Lage auf dem Diesel-Kraftstoffgebiet, wo Vorräte nach Mitte August aufgebraucht sind. Heizöldeckung bis Herbst.

Feldmarschall Keitel fordert darauf weitere EinschrÄnkung Sonderverbrauchs in den nächsten Monaten, beginnend ab 1.MÄrz und zwar Einsparung von 5o - 1oo ooo to Kraftwagentreibstoff und 5o ooo to Diesel-Treibstoff bis Ende Juli.

2. Kautschuklage, Vorräte und die Einfuhren im ersten Quartal 1941 gestatten eine Verarbeitung von rd. 7 5oo to pro Monat bis Ende MÄrz. Wenn ab 1.April keine Einfuhren an Naturkautschuk aus Rußland mehr möglich sind, so besteht nur noch eine Reserve von 2 6oo to Naturkautschuk, die dazu verwandt werden kann, nach dem 1.April monatlich etwa 3 5oo to Gummi zu produzieren auf die Dauer von 8 Monaten. Nach Verbrauch dieser 2 6oo to sind wir

A 087766

30

H2409-0188

auf Buna angewiesen.

Feldmarschall Keitel billigte den Vorschlag dieser Verarbeitungsquote und bat um Vorschläge für weitere Einsparung an Gummi auf dem technischen Gebiet. Die Vorschläge sollen ihm Mitte Februar vorgelegt werden.

Die Herren wurden von mir mit größtem Ernst auf die Gefahren einer solchen Nachschublage hingewiesen, worauf Feldmarschall Keitel antwortete, daß sich der Führer in seinen Plänen von diesen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht beeinflussen lassen würde. Notwendig sei nur, daß auf allen anderen Gebieten in höchstem Umfange gespart wird. Die Treibstoff- und Kautschuk-Bilanz, wie sie oben geschildert ist, wurde Feldmarschall Keitel zur Vorlage beim Führer auf dem Berghof mitgegeben.

Oberst Becht,
Oberst Jansen,
Entwurf,

A 067797

K T B
Wi Rü Amt Stab

Doppel

7. Februar 1941

Vortrag Obstlt. Tietze beim Amtschef.

Diverse Rohstoffragen. Insbesondere Vorlage des Schreibens an General von Hanneken wegen der Verrechnung der vom G.B. Eisen für Luftschutzbauten und WM-Aufträge in den besetzten Gebieten zur Verfügung gestellten Stahlmengen (Ro 737/4D g II).
Wi Rü Amt schlägt folgende Verrechnung vor:

auf nicht ausgenutzte Mengen aus III 40	30 266 t
auf unmittelbare Umtauschmengen IV 40/I 41	49 734 "
" " " I/II 41 und II/III 41	50 000 "
auf mittelbare Umtauschmengen (Wirtschaftsgruppen und GB Bau) I/II 41 und II/III 41	165 828 "
	295 828 t

jedoch nur unter der Bedingung, dass die alten Ansprüche des GB Eisen abgegolten sind und neue nicht mehr gestellt werden.

Ferner Vorlage eines Schreibens an Todt: Da nach Entscheidung des Reichsmarschalls Luftschutzbauten infolge Treibstoffmangels gestreckt werden sollen und dadurch für II 41 Stahlmengen für Bau von U-Boot-Unterständen frei würden, bittet OKW um Auskunft, ob noch ein Zusatz-Kontingent von seiten OKW zur Verfügung gestellt werden muss.

Vortrag Amtschef bei GFM Keitel.
Endgültige Festlegung der SS- und S-Stufe.

Vortrag des Militär-Attachés in Ankara, Generalmajor Rhode, beim Amtschef.

Politische Haltung der Türkei: Papen der Ansicht, die Türken greifen nicht ein, Rhode meint dagegen, man dürfe sich nicht fest auf ein Nichteingreifen verlassen. Entscheidend, dass Papen der türkischen Regierung zuverlässige Unterlagen beibringt, dass Deutschland nicht die Absicht hat, die

H2409-0189

Türkei anzugreifen. Türkei drängt Griechenland, sich mit Italien zu akkordieren. Griechenland würde sofort nachgeben und Bulgarien Ausgang zum Ägäischen Meer zugestehen, aber nicht Saloniki. Griechen haben alles getan, um Krieg mit Italien zu vermeiden, haben seinerzeit Anlegung englisch-französischer Depots in Saloniki abgelehnt. Aus Kreta bekomme man jedoch die Engländer nicht mehr heraus. Besitz von Griechenland nützt nichts im Kampf gegen England, einzige Möglichkeit der Landweg über die Türkei.

Verhältnis Türkei-Russland undurchsichtig. Türken glauben, dass die Russen nichts gegen Türkei vorhätten. In Hinsicht auf das Ost-Unternehmen sinnlos, jetzt etwa die Türkei zu verprellen. Drohungen gegen die Türkei würden ihren Zweck erst recht nicht erreichen. Amtschef meint, dass es der Wunsch des Führers sei, dass es nicht zum Krieg gegen Griechenland kommt.

Frage der türkischen Brückengerät-Bestellungen in Deutschland. Rhode setzt sich für die Lieferung ein, da die Türken aus einer Liefersperre herleiten könnten, dass etwas vorgeht. Amtschef befiehlt hierüber Vortrag.

Besprechung Reichsbeauftragter für Kautschuk, Herr Jehle, beim Amtschef mit Obstlt. Tietze.

Herr Jehle erbittet Weisung, ab wann er Kautschuk aus dem Fernen Osten nicht mehr über die sibirische Bahn verfrachten, sondern auf Schiffe umlagern soll. Weg über Japan und die sibirische Bahn dauert z.Zt. 6 - 8 Wochen, funktioniert jedoch gut. Er muss daher jetzt Genaueres wissen, um disponieren zu können. Amtschef sagt Jehle, dass bis Ende März alles weiter wie bisher, und zwar möglichst viel über Sibirien verladen werden soll. Mitte März wieder Besprechung, wie ab April die dann einsetzenden Lieferungen aus Indochina verladen werden sollen. Blockadebrecher aus Indochina sehr schwierig, Fahrtdauer der Schiffe etwa 3 Monate. Aus USA noch grosse Reifenmengen zu erwarten!

H2409-0190

H2409-0191

Bestände an fertigen Reifen sollen jetzt grosszügig eingesetzt werden. Auch die Bestände an Naturkautschuk sollen eingesetzt werden, solange noch Menschen und Transportkapazitäten zur Verfügung stehen. Nur das zurückzubehalten, was für die Buna-Verarbeitung erforderlich ist. Jehle bekommt jedoch noch genauen Bescheid nach der Entscheidung, wie weiterhin in der Kautschuk-Bewirtschaftung zu verfahren ist.

Besprechung Prof. Krauch mit Dr. Ritter beim Amtschef.

(Anwesend: Chef Rü, Major Huch, Major Krull, Obstlt. Tietze, F.Kpt. Griebel. Reg.Rat Thierer).

Prof. Krauch wird dargelegt, wie die Neubauten und die Erzeugungsanlagen der Krauch-Programme nunmehr gesichert sind. Dr. Ritter bemängelt die fehlende Gleichstellung der Krauch-Programme mit den WM-Programmen. Prof. Krauch gibt sich jedoch mit der neuen Regelung zufrieden.

Eine von Dr. Ritter angeregte Änderung der Formulierung der neuen Verfügung wird zugestanden. Von den vorgebrachten Verbesserungswünschen werden einige bewilligt, die anderen abgelehnt. Als ganz besonders dringlich wird die Erzeugung künstlicher Fette sowie die Fertigung von Erdöl-Fördergeräten bezeichnet. Amtschef bezeichnet die Kampfstoff-Bauten nicht als besonders dringlich. Führer lege z. Zt. keinen besonders grossen Wert auf ihre schnelle Fertigstellung.

Chef Rü weist darauf hin, wie wichtig vor allem für die Verhandlungen mit A H A die Kenntnis des gesamten Belegschaftsbestandes der Krauch-Programme sei und wieviel davon auf die Jahrgänge 05 und jünger entfallen. Bei den Bauten befinden sich 57 000 Montage-Arbeiter; zusätzlich werden 6 000 benötigt.

Von Dienststelle Krauch wird erbeten: eine genauere Aufgliederung der in SS und S enthaltenen Programme und eine Liste der zu Spezialbetrieben zu erklärenden

A 087770

Betriebe, nach Wehrkreisen geordnet, die an die Rü Jn und die AK weitergeleitet werden soll. Für sofort wird eine telegrafische Anweisung an die Rü Jn zugesagt, dass die Buna- und Treibstoff-Betriebe zu schützen sind.

Vortrag F.Kpt. Griebel beim Amtschef.

Vorlage der Treibstoff-Bilanz gemäss Weisung vom Vortag. - Verfügung an die Rü Jn: Drosselung des Treibstoff-Bedarfs der Rü Jn und Rü Kommandos auf 80 %; die Inspekteure sollen grosse Pkw in kleine umtauschen. -

Mineralöl-Transporte aus Rumänien: 5. und 6.2. je 2 Züge, am 7.2. überhaupt kein Zug angekommen. Fernschreiben an General Gercke, entsprechende Weisungen zu treffen. -

Beschlagnahme von Tankern durch unsere Militärstellen für Marita; hiergegen ist Einspruch zu erheben.

Vortrag Chef Rü, Major Krull beim Amtschef.

Vorlage eines Entwurfs von Todt. Dieser will in Durchführung eines ihm vom Reichsmarschall erteilten Auftrags, sich um die Umlagerung der Wirtschaft auf die Rüstungsproduktion zu kümmern, sogenannte "Engpass-Ko missionen" bilden, die unter der Leitung der Wehrkreisbeauftragten stehen sollen. Dies würde auf eine weitgehende Ausschaltung desRAM und ihrer bestehenden, bewährten Ausschüsse hinzielen. Die ganzen Arbeitseinsatz-Fragen würden damit in die Hände von Leuten gelegt werden, die nicht übergenügend Sachkenntnis verfügen.

Standpunkt Chef Rü und Major Krull: Wi Rü Amt müsse sich dafür einsetzen, dass die bewährten Ausschüsse des RAM bestehen, da ihre Aufgaben umfassender sind als die der neuen Engpass-Kommissionen. Vor allem dürfe die Führung der neuen Ko missionen nicht bei den Wehrkreisbeauftragten liegen.

Amtschef: Entwurf soll nach unseren Wünschen abgeändert werden und mit Sts. Syrup und GFM Keitel besprochen

H2409-0192

A 087771

H2409-0193

werden. RÜ J müssen stärker dabei eingespannt werden, jedoch nicht führend, da doch nicht viel dabei herauskommen wird. Die Frage, ob man weiter für das RAM oder für den Entwurf von Todt eintreten soll.

Vortrag Chef Wi, F.Kpt. Koch beim Amtschef.

Türkische Brückengerät Bestellungen. Koch soll General Rhode informieren; z.Zt. steht der Auslieferung nichts im Wege. - Wie Chef Ro mitgeteilt hat, beläuft sich der Wert der deutschen Kriegsgerät Lieferungen an Italien nunmehr auf 260 Mill. RM, also auf etwa das doppelte von dem, was ursprünglich gedacht war.

To

A 087772

H2409-0194

Abschrift

den 6. Februar 1941.

Geheime Kommandosache

A k t e n n o t i z

Besprechung bei Feldmarschall Keitel mit dem Gesandten Clodius über die italienische Belieferung mit Treibstoffen pp. am 5.2.

- - - - -

Die Italiener haben für die weitere Kriegführung 574 000 to Treibstoffe als Zuschussbedarf für das erste Halbjahr 1941 gefordert. Die deutsche Schätzung geht auf 214 000 to und zwar

15 000 to Autobenzin
30 000 to Gasöl
26 000 to Petroleum
20 000 to Flugbenzin
13 000 to Schmieröl
110 000 to Heizöl

Clodius führt aus, dass diese Mindestforderung unbedingt geliefert werden müsse, weil sonst die Gefahr besteht, dass die Italiener die Erklärung abgeben, ohne Zuweisung dieser Stoffe sei der Krieg für sie nicht mehr weiter zu führen. Minister Rippentrop hat gleiche Auffassung bei Feldmarschall Keitel vertreten. Der Führer hat in einem Vortrag von Clodius zum Ausdruck gebracht, dass er den Italienern unbedingt helfen wolle, dass die Hilfe aber nicht zu Lasten unserer eigenen Versorgung gehen könne, man müsse einen Ausweg finden. Feldmarschall Keitel vertritt auf Grund der Vorschläge des Wi Rü Amtes die Auffassung, dass die Lieferungen über die bisher zugesagten 30 000 to Flugbenzin und Dieselöl nicht hinausgehen können, da die eigene Lage im Sommer bedenklich würde. Gleiches gelte für die Kautschukbelieferung und für die Belieferung mit Petrolkoks. Nach 3-stündiger Debatte und nach der Erklärung Clodius, dass er mit diesem Bescheid nicht nach Rom zurückkehren könne, ohne dort tiefste Mißstimmung zu erregen , wurde beschlossen :

A087223

H2409-0195

1.) 11o ooo to Heizöl-Lieferung wird abgelehnt.
15 ooo to Autobenzin wird in Raten bis Ende Juni bereitgestellt.
Die Dieselölforderung wird nur mit 2o ooo to beliefert und zwar mit dem Zusatz, dass nach Juni keine Zusagen mehr gemacht werden können, und dass die Belieferung auch abhängig ist von der Entwicklung der Lage in Deutschland.
Flugbenzin wird mit 2o ooo to wie bereits festgelegt, beliefert. Petroleum und Schmieröl soll Reichswirtschaftsministerium bestimmen. Die Belieferung dürfe aber nicht zu Lasten der Wehrmacht gehen.

General v. Rintelen, der bei der Besprechung dabei war, wird beauftragt, dem italienischen Generalstab mitzuteilen, dass diese Lieferung die letzte Zusage sei, die wir machen könnten. Italien müsse durch Sparmassnahmen mit diesen Mengen über den Juni hinweg kommen.

2.) Die Gummi-Industrie soll bis Juni nicht mit 1 5oo to monatlich wie von den Italienern verlangt, sondern nur mit 1 1oo to laufen. Die Bunalieferungen Deutschlands sind auf die 1 1oo to Verarbeitung abzustellen. Weitere Zusagen können nicht mehr gemacht werden.

3.) Auf dem Gebiet des Petrolkoks soll die Belieferung bis Juni auf 1 5oo to erhöht werden. Ein Abschluss auf 1 Jahr darf nicht stattfinden, da die eigene Lage es nicht gestattet.

Clodius und von Rintelen wurden beauftragt, dem Duce mitzuteilen, dass die künftige deutsche Unterstützung Italiens nicht mehr auf diesen Rohstoffgebieten liegen kann, sondern daß sie durch Kriegsgerätelieferungen erfolgt, wie sie im grossen Umfange bereits stattfinden. Der Duce ist weiterhin darauf hinzuweisen, dass der Einsatz deutscher Truppen, in Sonderheit der Luftwaffe, für Italinien auch eine grosse Rohstoff-Entlastung darstellt, weil ja die deutschen Truppen von Deutschland aus mit Treibstoffen, Gummi usw. beliefert werden. Endlich ist der Duce zu ersuchen, schärfste Spasmassnahmen auf allen Gebieten anzuordnen, die zur Zeit in Italien noch nicht erkennbar sind.

Zugegen waren:
Gen.Feldm.Keitel,
General v. Rintelen
Gesandter Clodius

gez. Thomas.

A 087774

38

H2409-0196

Berlin, den 6.Februar 1941.

A k t e n n o t i z .

Besprechung bei Feldmarschall Keitel mit dem Gesandten Clodius über die italienische Belieferung mit Treibstoffen pp.

Die Italiener haben für die weitere Kriegführung 574 000 to Treibstoffe als Zuschußbedarf für das erste Halbjahr 1941 gefordert. Die deutsche Schätzung geht auf 214 000 to und zwar

15 000 to Autobenzin
30 000 to Gasöl
20 000 to Petroleum
20 000 to Flugbenzin
13 000 to Schmieröl
110 000 to Heizöl.

Clodius führt aus, daß diese Mindestforderung unbedingt geliefert werden müsse, weil sonst die Gefahr besteht, daß die Italiener die Erklärung abgeben, ohne Zuweisung dieser Stoffe sei der Krieg für sie nicht mehr weiter zu führen. Minister Ribbentrop hat gleiche Auffassung bei Feldmarschall Keitel vertreten. Der Führer hat in einem Vortrag von Clodius zum Ausdruck gebracht, daß er den Italienern unbedingt helfen wolle, daß die Hilfe aber nicht zu Lasten unserer eigenen Versorgung gehen könne, man müsse einen Ausweg finden. Feldmarschall Keitel vertritt auf Grund der Vorschläge des Wi Rü Amtes die Auffassung, daß die Lieferungen über die bisher zugesagten 30 000 to Flugbenzin und Dieselöl nicht hinausgehen können, da die eigene Lage im Sommer bedenklich würde. Gleiches gelte für die Kautschukbelieferung und für die Belieferung mit Petrolkoks. Nach 3-stündiger Debatte und nach der Erklärung Clodius, daß er mit diesem Bescheid nicht nach Rom zurückkehren könne, ohne dort tiefste Mißstimmung zu erregen wurde beschlossen

- 2 -

A 087775

39

H2409-0197

1. 11o ooo to Heizöl-Lieferung wird abgelehnt.

15 ooo to Autobenzin wird in Raten bis Ende Juni bereitgestellt. Die Dieselölforderung wird nur mit 2o ooo to beliefert und zwar mit dem Zusatz, daß nach Juni keine Zusagen mehr gemacht werden können, und daß die Belieferung auch abhängig ist von der Entwicklung der Lage in Deutschland.

Flugbenzin wird mit 2o ooo to wie bereits festgelegt beliefert. Petroleum und Schmieröl soll Reichswirtschaftsministerium bestimmen. Die Belieferung dürfe aber nicht zu Lasten der Wehrmacht gehen.

General von Rintelen, der bei der Besprechung dabei war, wird beauftragt, dem italienischen Generalstab mitzuteilen, daß diese Lieferung die letzte Zusage sei, die wir machen könnten. Italien müsse durch Sparmaßnahmen mit diesen Mengen über den Juni hinweg kommen.

2. Die Gummi-Industrie Italiens soll bis Juni nicht mit 1 5oo to monatlich wie von den Italienern verlangt, sondern nur mit 1 1oo to laufen. Die Gummilieferungen Deutschlands sind auf die 1 1oo to - Verarbeitung abzustellen. Weitere Zusagen können nicht mehr gemacht werden.

3. Auf dem Gebiet des Petrolkoks soll die Belieferung bis Juni auf 1 5oo to erhöht werden. Ein Abschluß auf 1 Jahr darf nicht stattfinden, da die eigene Lage es nicht gestattet.

Clodius und von Rintelen wurden beauftragt dem Duce mitzuteilen, daß die künftige deutsche Unterstützung Italiens nicht mehr auf diesen Rohstoffgebieten liegen kann, sondern daß sie durch Kriegsgerätelieferungen erfolgt, wie sie im großen Umfange bereits stattfinden. Der Duce ist weiterhin darauf hinzuweisen, daß der Einsatz

H2409-0198

deutscher Truppen, in Sonderheit der Luftwaffe, für Italien auch eine große Rohstoff-Entlastung darstellt, weil ja die deutschen Truppen von Deutschland aus mit Treibstoffen, Gummi usw. beliefert werden. Endlich ist der Duce zu ersuchen schärfste Sparmaßnahmen auf allen Gebieten anzuordnen, die zur Zeit in Italien noch nicht erkennbar sind.

Kesselring

Verteiler:
Wi
Ro
Oberst Jansen
Entwurf.

A 087177

44

H2409-0199

3 Abschrift

Der Chef
Des Oberkommandos der Wehrmacht
Adj. Nr. 4/41 g.Kdos.

Berchtesgaden, den 10.1.1941

1. Ausf.

Geheime Kommandosache

Lieber General Thomas !

Nach Empfang Ihres Briefes vom 9.1. betr. Ihren Vorschlag, im Interesse der wirtschaftlichen Ausnutzung Frankreichs beim Führer auf den Gang der Verhandlungen Einfluß zu nehmen, erwidere ich - nach Rücksprache mit dem Führer - folgendes :

Als Folge der Ereignisse innerhalb der Vichy-Regierung Mitte Dezember besteht nicht mehr die Absicht, durch politische Absprachen oder Zusicherungen an die franz.Regierung von uns aus auf eine Klärung der künftigen Zusammenarbeit hinzuwirken und hierfür Zugeständnisse oder gar gewisse Garantien zu geben. Den offensichtlichen Bemühungen von Vichy, den durch Entlassung Lavals abgerissenen Faden nun wieder anzuknüpfen, zeigen wir politisch einstweilen die kalte Schulter; Vichy hat das auch schon empfunden.

Die Methoden, mit denen wir die für die Fortsetzung des Krieges gegen England sich ergebenden Notwendigkeit und Forderungen durchsetzen können und nunmehr müssen, ergeben sich aus der Präambel zum Waffenstillstandsvertrag, die das Recht verbrieft hat, das zu fordern, was der Fortsetzung des Krieges gegen England dienlich ist. Als Beispiel nenne ich :

1. Auslieferung stockierten Kriegsgeräts,
2. Fertigung von Munition für abgelieferte Waffen,
3. Auslieferung von Kraftfahrzeugen, Rohstoffen, soweit sie nicht unseren Kriegsnotwendigkeiten an Ort und Stelle besser dienstbar gemacht werden.

Dies bezieht sich selbstverständlich nur auf das unbesetzte Frankreich, da wir im besetzten Gebiet sowieso alles fordern und uns nutzbar machen können.

Soweit also die Franzosen in bereits fühlbarer Erkenntnis dieser nunmehr von ihnen selbst herbeigeführten Lage nicht bemüht sein werden, durch Entgegenkommen von sich aus den schlechten Eindruck ihres Doppelspiels zu beseitigen oder zu mildern,

A087778

H2409-0200

müssen wir bewußt unsere Forderungen eindeutig und unmißverständlich stellen. Durch bestimmtes Auftreten bei den Verhandlungen darf kein Zweifel gelassen werden, daß wir letzten Endes über die Machtmittel verfügen, uns durchzusetzen. Da wird es ein Gebot der Klugheit sein, die für unsere Kriegführungnotwendigen Leistungen der Dringlichkeit nach und dann auch eines nach dem anderen einzutreiben.

ge. K e i t e l

A087779

Abschrift

9. Januar 1941.

46

Der Chef
des Wi Rü Amtes
im OKW

Sehr verehrter Herr Feldmarschall!

Die Verhandlungen und Vorgänge der letzten Tage veranlassen mich, Herrn Feldmarschall zu bitten, beim Führer auf den Gang der Verhandlungen mit Frankreich Einfluss zu nehmen.

Es zeigt sich immer mehr, dass wir bei den grossen Forderungen, die der Krieg an uns stellt, Frankreich mit allen seinen Hilfsmitteln stärker als bisher ausnutzen müssen. Die Bereitschaft dazu scheint in Frankreich vorhanden zu sein wenn wir in bestimmten Punkten der französischen Staatsführung entgegenkommen. Folgende Punkte bitte ich im Besonderen zu berücksichtigen:

1.) Die Lage auf dem Arbeitergebiet zwingt uns immer stärker, Aufträge nach Frankreich zu verlegen. Sowohl der Generalbevollmächtigte für das Kraftfahrwesen wie die Luftwaffe legen besonderen Wert darauf, schnell die Kapazitäten auch des unbesetzten Frankreichs auszunutzen. Dort liegen Möglichkeiten, die uns kapazitäts- und arbeitermässig schnell eine erhebliche Stütze bieten können. Die Ausnutzung der französischen Industrie, sowohl innerhalb des besetzten wie des unbesetzten Gebietes wird aber nur erfolgreich sein können, wenn wir das französische Wirtschaftsgebiet wieder zu einer Einheit zusammenbringen. Solange die beiden Norddépartements zum belgischen Verwaltungsgebiet gehören und solange die Demarkationslinie eine Trennung des französischen Wirtschaftsgebiets vornimmt, wird es nie gelingen, aus der französischen Wirtschaft das herauszuholen, was wir herausholen müssten. Ich bitte daher, einen grosszügigen Entschluss in der Regelung dieser Frage beim Führer zu befürworten.

2.) Unsere schwierige Lage auf dem Motorisierungsgebiet lässt sich bessern, wenn wir mit den Franzosen zu einer

-2-

H2409-0201

A087780

14

H2409-0202

Verständigung über den Aufkauf der vorhandenen Kraftwagenbestände in den unbesetzten Gebieten und zu einer Ausnutzung der französischen Werkstätten in Südfrankreich kommen.

Ebenso kann unsere Treibstoffversorgung durch die Mitarbeit der Franzosen eine Vervollständigung erfahren, indem wir die Pumpstationen von der Pipeline in Südfrankreich ausbauen und in Rumänien zum Einsatz bringen. Seit Wochen gehen darüber Verhandlungen mit den Franzosen, die mit der Massnahme einverstanden sind, wenn wir uns verpflichten, im Rahmen des Möglichen die französische Treibstoffversorgung zu gewährleisten. Auch hierin wäre bei einer Verständigung mit den Franzosen sofortige Erleichterung zu schaffen.

3.) Wir können aus dem unbesetzten Gebiet Rohstoffe verschiedener Art erhalten. Wir können auch unsere Gummisituation durch Mitarbeit französischer Wirtschaftskreise, die den Handel in Indochina in der Hand haben, erheblich verbessern. Diese Möglichkeiten sind aber nur zu erfüllen, wenn die Franzosen in diesen Fragen voll mitarbeiten, und sie werden dies nur tun, wenn wir auf dem wirtschaftlichen Gebiet zu einer Verständigung mit ihnen kommen.

4.) Die Lage auf dem Verpflegungssektor kann ebenfalls gebessert werden, wenn wir mit den Franzosen in puncto Ausnutzung ihrer Kolonialgebiete zu einer Verständigung kommen.

5.) Zum Schluss möchte ich hinweisen auf die Notwendigkeit, Munition für das Beutematerial in Frankreich zu schaffen, eine Massnahme, die auch viel leichter zu erreichen ist, wenn wir sie nicht auf dem Wege des Zwanges, sondern auf dem Wege freier Vereinbarung durchführen.

Es ist selbstverständlich, dass wir für die Beschäftigung der französischen Industrie auch die Arbeitskräfte benötigen, und dass hierfür der Führer genehmigen muss, dass die notwendigen Kräfte aus dem unbesetzten Gebiet in das besetzte Gebiet zurückkehren. Ebenso ist es notwendig, dass Frankreich für diese Aufgaben die erforderlichen Kohlen und Betriebsmittel erhält, die bisher aus unserer eigenen Förderung nicht voll zur Verfügung gestellt werden konnten, während die Förderung im besetzten Frankreich nicht die hierzu notwendigen Arbeitskräfte zur Verfügung hatte.

-3-

A0877 31

15

Des weiteren ist es erforderlich, für die volle wirtschaftliche Ausnutzung von Frankreich die notwendigen Transportmittel in Sonderheit auf der Schiene zur Verfügung zu stellen.

Ich habe den Eindruck, dass man die Tatsache dieser Notwendigkeit bei den bisherigen Verhandlungen unsererseits nicht recht erkannt hat und möchte betonen, dass alle Fachreferenten, die sich mit dieser Frage beschäftigen, eine Verständigung mit der französischen Wirtschaft als Voraussetzung für eine schnelle Ausnutzung derselben für notwendig erachten. Erst müssen die politischen Voraussetzungen geschaffen werden, dann können wir zusammen mit den übrigen Ministerien bzw. der Waffenstillstandskommission die notwendige Arbeit leisten.

gezeichnet

T h o m a s

H2409-0203

A087782

45

H2409-0204

H-2409

EXHIBIT U.S.A. 148 (1456-PS)

EXHIBIT U.S.A.

148

(1456-PS)

A 087736

H2409-0205

1 cover
180 pages

EXHIBIT U.S.A. 148 (1456-PS)

H2409-0206